

ZUR CHINESISCHEN KULTUR – REVOLUTION

ZUM 1. MAI '73

Der KB hat auch in diesem Jahr zum 1. Mai wieder eine Plattform veröffentlicht. Erstmals wurde dazu vorher ein Entwurf zur Diskussion in die Organisation hineingegeben. Dazu kamen zahlreiche Kritiken, von denen wir hier – zusammen mit dem ursprünglichen Entwurf – einige abdrucken. Der endgültige Text der Mai-Plattform des KB findet sich im ARBEITERKAMPF Nr. 27.

Unsere selbständige Demonstration am 1. Mai in Hamburg – statt Beteiligung an einer gewerkschaftsjugendlichen Demonstration – ist von verschiedensten Seiten angegriffen worden. Wir veröffentlichen in diesem Heft diese Kritiken und eine Stellungnahme dazu.

ENTWURF DES LG ZUR MAI-PLATTFORM

Dem 1. Mai im vorigen Jahr war das Mißtrauensvotum der CDU/CSU gegen die Brandt-Regierung unmittelbar vorausgegangen. Der 1. Mai 72 stand daher vielerorts im Zeichen gewerkschaftlicher Demonstrationen gegen die CDU/CSU, für die Verteidigung der Brandt-Regierung.

Inzwischen haben die Neuwahlen vom November eine starke Bestätigung der Brandt-Regierung gebracht, die ihren Vorsprung vor der CDU/CSU ausbauen konnte. Dieses Ergebnis ist Ausdruck einer zunehmenden Absage an die Politik der Reaktion nach innen und der Spannung nach außen, wie sie seit Gründung der BRD von der CDU/CSU 20 Jahre lang betrieben wurde; es ist das Votum für eine Politik der Reformen und der Entspannung nach außen.

Zugleich bleibt diese Linkswendung der Massen in den Grenzen gefangen, die ihr die Anerkennung der SPD als „kleineres Übel“ zwangsläufig setzt. Daß die SPD sich noch als „kleineres Übel“ behaupten kann, weist auf das Fehlen einer grundsätzlichen Alternative zur Politik der SPD hin, es drückt aber auch aus, daß die Mehrheit der Massen noch nicht von der Notwendigkeit einer solchen politischen Alternative überzeugt ist. Es ist keineswegs so, daß die werktätigen Massen in Scharen dem Sozialismus zustreben und nur darauf warten, daß ihnen irgendjemand möglichst rasch eine kommunistische Partei gründet, der sie folgen könnten. Das zeigt die totale Pleite aller Gruppen, die zu den Wahlen im Namen der kommunistischen Partei auftraten – also sowohl der revisionistischen DKP wie auch der verschiedenen „links“sektiererischen Gruppen.

Die Widersprüche zwischen der Politik der Brandt-Regierung und den werktätigen Massen verschärfen sich. Die Metall-Tarifrunde hat gezeigt, daß es den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern nur sehr schwer möglich ist, die vom Interesse der Kapitalisten diktierten Tarifverträge durchzusetzen. Ähnlich wie im September 69 haben besonders kämpferische Teile der Metallarbeiter nachträglich versucht, auf eigene Faust die Tarifverträge zu korrigieren. An der Spitze standen, wie 1969, die Arbeiter von Hoesch in Dortmund. Anders als 69 hat sich aus dem Kampf der Hoesch-Arbeiter aber vorerst keine massenhafte Bewegung entwickelt; die Kapitalisten konnten den Hoesch-Arbeitern vorerst eine Niederlage beibringen.

Solche Kämpfe konfrontieren vor allem die kämpferischsten Teile der Arbeiterklasse immer wieder mit der Brandt-Regierung und ihren Statthaltern im DGB. Stärker als 1969 existieren heute kommunistische Organisationen, kämpferische Arbeiter-Kerne und gewerkschaftliche Gruppen in Opposition zur DGB-Spitze.

Dennoch wird, solange die gegenwärtige relative Stabilität des Kapitalismus anhält, die Lösung der werktätigen Massen von der Sozialdemokratie nur sehr langsam und schrittweise vor sich gehen. Diese Entwicklung begünstigt das Aufkommen links-sozialdemokratischer Gruppierungen innerhalb und außerhalb der SPD, die zur Zeit als potentielle Auffang-Stationen für die spontane Linksentwicklung der werktätigen Massen erscheinen.

Nachdem die westdeutschen Arbeiter, mit den Metallern des Ruhrgebiets an der Spitze, in den Septemberstreiks 1969 einen Erfolg ihrer kämpferischen Solidarität errangen, sind die Kapitalisten seither in der Gegenoffensive. Die staatlichen „Lohnleitlinien“ im Interesse der Kapitalistenklasse wurden auch 1972 eingehalten oder sogar unterschritten. Die Auswechslung von Schiller gegen Schmidt bedeutet keine neue Politik, sondern nur die Entfernung einer total unpopulären Figur, deren Bindung an die Kapitalisten allzu offensichtlich war.

Die Tarifkämpfe in diesem Jahr zeigen schon eine steigende Kampfbereitschaft der Arbeiter gegen die Politik der „Lohnleitlinien“ und des „Stabilitäts-Pakts“. Sie zeigen aber auf der anderen Seite auch, daß noch die Kraft und Entschlossenheit fehlt, um diese Politik schon jetzt wirksam zu durchkreuzen; in gemeinsamer Aktion haben Kapitalisten, DGB-Führer und Brandt-Regierung die „Lohnleitlinien“ bisher durchsetzen können. Angesichts nach wie vor anhaltender Preissteigerungen und Steuererhöhungen bedeutet das eine weitere Verschlechterung unserer wirtschaftlichen Lage.

1973 wollen die Kapitalisten diese Politik verschärft fortsetzen. Sie steigern in ihrer Propaganda die Stimmungsmache gegen eine konsequente gewerkschaftliche Tarifpolitik und greifen sogar unverhohlen das Streikrecht an. Ihnen zur Seite stehen die DGB-Führer und die Brandt-Regierung, die in den Gewerkschaften einen Angriff gegen die kämpferischen gewerkschaftlichen Vertrauensleute führen, die Linke innerhalb der SPD „zurückdrängen“ wollen, den Abbau der innergewerkschaftlichen Demokratie vorantreiben, die Arbeiter mit der Drohung von Steuer-Erhöhungen und „Konjunkturzuschlag“ erpressen, um ihre Tarifpolitik durchzusetzen.

Die Ursache für die verschärften Angriffe der Kapitalistenklasse ist der sich zuspitzende Konkurrenzkampf des internationalen Kapitals, der verschärfte Kampf zwischen den Imperialisten der verschiedenen Länder, wie er zuletzt in der „Währungskrise“ zum Ausdruck kam. Wie die Kapitalisten sagen, geht es um eine „Neuaufteilung der Welt“, Neuverteilung von Rohstoffgebieten und Absatzmärkten zwischen den größten imperialistischen Mächten und Konzernen. Auf der einen Seite formieren sich Westeuropas Kapitalisten zunehmend im Rahmen der EWG und verbreitern ihre Reihen; auf der anderen Seite drängt der japanische Imperialismus vor, bereitet der US-Imperialismus nach der vorläufigen Beendigung des Vietnam-Krieges eine neue wirtschaftliche Expansion vor.

Um in diesem Konkurrenzkampf bestehen zu können, greift die westdeutsche Kapitalistenklasse zunehmend zum Mittel, ihre Profite auf Kosten des erreichten Reallohns der westdeutschen Arbeiterklasse abzusichern und wenn möglich noch zu steigern. Ebenso geht die Kapitalistenklasse in anderen Ländern vor, in England, Frankreich, Italien etc. Überall versuchen Sozialdemokraten und Gewerkschaftsführer den Massen schmackhaft zu machen, daß sie zum Segen der Kapitalisten ihres Landes den Gürtel enger schnallen müssen.

Aber mehr noch: die Kapitalisten rechnen aufgrund ihrer eigenen Lage und der langfristigen Verschärfung der Konkurrenzsituation auf dem Weltmarkt auch mit einer Zuspitzung der gesellschaftlichen Widersprüche in der Bundesrepublik, mit einer weiteren Verschärfung der Klassenkämpfe. Die Kapitalisten sehen einer Zeit entgegen, wo es ihnen trotz Hilfestellung der SPD- und DGB-Führer noch weniger als heute gelingen wird, die Arbeiterklasse „ruhig“ zu halten und den Fortbestand der kapitalistischen Ausbeutung zu garantieren. Auf diese Zeit bereiten sich die Kapitalisten und ihr Staat vorbeugend schon heute politisch, ideologisch und organisatorisch vor.

Deshalb die Verstärkung der Polizei unter dem Vorwand einer steigenden Kriminalität und der Jagd auf die „Baader-Meinhof-Gruppe“ im vorigen Jahr. Deshalb die Umorganisation und Ausrichtung des „Bundesgrenzschutz“ auf die militärische Niederschlagung von Streiks und „Unruhen“, die Ausrichtung auf die Aufgaben einer Bürgerkriegsarmee. Deshalb die Verabschiedung der Notstandsgesetze schon 1968, die den totalen Polizeistaat der Zukunft „juristisch“ absichern sollen. Deshalb die Anstrengungen der CDU/CSU, sich durch versträkte soziale Demagogie als scheinbare politische Alternative zur SPD in Szene zu setzen, um die zunehmende Unzufriedenheit der Massen mit der Brandt-Regierung in die reaktionäre Sackgasse zu leiten. Deshalb die reaktionäre „Säuberung“ der Schulen und Universitäten, der Presse und des Rundfunks von „Kommunisten“ zur Einschüchterung aller demokratischen Kräfte in diesen Institutionen. Deshalb die Forderung nach einem Verbot der kommunistischen Organisationen und Gruppen, die wilde Hetze gegen fortschrittliche Kräfte selbst in der SPD, in den Gewerkschaften und unter den Jusos.

Dagegen unsere Parolen:

GEGEN DIE FASCHISTISCHE FORMIERUNG DER KAPITALISTENKLASSE, FÜR DIE VERTEIDIGUNG DER DEMOKRATISCHEN RECHTE DES VOLKES!

WEG MIT DEM KPD-VERBOT – SCHLUSS MIT VERBOTSDROHUNGEN GEGEN KOMMUNISTISCHE ORGANISATIONEN!

SCHLUSS MIT DER JAGD AUF KOMMUNISTEN UND FORTSCHRITTLICHE SOZIALDEMOKRATEN!

FÜR EINE KONSEQUENTE KLASSENPOLITIK DER GEWERKSCHAFTEN

„Gewerkschaften tun gute Dienste als Sammelpunkte des Widerstandes gegen die Gewalttaten des Kapitals. Sie verfehlen ihren Zweck zum Teil, sobald sie von ihrer Macht einen unsachgemäßen Gebrauch machen. Sie verfehlen ihren Zweck gänzlich, sobald sie sich darauf beschränken, einen Kleinkrieg gegen die Wirkungen des bestehenden Systems zu führen, statt gleichzeitig zu versuchen, es zu ändern, statt ihre organisierten Kräfte zu gebrauchen als einen Hebel zur schließlichen Befreiung der Arbeiterklasse, d.h. zur endgültigen Abschaffung des Lohnsystems.“ (Karl Marx: Lohn, Preis u. Profit)

Wenn die Arbeiter auch in den letzten Tarifikämpfen trotz ausgedehnter und zäher Streikkämpfe dennoch einen Abbau ihrer Reallöhne hinnehmen mußten, so liegt ein wesentlicher Grund dafür in der Politik ihrer gewerkschaftlichen Organisation, des DGB. Dessen sozialdemokratische Führung, eng verbunden mit der SPD und über diese mit dem kapitalistischen Staatsapparat und eingeschworen auf das von den Kapitalisten diktierte „wirtschaftliche Gesamtinteresse“ und „Gemeinwohl“, organisierte die Niederlagen der Arbeiter. Ebenso beim Kampf gegen die Notstandsgesetze, beim Kampf um ein fortschrittlicheres Betriebsverfassungsgesetz.

Mit dieser Politik, mit diesen Führern können die Arbeiter nicht einmal im wirtschaftlichen Tageskampf um die Erhaltung ihres Lebensstandards bestehen, geschweige denn einen Kampf um die Beseitigung der kapitalistischen Ausbeuterordnung, um die Macht im Staat führen. Der Kampf um grundlegende gesellschaftliche Veränderungen, um den Sozialismus ist ohnehin von den SPD- und DGB-Führern längst offen preisgegeben worden: sie möchten dem Kapitalismus einige Schönheitspflasterchen auflegen, um ihn dann als „demokratischen Sozialismus“ den werktätigen Massen schmackhaft zu machen.

Aus diesen Erfahrungen muß der Schluß gezogen werden, daß alle klassenbewußten Arbeiter den Kampf aufnehmen müssen gegen die sozialdemokratische Linie der Klassenversöhnung in den Gewerkschaften, für eine konsequente gewerkschaftliche Klassenpolitik, für die Gewerkschaften als Kampforganisationen der Arbeiterklasse. Dieser Kampf kann von niemand anderem geführt werden als von der Arbeiterklasse selbst, die sich ihrer Interessen bewußt wird.

FÜR FREIE POLITISCHE UND GEWERKSCHAFTLICHE BETÄTIGUNG IM BETRIEB!

SETZEN WIR DEN KAPITALISTEN DIE EINHEIT VON BETRIEBSRÄTEN, VERTRAUENSLEUTEN UND ARBEITER-SCHAFT ENTGEGEN!

Eine wesentliche Aufgabe der nächsten Zeit wird es sein, starke und kämpferische Vertrauensleute-Körper zu schaffen – Arbeiter, von denen sicher ist, daß sie nicht nur in Worten vor der Wahl, sondern auch in Taten nach der Wahl fest und unbeirrbar auf Seiten ihrer Kollegen stehen und deren Interessen gegen die Kapitalisten vertreten. Aber die besten Vertrauensleute, die besten Betriebsräte sind machtlos, wenn hinter ihnen nicht eine wachsame und kampfbereite Arbeiterschaft steht, die ihnen in der Auseinandersetzung den Rücken stärkt. Die Kapitalisten versuchen, durch Korruption, durch gesetzlich verankerte Schweigepflicht und andere Tricks, die Betriebsräte von der Arbeiterschaft zu spalten und zu gefügigen Werkzeugen ihrer eigenen Politik zu machen. Diese Versuche der Kapitalisten müssen durch enge Zusammenarbeit von Betriebsräten, Vertrauensleuten und Arbeiterschaft verhindert werden.

Gegenwärtig nehmen die Versuche der Kapitalisten zu, kommunistische Arbeiter, aber auch kämpferische Gewerkschafter allgemein aus den Betrieben zu entlassen. Es wird versucht, die freie Meinungsäußerung im Betrieb einzuschränken und sogar das politische Verhalten der Arbeiter in ihrer Freizeit strikt zu reglementieren. Auf dem Gebiet des „Arbeitsrechts“ wird die Unterhöhlung der Streikfreiheit vorangetrieben.

Unser Ziel ist die freie politische und gewerkschaftliche Betätigung im Betrieb, die uns in der kapitalistischen Gesellschaft kein Gesetz bringen wird, sondern nur unser konsequent durchgeführter Kampf.

Notwendig ist das gemeinsame Handeln aller Arbeiter, ungeachtet bestehender parteipolitischer und weltanschaulicher Gegensätze und Meinungsverschiedenheiten. Deshalb müssen alle Spaltungsversuche – besonders die Antikommunismus-Beschlüsse der SPD-Führer und die in dieselbe Richtung gehende „These 41“ der DKP-Führer – zunichte gemacht werden.

FÜR DIE AKTIONSEINHEIT DER ARBEITERKLASSE, DEN SPALTEN KEINE CHANCE!

PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH! KÄMPFERISCHE SOLIDARITÄT ERZWINGT FRIEDEN UND DAS SELBSTBESTIMMUNGSRECHT DER NATIONEN!

„Die Herrschaft des Kapitals ist international. Das ist der Grund, weshalb auch der Kampf der Arbeiter aller Länder für ihre Befreiung nur dann Erfolg haben kann, wenn die Arbeiter gemeinsam gegen das internationale Kapital vorgehen.“ (Lenin)

Ausbeuter und Ausgebeutete, Unterdrücker und Unterdrückte stehen sich in allen Ländern der kapitalistischen Welt unversöhnlich gegenüber. Die Angriffe des Kapitals stellen die Arbeiter der ganzen Welt vor ähnliche Probleme. Das englische Volk hat ebenso wie wir gegen Lohnraub und Abbau demokratischer Rechte zu kämpfen, es muß sich gegen ein diktatorisches Anti-Streik-Gesetz wehren, das einen Lohnstop erzwingen soll und Streiks mit hohen Strafen bedroht. Und ebenso muß das englische Volk mit der Politik einer korruptierten sozialdemokratischen Partei fertig werden, die seinen Kämpfen die Spitze abbrechen will. In Italien haben die Arbeitskämpfe einen bedeutenden Aufschwung genommen. An der Spitze dieser Kämpfe stehen die Metallarbeiter, die ihren Kampfwillen in gewaltigen Demonstrationen mit 2 bis 300.000 Teilnehmern ausgedrückt haben. Auf der anderen Seite setzt die italienische Bourgeoisie die Rechtsentwicklung fort, fördert den zunehmenden Terror faschistischer Banden, läßt auf Arbeiter und Studenten schießen, bereitet die Unterdrückung revolutionärer Organisationen und Gruppen vor.

In drei Ländern Europas – nämlich in Griechenland, Spanien und Portugal – herrscht immer noch offen der faschistische Terror. Den werktätigen Massen dieser Länder muß unsere besondere Solidarität gelten, denn ihr Los ist besonders hart, die Bedingungen ihres Kampfes sind besonders schwer. Aber auch in diesen Ländern nehmen die politischen und wirtschaftlichen Kämpfe des werktätigen Volkes zu, bereitet sich der Sturz des Faschismus vor.

In Vietnam hat der Imperialismus das Eingeständnis einer militärischen und politischen Niederlage ablegen müssen. Dieser Erfolg ist vom vietnamesischen Volk erkämpft worden; es ist aber auch ein Erfolg der internationalen anti-imperialistischen Bewegung gegen die US-Aggression in Indochina. In Vietnam geht es jetzt darum, daß die US-Imperialisten und ihre Saigoner Marionetten gezwungen werden müssen, ihre permanente Sabotage am Waffenstillstands-Abkommen aufzugeben und die Bestimmungen des Abkommens einzuhalten.

Auf einem Teil der Erde muß immer noch der Kampf gegen die offene Herrschaft des Kolonialismus geführt werden. Das sind an erster Stelle die Länder Südafrikas, d.h. die „weißen“ rassistischen Minderheits-Regimes in der Südafrikanischen „Republik“ und in Rhodesien sowie die Kolonien Portugals. Unsere Aufgabe ist es, die dortigen Befreiungsbewegungen zu unterstützen und die Komplizenschaft des BRD-Imperialismus mit den südafrikanischen Rassisten und den portugiesischen Faschisten anzugreifen.

Der BRD-Imperialismus ist neben dem US-Imperialismus der gefräßigste und grausamste Feind der Völker der Welt, der seine Fingern in alle Erdteile ausgestreckt hat. Deshalb kommt unserem Kampf gegen diese Imperialisten besondere Bedeutung zu.

PROLETARISCHE SOLIDARITÄT GEGEN RASSISMUS UND NATIONALE ÜBERHEBLICHKEIT! WESTDEUTSCHE ARBEITER, AUSLÄNDISCHE ARBEITER – EINE ARBEITERKLASSE!

Die ausländischen Arbeiter bei uns gehören zu den am meisten ausgebeuteten Teilen der Arbeiterklasse. Die Kapitalisten nutzen die Sprachschwierigkeiten der Kollegen aus, betrügen sie beim Lohn und bei der Wohnungsvermittlung. Pläne bestehen, die ausländischen Kollegen in ein unmenschliches „Rotationssystem“ zu pressen; zwei Jahre sollen sie isoliert von ihren Familien in der BRD arbeiten „dürfen“; danach sollen sie abgeschoben werden. So soll verhindert werden, daß die ausländischen Kollegen bei uns heimisch werden können und sich für ihre Interessen organisieren. Demselben Ziel dient u.a. das Verbot der palästinensischen Organisationen GUPS und GUPA im vorigen Jahr. Die Brandt-Regierung läßt den imperialistischen und faschistischen Geheimdiensten aus den Heimatländern der ausländischen Kollegen nach wie vor freie Hand in der BRD, während die demokratischen Organisationen der ausländischen Kollegen verboten oder behindert werden. Selbst die Rundfunk-Sendungen für ausländische Kollegen werden immer mehr den Forderungen der faschistischen Regimes angepaßt.

Für die westdeutschen Arbeiter kommt es darauf an, sich von den Kapitalisten nicht in die Falle des Nationalismus und der Überheblichkeit gegenüber den ausländischen Kollegen in der BRD locken zu lassen, sondern die Klassensolidarität zu wahren. Die ausländischen Kollegen haben vielfach bewiesen, daß nicht nur Verlaß im Kampf auf sie ist, sondern daß wir von ihren Erfahrungen und ihrer Entschlossenheit lernen können.

16/17

1,50

: Auseinandersetzung mit einer Stellungnahme des ZK der „Arbeiter-Basis-Gruppe“ München unter den Fragen:

- Politik in Unterordnung unter die Interessen der Arbeiterklasse?
- Was können wir aus der Geschichte der Arbeiterbewegung lernen?
- Wie stehen wir zur VR China?

Zwei traurige Briefe (NRF und KBB): Zum Verhältnis von Auseinandersetzung und Zusammenarbeit in der kommunistischen Bewegung.

Erhältlich im ARBEITERBUCH,
2 HH 13, Grindelhof 45 oder über
VERLAG ARBEITERKAMPF,
J. Reents, 2 HH 13,
Rutschbahn 35



Unser Weg

Zeitschrift des Kommunistischen Bundes
zu Fragen der Arbeiterbewegung

18

1,-

: Anmerkungen zur NRF-Sondernummer: Kampf zweier Linien in der Kommunistischen Partei Chinas.

Die Leitungstätigkeit und den Arbeitsstil verbessern! – Diskussionsbeitrag der Zentralen Regionalkommission des KB. Die politische Arbeit im Stadtteil.

19

1,-

: Zur Faschismus-Diskussion: Auseinandersetzung mit KBB, NRF und SSG Positionen zu den Fragen: „Wille“ und „Zwang“ zum Faschismus. Woher kommt die faschistische Massenbewegung? Suche nach dem „Wesen des Faschismus“. Widerlegung der faschistischen Gefahr?

Betriebszelle im Chemie-Bereich

Allen gemeinsam war die Erfahrung, daß in der Auseinandersetzung mit dem Vorschlag des LG bei den Einzelnen zunächst die Frage nach Sinn und Ziel einer Plattform auftrat: von einigen wurde die Plattform spontan abgetan, da sie nichts "Neues" (für uns) bietet, sich im Wesentlichen auf Einschätzungen vom Vorjahr bezieht, bis jedem schließlich einleuchten mußte, daß die Plattform nicht für uns geschrieben ist, sondern für Kollegen, Sympatisanten, befreundete Gruppen und Organisationen, die sich mit den Standpunkten des KB zu den Fragen der Arbeiterbewegung auseinandersetzen wollen.

Dabei stießen wieder einige auf das Problem, ob nicht einige Ausführungen zu allgemein gehalten sind, um verständlich zu werden. Dazu klärten wir in der Diskussion, daß auch dieses nicht Aufgabe einer Plattform sein kann, da ausführlich in unserer polit. Zeitung zu Fragen der Gewerkschaften, des Revisionismus etc. Stellung bezogen wurde.

Es kam die Anregung, in diesem AK ergänzend zur Plattform einen Artikel zur DKP und ausführlicher zur Ausländerfrage zu bringen. Da dieses wohl zu dieser Nummer nicht mehr möglich sein wird, sollte dieses schon in Angriff genommen werden; wir sind bereit, dazu zu arbeiten.

Der Aufbau des Artikels wurde für richtig gehalten: den nationalen Klassenkampf untersuchen und von der internationalen Lage her beleuchten. Ein Genosse meinte zuerst, man müsse von der internationalen Lage die nationale Situation ableiten, sah aber ein, daß dieses Vorgehen unser Wissen voraussetzt und nicht am Bewußtsein der Massen ansetzt.

Eine kurze Diskussion entfachte sich an der Frage, ob die Einschätzung richtig ist: "stärker als 69 existieren heute komm. Org., kämpferische Arbeiterkerne und gewerkschaftliche Gruppen in Opposition zur DGB-Spitze". Kämpferische Arbeiterkerne, wie sie zum Beispiel bei Hoesch, Merck und vielfach im Ruhrpott existieren, entspringen der spontanen Arbeiterbewegung. In ihnen befinden sich aktive Arbeiter (Unterschied zur Masse!), die Abwehrkämpfe gegen die Kapitalisten organisieren, aber mit dem Kommunismus bis jetzt noch wenig zu tun haben. Eine Genossin bezweifelte, daß es solche Arbeiterkerne gäbe, da ihr solche noch nicht über den Weg gelaufen seien. Hier zeigte sich deutlich, wie falsch es ist, aus seiner eigenen beschränkten gesellschaftlichen Praxis heraus die richtige Einschätzung abzuleiten, ohne die Gesamtlage im Auge zu behalten. Wer "zufällig" in einer

Abteilung arbeitet, in der die "Haupttendenz" Faschismus ist und nun die Wahrheit in seiner unmittelbaren Praxis sucht, würde nicht begreifen können, daß die Haupttendenz Revolution ist. Die Wahrheit in der Praxis suchen, aber die Praxis allseitig untersuchen!

Zum anderen wurde gesagt, daß bis jetzt in der Öffentlichkeit "nur" Kommunisten und nicht die Arbeiter gegen die Kapitalisten und ihre Handlanger antreten (s. Funktionärsversammlungen, VLKs etc.). Diese Äußerung zeigt, daß der Kampf der Kommunisten um das Vertrauen der Arbeiterklasse, ihre Aufgabe, sozialistisches Bewußtsein in ihre Reihen zu tragen, nicht verbunden wurde mit einer realistischen Einschätzung der derzeitigen Verbindung von von Kommunisten und Arbeiterbewegung. Das "Gefühl" der Isoliertheit der Kommunisten von den Arbeitern kann nur dazu führen, ständig die eigene Linie zu überprüfen: reden wir über die Köpfe der Massen hinweg, weil wir nicht an ihrem Bewußtsein anknüpfen oder müssen wir deutlicher sprechen, um ein Echo zu empfangen, muß z. B. gefragt werden, damit wir nicht zwischen Wüstenprediger und Marktschreier hin- und herpendeln.

Nun zu einigen Punkten der Kritik an der Plattform:

- Für falsch halten wir die Einschätzung (S. 2): "wenn die Arbeiter auch in den letzten Tarifikämpfen trotz ausgedehnter und zäher Streikkämpfe . . ."
Da die Gewerkschaftsführung es verstanden hat, die Ausdehnung der Streikkämpfe systematisch zu boykottieren, kann nur davon gesprochen werden, daß das Verlangen auf seiten der Arbeiter abgewürgt wurde. Stattgefunden haben vereinzelte, relativ zu früheren Jahren, wenige Streiks, die relativ schnell aufgrund der Isoliertheit in Niederlagen verwandelt wurden.
- Für falsch halten wir die Parole: "Die Kämpferische Solidarität erzwingt Frieden und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen". Steht die Parole so allein da, wird sie falsch, da klar ist, daß keine noch so kämpferische Solidarität etwas erzwingen kann, sondern nur den unnachgiebigen Kampf der unterdrückten Völker um Frieden und Selbstbestimmung unterstützen kann.
- In der Plattform fehlt das aktive Schaffen der Bourgeoisie an der faschistischen Ideologie. Richtig wird gesagt (S. 1 unten), daß sich die Kapitalistenklasse auf Zeiten verschärfter Klassenkämpfe ökonomisch, politisch, ideologisch vorbereitet. Diese Vorbereitungen werden aber nur an der Ausrichtung auf den Polizeistaat aufgezeigt (Armee, Polizei) und die ideologische Faschisierung von Staat und Gesellschaft als Anstrengung der CDU/CSU,

mit einer sozialer Demagogie die wachsende Unzufriedenheit der Massen mit der SPD in ihre reaktionäre Sackgasse zu leiten. Da sich der Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital weiter verschärft, müssen die Kapitalisten die Klassenwidersprüche verschleiern, verstärkte Anstrengungen unternehmen, um Teile der Arbeiterklasse für ihre Pläne zu gewinnen, die bürgerliche Ideologie weiter aufbauen und in die Arbeiterklasse tragen, um sie vom Kampf für den Sozialismus abzubringen. Den Arbeitern werden über Gewerkschaftsführung und Regierung Reformen über Reformen wie Mitbestimmung,

Vermögensbildung etc. aufgedrungen, die nach außen hin die Forderungen der Arbeiter aufgreifen, aber im Wesen nichts als Kleister gegen den Blick für die Wirklichkeit sind. Den Arbeitern wird alles versprochen: Mitsprache, Vermögen, Mitverantwortung, gerechter Lohn, eine Betriebsgemeinschaft, eine Volksgemeinschaft, wenn sie nur sich den Sozialismus aus dem Kopf schlagen. Faschismus heißt nicht nur auf die Köpfe der Arbeiter zu schlagen, sondern heute mehr denn je für die Bourgeoisie über die bürgerliche Ideologie in ihre Köpfe einzudringen.

Eine Beiersdorf-Zelle

BETRIEBSZELLE im METALLBEREICH

Der 1. Mai ist der traditionelle internationale Kampftag der Arbeiterklasse. An ihm wird Rückblick gehalten auf die zurückliegenden Kämpfe und anhand einer Einschätzung der momentanen Situation die nächsten zentralen Aufgaben verdeutlicht. Einen besonderen Stellenwert nimmt hier der Internationale Kampf ein, da der 1. Mai internationaler Kampftag ist. Eine Plattform hierfür müßte diese Punkte in propagandistischer Form enthalten, d. h. sie müßte ein Aufruf sein, unter bestimmten Losungen zu demonstrieren.

Heute würde dies bedeuten, daß eine solche Plattform ansetzen müßte an einem kurzen, historischen Abriß über den 1. Mai (seine Funktion und Bedeutung) sowie einer Darlegung dessen, was die Bourgeoisie heute aus dem 1. Mai gemacht hat. Weiter müßte eine Einschätzung folgen in welche politische Situation der 1. Mai fällt. (Also umfassende Offensive der Bourgeoisie auf allen Ebenen). Diese Einschätzung muß an einigen offensichtlichen Fakten festgemacht sein. (Abbau Reallohn, Rationalisierungswelle, Faschisierung - Streikrecht etc. etc.) In diesem Rahmen müßte auch kurz auf die internationale Herrschaft der Bourgeoisie eingegangen werden. Danach müßte ein Abriß der stattgefundenen Kämpfe gegeben werden, das heißt also, die spontane Kampfbereitschaft in Teilen der Arbeiterklasse (Stahlarbeiter), die stattgefundenen Kämpfe (Hoesch-Streik u. ä.). Diese Kämpfe müssen eingeschätzt werden. Es muß die zentrale Schwäche der Arbeiterklasse - die politische Schwäche - aufgezeigt werden (Hoesch). Gerade die derzeitige Situation der Arbeiterklasse muß unmißverständlich und eindeutig dargelegt werden, wenn Fehlinterpretationen, Illusionen etc. ausgeschlossen werden sollen. Auf die Funktion der Sozialdemokratie müßte hiernach eingegangen werden. Einmal im Rahmen der Ursachen für

die Situation der Arbeiterklasse (sozialdemokratische Ideologie, Partnerschaft etc.) zum anderen im Rahmen der zukünftigen Entwicklung (Änderung der SPD-Taktik bei verschärften Auseinandersetzungen, ihre ungeheuer großen Möglichkeiten an sozialer Demagogie). Logischerweise muß auch auf den prinzipiellen Charakter der SPD als bürgerliche Partei eingegangen werden.

In den gleichen Rahmen würde u. U. die Politik der Gewerkschaftsführung fallen. (Gewerkschaften als Ordnungsfaktor).

Aus dieser insgesamt Einschätzung der politischen Landschaft in der BRD müßten die nächsten Aufgaben entwickelt werden - dies wären einmal die Notwendigkeit der politischen Selbständigkeit der Arbeiterklasse, der Kampf um die demokratischen Rechte.

Nachfolgend sollte dann - wie in der Plattform - die Absätze zur Arbeit in den Gewerkschaften und zum Internationalismus folgen.

Wir meinen, daß die vorgelegte Plattform ihre Funktion in keiner Weise erfüllen kann. Zum einen vom Aufbau, der Form und der notwendigen Klarheit der Einschätzungen her nicht, zum anderen vom politischen Gehalt her nicht. Die Plattform ist im wesentlichen ein ungeheures Sammel-surium von Einzelfakten, die, wenn überhaupt, nur ungenügend eingeschätzt werden. So bleibt es dem Leser überlassen, die Gründe für die Niederlage der Hoesch-Arbeiter zu suchen, so wird die Verwirrung mit der These der Gegenoffensive der Bourgeoisie seit 69 gestiftet, so bleibt es dem Leser überlassen, welche Bedeutung es hat, daß heute mehr kommunistische Organisationen etc. als 69 bestehen. Die wesentlichen Punkte, Einschätzung der derzeitigen Klassenkampfsituation in der BRD, können von jedem beliebig interpretiert werden.

Darüberhinaus fehlen ganz zentrale Punkte in der Plattform. Es fehlt die politische Schwäche der Arbeiterklasse, und ebenso die Notwendigkeit der politischen Selbständigkeit (Partei). Ebenso kommt die politische Offensive der Bourgeoisie zu kurz, es werden im wesentlichen einige Fakten aus dem Bereich der militärischen und juristischen Vorbereitung dargestellt, es wird aber nicht stark genug auf die Gefahr des Faschismus eingegangen, ebenso nicht genug auf die heute bereits stattfindende politische Offensive. (Propagierung der faschistischen Volksgemeinschaft ansatzweise von der Gewerkschaftsführung, "Soziale" Image von CDU/SU usw. usf.).

Dadurch, daß vor allem die politische Schwäche der Arbeiterklasse und die Notwendigkeit zur Überwindung derselben fehlt, bekommt die Plattform eine rechtsoportunistische Tendenz. Es fehlt ganz einfach die zentrale Aufgabe, die sich stellt, ohne die alle anderen - der Kampf in den Gewerkschaften, Tarifikämpfe usw. - in Niederlagen führen werden. Dies bedeutet nicht, daß unter der Plattform in NRF-KBB-Manier "Für den Wiederaufbau der KPD!!!" stehen soll, sondern dies müßte inhaltlich aus der Plattform herauskommen.

Zur Kritik an einzelnen Punkten:

Frage der Bundestagswahl

Die Bundestagswahl wird recht oberflächlich ausgewertet. Es bleibt unklar, wieso das Ergebnis der Wahl Ausdruck einer Linkswendung der Massen bedeutet. Alleine die Wahl der SPD bedeutet ja noch keine Linkswendung. Immerhin hat die SPD ja z. T. unter recht reaktionären Parolen Wahlkampf gemacht. Linkswendung bedeutet für uns doch - Abwendung vom Kapitalismus - Hinwendung zum Sozialismus, auch wenn in sehr geringem Maße - inwieweit dies der Fall ist, bleibt unklar.

Frage der SPD

Es werden lediglich Einzelpunkte berücksichtigt. Die Funktion der SPD als bürgerliche Partei wird nicht dargelegt. Es wird nicht klar, welche enormen Möglichkeiten die Sozialdemokratie heute durchaus noch hat, um die Massen an sich zu binden. Sicherlich verschärfen sich die Widersprüche heute - die Sozialdemokratie kann ihre Taktik jedoch sehr schnell ändern (Immerhin hat sie 1919 offiziell den "Sozialismus" eingeführt). Weiterhin fördert die Loslösung der Massen von der Sozialdemokratie nicht nur linkssozialdemokratische Gruppierungen, sondern ebenso versuchen die Faschisten, aus dieser Lösung Kapital zu schlagen.

Kritik an DKP, KBB, MLs

Unsere Kritik an diesen Gruppierungen machte sich nicht daran fest, daß diese im Namen der KP agierten, obwohl die Massen noch nicht dem Sozialismus zuströmen, sondern daran, daß sie diesem Anspruch einer KP in keiner Weise gerecht werden.

Einschätzung der Klassenkämpfe

Es werden lediglich einzelne Fakten aufgeführt. (Streik bei Hoesch, Tarifrunden). Es wird jedoch keine Einschätzung gegeben. Warum haben denn die Hoesch-Arbeiter eine Niederlage erlitten? Was bedeutet es, wenn heute mehr kommunistische Organisationen etc. als 69 bestehen? Die politische Schwäche der Arbeiterklasse (und hier im Zusammenhang mit komm. Bewegung) wird vollkommen außer Acht gelassen. Die Darstellung läßt an und für sich jegliche Interpretation zu.

Offensive der Bourgeoisie

Die Kapitalisten greifen nicht nur zum Mittel der Reallohnsenkung, sondern eben auch zum Mittel der Produktivitätssteigerung durch Rationalisierung. Die politische Offensive kommt zu kurz. Auf die langfristige Notwendigkeit einer faschistischen "Lösung" des Klassenwiderspruchs wird nur ungenügend eingegangen, ebensowenig auf die heute bereits stattfindende politisch-ideologische Vorbereitung.

Kampf in den Gewerkschaften

Es sollte auch darauf eingegangen werden, daß die Gewerkschaften heute von der Bourgeoisie als Ordnungsfaktor eingesetzt werden.

Im Zusammenhang zu der VLK-Arbeit fehlt die politische Orientierung. Es genügt nicht allein, daß die Belegschaft hinter einem guten VK steht, sondern auch die politische Klarheit, die die Vertrauensleute haben, ist notwendig (Hoesch). Ohne gleichzeitige Entlarvung der sozialdemokratischen Politik in BR und VK gewinnt die Parole "... Einheit von BR, VK ..." eine etwas prinzipienlose Richtung, denn wir wollen ja nicht die Einheit mit den Klassenverrättern.

Zum Internationalismus

Es sollte eingehender auf die historischen Erfahrungen der BRD-Arbeiterklasse mit Chauvinismus und Rassismus eingegangen werden.

Alles in allem halten wir die Plattform selbst als Diskussionsentwurf für ungenügend, aufgrund dessen, daß eine eingehende Diskussion über die politischen Inhalte der Plattform nur schwer möglich ist, da diese nur sehr schwierig zu erkennen sind - oder zu interpretieren sind. Wir meinen, daß diese Plattform unter keinen Umständen, so wie sie ist, veröffentlicht werden darf. Sollte es für AK 27 zu knapp werden, diese umzuschreiben, müßte ein AK-Extrablatt in Erwägung gezogen werden.

Noch zur Kritik: Die Kritik ist sicherlich aufgrund Zeitmangels in einigen Punkten nicht doll ausformuliert usw., wir hoffen aber, daß trotzdem die zentralen Kritikpunkte deutlich werden.

Hanomag-Zelle

Zelle im Hafen

Die nachstehend aufgeführten Ergänzungen und Kritiken zur vorläufigen Maiplattform sind in der Zelle vereinheitlicht.

Die Plattform erscheint anlässlich des 1. Mai. Deshalb muß zuallererst auf diesen Anlaß, d.h. den 1. Mai eingegangen werden. Dargestellt werden muß der Charakter des 1. Mai als internationaler Kampftag der Arbeiterklasse, rückblickend und die Bedeutung heute. Das Bewußtsein der Arbeiter über den 1. Mai muß dargestellt werden, ebenfalls Darlegung der Vorstellungen von Gewerkschaftsführung, DKP, SPD etc. und anderen kommunistischen Gruppen. Es muß erläutert werden, wie sich der KB zum 1. Mai stellt und warum diese oder jene Aktion geplant ist oder nicht (wie z. B. die letztes Jahr angestrebte breite Aktionseinheit). + s. Schluß

Dieser Darstellung der Bedeutung des 1. Mai muß unsere Einschätzung der Lage in der BRD folgen. Die in der vorläufigen Plattform enthaltene Einschätzung der SPD ist nicht klar genug. Die Funktion der SPD als bürgerliche Arbeiterpartei muß deutlicher herausgestellt werden, damit es ausgeschlossen ist, daß über die Funktion der SPD irgendwelche Unklarheiten bestehen. Es sollte viel stärker auf die "Sozialstaatstheorie" eingegangen werden, die noch die herrschende Ideologie der Massen ist. Es muß auch ganz klar gesagt werden, warum die Lösung der werktätigen Massen von der Sozialdemokratie nur sehr langsam und schrittweise vor sich geht. Nur bei Verschlechterung der Lebensbedingungen, wie sie unweigerlich durch die Entwicklungen der EWG auf die Arbeiter zukommen, kann der Charakter der SPD von allen erkannt werden. Die Einschätzung und Darlegung der Entwicklung der EWG ist jedoch zu kurz in der Plattform. Die internationale Entwicklung - speziell die EWG - und die sich daraus ergebenden Bedingungen für die westdeutsche und internationale Arbeiterklasse werden nur zu pauschal dargestellt (natürlich soll hier nicht der EWG-Artikel aus dem AK abgedruckt werden, aber es ist z. B. nicht deutlich angesprochen die Nivellierung der Lebensbedingungen für das europäische Proletariat, obwohl dies außerdem auch für den Gedanken der Solidarität zum 1. Mai wichtig ist). Es fehlt außerdem der Hinweis auf die Möglichkeit, daß die Massen durch die Verschlechterung der Lebensbedingungen den Weg nach rechts einschlagen können.

Weiterhin enthält die Plattform eine widersprüchliche, zumindest jedoch nicht eindeutige und klare Einschätzung der Arbeiterbewegung in der BRD. Wenn es heißt, daß es den sozialdemokratischen Gewerkschaften nur sehr schwer möglich ist, bei den Metallern die Tarifverträge durchzusetzen, so stimmt das zumindest für Nordrheinwestfalen. Es fehlt jedoch - zur klaren Einschätzung der Gesamtsituation - die Hinweise auf die anderen Tariffbewegungen, wo die Tarife ohne weiteres durchgesetzt werden konnten. Was heißt es außerdem, wenn gesagt wird: die Bourgeoisie sieht einer Zeit entgegen, wo es ihnen trotz . . . noch weniger als heute gelingen wird, die Arbeiterklasse "ruhig" zu halten. Das hört sich an, als wenn die Arbeiterklasse schon sehr unruhig wäre, was unserer Meinung nach der Einschätzung widerspricht, die vom KB im AK vertreten wird. Natürlich muß man sehen, daß die spontanen Abwehrkämpfe der Arbeiter zunehmen, aber dafür den Ausdruck "noch weniger als heute"!

Zur Gewerkschaft meinen wir, daß die Linie der Gewerkschaftsführung als "Linie der Klassenversöhnung" nicht ausreichend bezeichnet ist. Es ist doch so, daß gewisse Gewerkschaftsführer nicht mehr die Klassen nur versöhnen wollen, sondern die Interessen der Kapitalisten vertreten, für die Arbeiter allerdings verschleiert als "Maßnahmen im wirtschaftlichen Gesamtinteresse". Die mögliche Entwicklung der Gewerkschaft zum Ordnungsfaktor wie in der Zeit der Nazi-Herrschaft muß aufgezeigt werden. Es sollte auch näher auf die Politik der Gewerkschaftsführung gegenüber klassenbewußten Mitgliedern eingegangen werden, wie es in der Einschätzung der Lage in der BRD bereits kurz angesprochen wurde.

Außerdem ist die Aufforderung an die Arbeiter, für konsequente Klassenpolitik in den Gewerkschaften zu kämpfen, nicht ausreichend. Es folgt keine inhaltliche Klärung des "konsequenten Kampfes", der nicht nur darin besteht, gute VLK zu wählen. Bei dieser Aufforderung "eine wesentliche Aufgabe wird es sein, starke und kämpferische VLK zu schaffen" ist unserer Meinung nach ein Fehler enthalten. Es kommt nicht darauf an, konsequente VLK zu wählen und ihnen dann den Rücken zu stärken, der Inhalt der Politik ist wichtig und diese Politik muß von den Arbeitern selbst entwickelt und gemacht werden. Die VLK sind nur die Wortführer der Massen.

Zum Punkt Internationalität der Arbeiterbewegung ist zu sagen, daß hier wie auch von der Leitung geschrieben, ebenfalls die Situation in Palästina angesprochen werden sollte.

Damit jedoch die Maiplattform abzuschließen, halten wir für falsch. Hier muß eine Zusammenfassung kommen und noch einmal auf den 1. Mai eingegangen werden mit starken, kämpferischen Parolen.

Zum Schluß noch eine Kritik an einer Formulierung: die Kapitalisten haben den Hoesch-Arbeitern eine taktische Niederlage beigebracht.

+ Zur Darstellung der Vorstellungen des KB zum 1. Mai ist noch zu sagen, daß die Darlegung, was der KB zum 1. Mai an Aktionen plant, allein auch schon deswegen wichtig ist, weil die Kenntnis um diese Aktionen eine wesentliche Voraussetzung für die Diskussion um die Maiplattform ist. Ebenso ist das eine Bedingung dafür zu diskutieren, was für Aktionen für den Hafenbereich gemacht werden können.

Wir haben uns bei dieser Diskussion darauf vereinheitlicht, daß wir eine ähnliche Aktion wie im letzten Jahr - d.h. Rundbrief an verschiedene Organisationen und Einzelpersonen - auch diesmal für richtig halten. Allerdings meinen wir damit nicht die Aufforderung an sämtliche Linkschauten zu völlig nutzlosen und zeitraubenden Bündnisgesprächen. Ganz anders sieht es jedoch bei z. B. Betriebsräten, demokratischen Organisationen, den Falken, Gremien der Gewerkschaft auch evtl. der DKP aus. Wenn letztes Mal keine Erfolge durch solche Briefe erzielt worden sind, muß das nicht heißen, daß es dieses Mal genauso aussieht, denn dann würden wir jegliche Vorwärtsentwicklung abstreiten. Es muß nicht näher erwähnt werden, daß solche Briefe nicht den Charakter von Einladungen zu einer Demo haben dürfen, wie z. B. das NRF es macht, sondern Aufforderungen zu einem Gespräch sein sollen, auf dem dann entsprechende Aktionen beschlossen werden.

Kai-Zelle

Leitung des Sozialistischen Studentenbundes

1. Zur Funktion einer Mai-Plattform

Unserer Auffassung nach sollte sich eine Mai-Plattform nicht allein an den allerbewußtesten Teil der Kollegen, an die kommunistischen Arbeiter, richten, sondern sie sollte so verfaßt sein, daß sich möglichst große Teile der Arbeiterklasse auf ihrer Grundlage zu einer gemeinsamen Mai-Demonstration zusammenschließen können, weil der 1. Mai ja auch nicht der Kampftag der Kommunisten ist, sondern der Kampftag der Arbeiterklasse sein sollte. Das heißt nicht, daß in einer solchen Mai-Plattform inhaltlich Abstriche gemacht werden sollten, etwa in der Weise, daß die Führer der SPD und der Gewerkschaften von der allerschärfsten Kritik verschont und daß auf die Propagierung des Sozialismus verzichtet werden sollte, sondern das heißt, daß die Mai-Plattform den Kollegen beweisen muß, daß die sozialdemokratischen Führer ganz üble Elemente sind, die immer wieder - ausnahmslos - im Interesse der Bourgeoisie die Arbeiter hinter das Licht geführt und Verrat an ihren Interessen begangen haben, daß sie den Kollegen konkret aufzeigen muß, was die Errichtung des Sozialismus bedeutet, was sie der Arbeiterklasse bringt.

Dies leistet der vorgelegte Entwurf einer Mai-Plattform kaum. Ich will dies an zwei Beispielen deutlich machen:

1. Über das Bundestags-Wahlergebnis wird gesagt: "Dieses Ergebnis ist Ausdruck einer zunehmenden Absage an die Politik der Reaktion nach innen und der Spannung nach außen, ...; es ist das Votum für eine Politik der Reformen und der Entspannung nach außen." Richtig; aber wenn sich die Plattform - was wir für richtig halten würden - gerade auch an die Kollegen wenden soll, die der SPD die Stimme gaben in der Hoffnung, sie würde eine "Politik der Reformen und der Entspannung nach außen" betreiben, kommt es doch darauf an, anhand der konkreten Politik der SPD-Regierung nachzuweisen, daß die SPD kein Garant für Reformen und Entspannung ist, daß sie im Gegenteil im Interesse der Kapitalistenklasse aktiv die Fasisierung von Staat und Gesellschaft vorantreibt, daß sie mit der "Neuen Ostpolitik" die alten Ziele mit neuen Mitteln und unter dem Deckmantel des "Friedens" vorantreiben will, usw. Dies leistet der Plattform-Entwurf jedoch nicht; er begnügt sich mit der oben zitierten Feststellung und spricht ansonsten nur in der Weise von der Politik der SPD, daß er behauptet: "Die Wider-

sprüche zwischen der Politik der Brandt-Regierung und den werktätigen Massen verschärfen sich."

2. Es wird davon gesprochen, daß "die Mehrheit der Massen noch nicht von der Notwendigkeit einer solchen politischen Alternative überzeugt ist. Es ist keineswegs so, daß die werktätigen Massen in Scharen dem Sozialismus zustreben...". Wenn sich die Plattform aber an eben diese "Mehrheit der Massen" richten soll, ist diese Aussage höchst langweilig und nutzlos, weil sie besagter "Mehrheit der Massen" überhaupt nichts sagt und diese auch nicht weiterbringt. Stattdessen wäre es die Aufgabe der Mai-Plattform, mit der hier getroffenen richtigen Einschätzung "im Hinterkopf" den Sozialismus zu propagieren.

2. Zur Einschätzung der gegenwärtigen Situation Die im Entwurf für die Mai-Plattform 1973 vorgenommene "Einschätzung" der gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation ist unseres Erachtens unvollständig und falsch und widerspricht sämtlichen vom KB erarbeiteten Analysen.

a. Bewegung anlässlich des Mißtrauensvotums der CDU/CSU

Diese Bewegung zeichnete sich dadurch aus, daß sie die seit längerer Zeit erste politische Bewegung der Arbeiterklasse war, die sich gegen die bei einer CDU/CSU-Regierung erwartete verstärkte Reaktion nach innen und verstärkte Aggressivität nach außen richtete. Es war eine Bewegung, die von den Arbeitern selbst in Gang gesetzt worden war und an die sich die Gewerkschaftsführung im nachhinein (teilweise) anhängte, um ihre klare antireaktionäre Stoßrichtung zu verfälschen und sie in eine "Willy-Bewegung" umzumodeln (wobei sich allerdings die DKP und einige SPD-Funktionäre schon vorher darum verdient gemacht haben, die Bewegung auf die Ostverträge zu desorientieren). Heute läßt sich sagen, daß es der SPD-Führung gelungen ist, diese spontane Bewegung aufzufangen, indem sie sie - insbesondere auch durch ihre geschickte Propaganda während des Wahlkampfes - voll auf ihre Mühlen lenkte.

Die Kämpfe anlässlich des Mißtrauensvotums waren in dem Sinne, wie ich es hier grob darzulegen versucht habe, von großer Wichtigkeit für die Arbeiterklasse. Der Bedeutung dieser Kämpfe und der Lehren, die daraus zu ziehen sind, wird der Diskussions-Entwurf für die Mai-Plattform in keiner Weise gerecht, wenn er sich damit begnügt, festzustellen: "Der 1. Mai 72 stand vielerorts im Zeichen gewerkschaftlicher Demonstrationen gegen die CDU/CSU, für die Verteidigung der Brandt-Regierung."

b. Die "Linkswendung der Massen"

Richtig ist, daß beispielsweise Betrugsmanöver wie die "Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand" heute noch weniger verfangen als noch vor einiger Zeit, richtig ist auch, daß das sozialistische Gedankengut heute größeren Anklang findet als vor einigen Jahren. Das ist aber nur die eine Seite der Medaille. Die andere Seite ist die, daß es der SPD-Führung heute noch ganz ausgezeichnet gelingt, diese "kritischen Elemente" aufzufangen und zu integrieren - trotz ihrer immer reaktionäreren Politik, trotz ihrer aktiven Beteiligung an der Faschisierung von Staat und Gesellschaft. Es gelingt ihr, indem sie dann und wann die Platte vom "Sozialismus" auflegt (Wahlkampf!) und andere tolle Versprechen macht. Es gelingt ihr vor allem auch dadurch, daß sie links-sozialdemokratische Gruppierungen als "Auffang-Stationen" einsetzt.

(Anmerkung: Wir halten es für einen Fehler, wenn nur gesagt wird, "...Diese Entwicklung begünstigt das Aufkommen linkssozialdemokratischer Gruppierungen innerhalb und außerhalb der SPD, die zur Zeit als potentielle Auffang-Stationen für die spontane Linksentwicklung der werktätigen Massen erscheinen." Sicher ist es richtig, daß "...Diese Entwicklung...das Aufkommen linkssozialdemokratischer Gruppierungen innerhalb und außerhalb der SPD (begünstigt)", die Kommunisten begrüßen dies auch und wissen eine solche Situation für die umfassende Entlarvung des Sozialdemokratismus und für die Propagierung des Sozialismus zu nutzen. Dabei muß ihnen aber klar sein, und das müssen sie vor allem den Massen immer wieder klarmachen, daß diese links-sozialdemokratischen Gruppierungen keine andere Funktion haben, als die, kritisch gewordene Menschen "bei der Stange zu halten", sie verstärkt an den Sozialdemokratismus zu binden, und daß diese Gruppen zu diesem Zweck auch ganz bewußt von der SPD-Führung eingesetzt werden, was diese ja nicht einmal verhehlt -vgl. verschiedene Äußerungen von SPD-Führern über die Jusos. Diese zweite Seite aber wird in dem entsprechenden Abschnitt in der Mai-Plattform sträflich vernachlässigt, es wird auf der Ebene der Erscheinungsformen stehengeblieben.)

Dieser Sachverhalt wird unseres Erachtens durch so großspurige Bezeichnungen wie "Die Massen wollen nach links" (NRF), "Linkswendung der Massen", "spontane Linksentwicklung der werktätigen Massen" etc. (Diskussionsentwurf des LG für die Mai-Plattform) nicht richtig erfaßt. Wir halten diese Formulierungen im Gegenteil für ausgesprochen gefährlich, weil sie zu einer falschen, zu einer illusionären Einschätzung der gesellschaftlichen Situation und des Standes der Arbeiterbewegung verleiten.

c. Die "zunehmende Unzufriedenheit der Massen mit der Brandt-Regierung"

Verschiedentlich wird davon gesprochen, und daraus wird wesentlich auch die "Linksentwicklung der Massen" "abgeleitet", daß (sich) die Widersprüche zwischen der Politik der Brandt-Regierung und den werktätigen Massen verschärfen" (als "Beleg" hierfür wird die MTR angeführt), daß "solche Kämpfe (bspw. die der Hoesch-Arbeiter)... vor allem die kämpferischsten Teile der Arbeiterklasse immer wieder mit der Brandt-Regierung... (konfrontieren)" daß eine "zunehmende Unzufriedenheit der Massen mit der Brandt-Regierung" zu verzeichnen ist. Diese "Einschätzung" kommt für uns einigermaßen überraschend. Sie ist in dieser Form in den Veröffentlichungen des KB bisher noch nicht aufgetaucht, geschweige denn begründet worden, und entspricht auch in keiner Weise unseren Erfahrungen. Wir gehen davon aus, daß es der Sozialdemokratie gerade in der jüngsten Zeit gelungen ist, die Arbeiterklasse und die anderen fortschrittlichen Menschen verstärkt an sich zu binden, indem sie es schaffte, die Bewegung anlässlich des Mißtrauensvotums voll auf ihre Mühlen zu lenken, indem sie es mit Hilfe geschickter Propaganda verstand, die Menschen dahinzubringen, wieder bestimmte Hoffnungen in die SPD zu setzen. Die von ihr geweckten Hoffnungen wird die SPD natürlich nicht erfüllen. Hieraus läßt sich aber nicht automatisch eine "zunehmende Unzufriedenheit der Massen mit der Brandt-Regierung" ableiten. Einer solchermaßen objektivistischen Betrachtungsweise sind aber offenbar die Verfasser der Mai-Plattform

aufgefressen, die immer wieder von einer "Verschärfung der Widersprüche zwischen der Politik der Brandt-Regierung und den Massen" sprechen, ohne sich die Mühe zu machen, diese anhand der Wirklichkeit zu überprüfen und zu beweisen. Zwar wird verschiedentlich auf die MTR verwiesen, aber inwiefern hat die MTR zu einer "Verschärfung der Widersprüche zwischen der Politik der Brandt-Reg. und den Massen" geführt, worin äußert sich diese "Verschärfung der Widersprüche"? Inwiefern sind die Hoesch-Arbeiter "immer wieder mit der Brandt-Regierung (konfrontiert)" worden und was folgte daraus???

Eine völlig neue These aufzustellen, die im Widerspruch steht zu allen bisher erarbeiteten Einschlüssen, ohne diese These auch nur ansatzweise zu beweisen - das ist ein in höchstem Maße verantwortungsloses Vorgehen. Genossen, bei der Wahrheit bleiben und nicht zur "Wahrheit" übergehen!



d. Zur Einschätzung der jüngsten Tarifrunden und der Kämpfe der Hoesch-Arbeiter und der Kollegen anderer Betriebe in den letzten Wochen

Hierzu steht im Diskussions-Entwurf für die Mai-Plattform: "Die MTR hat gezeigt, daß es den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern nur sehr schwer möglich ist, die vom Interesse der Kapitalisten diktierten Tarifverträge durchzusetzen."

Hält man sich das Urabstimmungsergebnis in der Eisen- und Stahlindustrie NRWs vor Augen, das den Machenschaften der Gewerkschaftsführung ja eine ganz klare Absage erteilte, so ist das sicher richtig. Andererseits aber muß man sich klarmachen, in welcher Situation es zu diesem Urabstimmungsergebnis gekommen ist, daß die Gewerkschaftsführer nicht einfach "die vom Interesse der Kapitalisten diktierten Tarifverträge (durchsetzen)" wollten, sondern daß sie durch ihre Unterstützung des 8,5%-Abschlusses unverschämt und offen dem Abbau der Reallöhne das Wort redeten. Außerdem ist zu berücksichtigen, daß diese Abstimmung im derzeit "kampf- bereitesten Metall-Bezirk" stattfand, daß es den Kapitalisten und ihren Handlangern in der Gewerkschaftsspitze in den anderen Branchen nach meinen Informationen verhältnismäßig reibungslos gelang, Ergebnisse um 8% herum durchzusetzen, reibungslos gemessen daran, daß diese einen weiteren Abbau der Reallöhne bedeuteten. (x)

Weiterhin steht im Diskussionsentwurf: "Ähnlich wie im September 69 haben besonders kämpferische Teile der Metallarbeiter nachträglich versucht, auf eigene Faust die Tarifverträge zu korrigieren." Auch hier war eher der Wunsch der Vater des Gedankens als die Wirklichkeit: Die Septemberstreiks lassen sich insofern nicht mit den Kampfaktionen der jüngsten Zeit vergleichen, als damals das auslösende Moment darin bestand, daß ausgesprochen niedrige Lohnabschlüsse einer allzu offensichtlichen Profitexplosion gegenüberstanden, sodaß es den Kollegen darum ging, ihren Anteil zu verbessern, während sich die Kämpfe der jüngsten Zeit im wesentlichen daran entzündeten, daß die Kollegen bestimmter Betriebe in besonderem Maße benachteiligt waren, daß sie (zumeist aufgrund zusätzlicher Schweinereien "ihrer" Kapitalisten) noch weniger als die sowieso schon lächerlichen 8,5% bekommen sollten, sodaß es ihnen darum ging, die schlimmsten Angriffe der Kapitalisten auf ihre Lebensbedingungen abzuwehren.

Der Fehler in diesem Abschnitt des Diskussionsentwurfs besteht also darin, daß allzu leichtfertig ein Vergleich zu den Septemberstreiks 69 gezogen wird, und daß von "die Tarifverträge ... korrigieren" gesprochen wird, ohne daß sich vor Augen gehalten wird, in welcher Situation, unter welchen Umständen die Kämpfe der jüngsten Zeit stattfanden und worum es dabei ging.

(x) Des weiteren ist es nicht ganz richtig, wenn gesagt wird, "daß noch die Kraft und Entschlossenheit fehlt, um diese Politik schon jetzt wirksam zu durchkreuzen." An "Kraft und Entschlossenheit" fehlt es sicher auch, aber wesentlich fehlt es an Erfahrung, an der Aufarbeitung der gemachten Erfahrungen, an der Entwicklung des bewußten Elements! (vgl. MA 4, Seite 9 ff)

e. Kommunistische Bewegung

"Stärker als 1969 existieren heute kommunistische Organisationen, kämpferische Arbeiter-Kerne und gewerkschaftliche Gruppen in Opposition zur DGB-Spitze." Richtig; aber was bedeutet das, wie ist es dazu gekommen, wie sieht es damit im einzelnen aus und vor allem: was folgt daraus? Ohne eine Antwort auf diese Fragen zu geben, ist diese Aussage unnütz.

f. Kapitalisten in der "Gegenoffensive" ?

"Seit den Septemberstreiks sind die Kapitalisten in der Gegenoffensive", so heißt es sinngemäß im Mai-Plattform-Entwurf. Genossen, ist die Arbeiterklasse im September 69 in der Offensive gewesen oder bedeuteten die Septemberstreiks nicht vielmehr einen sportlichen Aufschwung der Arbeiterbewegung, ein "Zwischenhoch", wie es im UW 13 hieß? Sind die Kapitalisten seither (seit den Septemberstreiks) zu einer "Gegenoffensive" gezwungen, oder ist es nicht vielmehr so, daß die Kapitalisten vor allem durch die Krise 66/67 und auch durch die Septemberstreiks sich veranlaßt sahen, über die weitere Entwicklung etwas genauer nachzudenken und sich entsprechend vorzubereiten, daß sie es aufgrund dieser Ereignisse und der erkennbaren Entwicklungstendenzen für sinnvoll befanden, schon heute politisch, ideologisch und organisatorisch einen für sie möglicherweise zweckmäßig werden den Übergang zum Faschismus vorzubereiten? Die Frage stellen, heißt sie beantworten. (Ich verzichte darauf, diesen Punkt weiter auszuführen, und verweise auf die Schriften des KB, AK und UW.)

g. Die ideologische Offensive der Kapitalistenklasse

Zwar wird davon gesprochen, daß "... sich die Kapitalisten und ihr Staat (auf diese Zeit) vorbeugend schon heute politisch, ideologisch und organisatorisch vor (bereiten)", doch die Frage der ideologischen Offensive wird an keiner Stelle breiter ausgeführt. Das halten wir für einen schweren Fehler angesichts der Tatsache, daß die Bourgeoisie gerade auch auf diesem Gebiet beträchtliche Anstrengungen unternimmt (RAF-Kampagne der Bourgeoisie, "Wir sind uns einig: Wir, die Arbeiter, Angestellten und Unternehmer der sozialen Marktwirtschaft sagen: Berufspolitiker, Phantasten und Theoretiker, die noch nie

produktive Arbeit geleistet haben, wollen unser Wirtschaftssystem verändern, um sich selber zu bereichern ...", "Europa-Ideologie", "zivilisierte Welt" gegen "unzivilisierte Welt" (anlässlich verschiedener Aktionen des Schwarzen September), etc. pp).

h. Die Kapitalisten und die Gewerkschaften

Die Kapitalisten "steigern in ihrer Propaganda die Stimmungsmache gegen eine konsequente gewerkschaftliche Tarifpolitik und greifen sogar unverhohlen das Streikrecht an..." - Das ist aber noch längst nicht alles! Die Kapitalisten beauftragen ihren Freund Forsthoff, seines Zeichens Jurist, und lassen ihn eine "Analyse" der Gewerkschaften anfertigen, in der er zu dem "Schluß" kommt, daß die Gewerkschaften "verfassungsfeindlich" sind. Das ist ein klarer Schritt zur Vorbereitung der Illegalisierung der Gewerkschaften in einer Zeit, in der es der Gewerkschaftsführung noch recht gut gelingt, die Arbeiterklasse unter Kontrolle zu halten.

i. Die CDU gibt's auch noch

Die CDU taucht überhaupt nur einmal auf im Mai-Plattform-Entwurf: "... Deshalb die Anstrengungen der CDU/CSU, sich durch verstärkte soziale Demagogie als scheinbare politische Alternative zur SPD in Szene zu setzen, ...". Die CDU/CSU betreibt aber nicht "nur" soziale Demagogie, sondern innerhalb der CDU/CSU wurde vor einiger Zeit von Seiten der CSU und Ärschen wie Dregger & Co. eine Ausrichtungskampagne eingeleitet, die noch heute fort dauert und über deren Ergebnis wir noch nichts sagen können, die aber für uns und die demokratischen und sozialistischen Kräfte in der BRD insgesamt von großer Wichtigkeit ist, weil von ihrem Verlauf abhängt, ob die CDU, die schon heute "eine klare faschistische Tendenz (hat)" (AK 17), bereits in nächster Zeit einen weiteren Schritt in Richtung Faschismus macht. Unsere Aufgabe ist es, die Wachsamkeit der Massen gegenüber derartigen Entwicklungen zu erhöhen.

Und vergessen wir nicht, auch nach den Bundestags-Neuwahlen nicht, was der AK bereits in Nr. 18 schrieb: "Es ist wichtig, zu erkennen, daß das Großkapital seine Politik der soliden Reform nicht durch die SPD machen lassen will und kann, sondern ohne und gegen die SPD. Was die SPD-Führer angeht, so bemühen sie sich zwar ..., die Faschisierung von Staat und Gesellschaft im Interesse des Großkapitals voranzutreiben, aber sie machen es den Herren nicht gut genug. Andererseits ist auch die CDU noch nicht vollständig die Partei, die sich die Kapitalisten wünschen; das kam u. a. in den Jahresberichten des BDA 1970 und 1971 zum Ausdruck. Nur die CDU des FJS erhält immer wieder volles Lob von den Kapitalisten."

j. Bedeutung der EG

"Auf der einen Seite formieren sich Westeuropas Kapitalisten zunehmend im Rahmen der ... (EG) und verbreitern ihre Reihen; auf der anderen Seite drängt der japanische Imperialismus vor, bereitet der US-Imperialismus nach der vorläufigen Beendigung des Vietnam-Krieges eine neue wirtschaftliche Expansion vor." - Wir würden es für notwendig halten, sehr viel genauer auf die Rolle und die

Pläne der EG und des BRD-Imperialismus innerhalb der EG einzugehen, klarer herauszuarbeiten, daß gerade auch die EG den Versuch unternimmt, einer Neuaufteilung der Welt zu ihren Gunsten möglichst schnell näherzukommen.

k. Zu den Parolen

1. "Gegen die faschistische Formierung der Kapitalistenklasse, Für die Verteidigung der demokratischen Rechte des Volkes!"
Abgesehen davon, daß wegen der ausgedehnten Träumereien von der "Linksentwicklung der Massen" die Ableitung der faschistischen Formierung der Kapitalisten etwas zu kurz gekommen ist, ist diese Parole unvollständig. In ihr wird der faschistischen Formierung einzig und allein die "Verteidigung der demokratischen Rechte des Volkes" entgegengestellt. Da sich die faschistische Formierung aber nicht allein auf der politischen Ebene abspielt, sondern auf allen Ebenen, muß ihr auch eine umfassendere Losung entgegengestellt werden. Darüberhinaus halten wir es für sinnvoll, das Wort "Volk" zugunsten eines konkreteren Begriffs zu streichen, weil dieses Wort dazu angetan ist die Klassenfronten in den imperialistischen Ländern zu verwischen. (Dies wird dadurch umso notwendiger, daß sich die Opportunisten rechter und "linker" Couleur im Allgemeinen keine Gelegenheit entgehen lassen, die "feste Einheit aller antimonopolistischen Kräfte" hochzujubeln bzw. die "neuen Mittelschichten" doch noch schnell dem Proletariat zuzuschmuggeln.)
2. "Weg mit dem KPD-Verbot - Schluß mit Verbotsdrohungen gegen kommunistische Organisationen!"
Wir begrüßen, daß die Parole "Weg mit dem KPD-Verbot" ergänzt wurde, meinen jedoch, daß die Notwendigkeit des Kampfes gegen das KPD-Verbot und gegen die Angriffe auf die kommunistischen Organisationen im Zusammenhang mit der Propagierung des Kampfes gegen den allgemeinen Angriff der Kapitalisten auf die Koalitionsfreiheit der Arbeiterklasse herausgearbeitet werden muß.
3. "Schluß mit der Jagd auf Kommunisten und fortschrittliche Sozialdemokraten!"
Es geht nicht allein um die Kommunisten und die fortschrittlichen Sozialdemokraten, sondern um jeden kampfbewußten, aktiven Kollegen.
4. Es sollte eine Parole hinzugefügt werden, die auf den Kampf gegen die Angriffe der Bourgeoisie auf die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse eingeht.
3. Für eine konsequente Klassenpolitik der Gewerkschaften!
 - a. In der Vorbemerkung zum Entwurf der Mai-Plattform wird darauf hingewiesen, daß "er ... noch nicht in allen Punkten und Einzelheiten ausformuliert (ist), (z. B. Kampf um innergewerkschaftliche Demokratie, ...)". Auch wir halten es für besonders wichtig, daß dieser Punkt weiter ausgeführt wird, und zwar sollte dies unserer Meinung nach getan werden, indem die Forderungen der Arbeiterklasse gegen die Kapitalisten angegeben werden und indem aufgezeigt wird, welche Schritte getan werden müssen, um die Gewerkschaft zu einer Kampforganisation der Arbeiterklasse zu machen. Andernfalls erscheint die Frage der klassenkämpferischen Arbeit der Kollegen in der

Gewerkschaft als ein primär ideologisches Problem statt als politisches.

- b. Eventuell sollte man die Parole "Setzen wir den Kapitalisten die Einheit von Betriebsräten, Vertrauensleuten und Arbeiterschaft entgegen!" umformulieren, damit auch in der Parole noch unmißverständlich klar wird, was in dem ihr folgenden Absatz richtig ausgeführt wird, daß es nämlich mit reaktionären Betriebsräten keine Einheit geben kann, sondern daß es darum geht, zu einer kämpferischen Einheit von Betriebsräten, Vertrauensleuten und Arbeiterschaft zu gelangen.
- Eine Umformulierung in der hier angegebenen Weise wäre sinnvoll, um noch entschiedener bestimmten Demagogien von Gewerkschaftsführern und SPD-Funktionären entgegenzutreten, die die "Einheit von Betriebsräten und Arbeiterschaft" im Munde führen, um die Kollegen zum Stillhalten zu bringen, um es reaktionären Betriebsräten zu ermöglichen, in aller Ruhe und unbehelligt Verrat an den Interessen der Kollegen begehen zu können.
- c. Die Parole "Für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung im Betrieb!" ist vermutlich beim Tippen etwas verrutscht. An der Stelle, an der sie in dem uns vorgelegten Entwurf steht, bringt sie jedenfalls nichts. Stattdessen sollte sie angeführt werden im Anschluß an "Unser Ziel ist die freie politische und gewerkschaftliche Betätigung im Betrieb, ... sondern nur unser konsequent durchgeführter Kampf."
4. Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!
- a. "Aber auch in diesen Ländern (Griechenland, Spanien und Portugal) nehmen die politischen und wirtschaftlichen Kämpfe des werktätigen Volkes zu, bereitet sich der Sturz des Faschismus vor." Richtig ist, daß "die faschistische Diktatur der Bourgeoisie ... eine grausame, aber keine feste Macht (ist)", daß "das politische Monopol des Faschismus unter den Schlägen der Klassengegensätze zusammenbrechen (muß)". "Aber sie (die Arbeiterklasse) darf sich keine Illusionen darüber machen, daß der Faschismus sich von selbst erschöpfen werde. Der Faschismus wird nicht automatisch zusammenbrechen. Nur die revolutionäre Aktivität der Arbeiterklasse wird helfen, die im Lager der Bourgeoisie unvermeidlich entstehenden Konflikte zur Untergrabung der faschistischen Diktatur und zu ihrem Sturz auszunutzen." (Dimitroff)
- Insofern ist es also völlig falsch, davon zu sprechen, daß "sich der Sturz des Faschismus vor (bereitet)". Darüberhinaus bleibt unklar, ob hier auf die allgemeine Notwendigkeit des Sturzes des Faschismus hingewiesen werden soll, oder ob ihr der Einschätzung seid, daß sich die Widersprüche in Griechenland, Spanien und Portugal schon soweit verschärft und die Aktionseinheit der Arbeiterklasse bereits soweit hergestellt ist, daß der Sturz des Faschismus in diesen Ländern schon in der aller nächsten Zeit auf der Tagesordnung steht.
- b. Vietnam-Frage: Wir halten es für erforderlich, den von den Rechtsopportunisten ("Zwingt Nixon zum Frieden!", "Erhebt eure Stimme!", "Fallt Nixon in den Arm!" - DKP) und "Links"opportunisten ("Wenn wir uns heute über das zustandegekommene Waffenstillstandsabkommen freuen können, so verdanken wir dies einzig und

allein der Solidarisierung der Menschen in aller Welt..." - SSG) verbreiteten Illusionen über die Einflußmöglichkeiten der internationalen Solidaritätsbewegung gegen die US-Aggression in Vietnam eindeutiger entgegenzutreten, indem noch klarer herausgearbeitet wird, daß es das vietnamesische Volk gewesen ist, das dem US-Imperialismus eine militärische und politische Niederlage bereitet hat, und daß es dabei, was seinen Erfolg gefördert hat, von der antiimperialistischen Bewegung in den anderen Ländern der Welt (Boykott amerikanischer Schiffe durch die Hafenarbeiter Australiens, Dänemarks Italiens usw.) unterstützt worden ist.

- Insofern sollte der Satz "... es ist aber auch ein Erfolg der internationalen anti-imperialistischen Bewegung ..." weiter ausgeführt und klar gesagt werden, daß es das vietnamesische Volk ist, das "die US-Imperialisten und ihre Saigoner Marionetten ... (zwingen muß), ihre permanente Sabotage am Waffenstillstandsabkommen aufzugeben und ...".
- c. In dem Abschnitt "Kampf gegen die offene Herrschaft des Kolonialismus" sollte unseres Erachtens näher auf die Rolle des BRD-Imperialismus in Afrika eingegangen werden, zumal nachher (richtig) gefordert wird: "Unsere (gemeint ist wohl nicht nur der KB, sondern alle fortschrittlichen Menschen) Aufgabe ist es, ... die Komplizenschaft des BRD-Imperialismus mit den südafrikanischen Rassisten und den portugiesischen Faschisten anzugreifen." Wie aber sollen wir die Schweinereien des BRD-Imperialismus in Afrika "angreifen", wenn diese relativ verdeckt sind, von der bürgerlichen Presse verschwiegen und auch vom KB an dieser Stelle nicht konkreter entlarvt werden? Wichtig ist eine breitere Behandlung dieser Frage auch deshalb, weil an anderer Stelle davon gesprochen wird, daß "der BRD-Imperialismus ... neben (richtig: nach) dem US-Imperialismus der gefräßigste und grausamste Feind der Völker der Welt (ist), der seine Finger in alle Erdteile ausgestreckt hat." Diese Aussage ist so, wie sie in der Mai-Plattform auftaucht, schlichtweg eine "Behauptung", weil sie in keiner Weise abgeleitet und bewiesen ist.

BÜNDNISKOM- MISSION

Die Diskussion stand wesentlich im Zeichen der Auseinandersetzung mit der häufig im Studentenbereich vertretenen Kritik an den Feststellungen "Linkswendung der Massen" und "Widersprüche zur Politik der Brandregierung verschärfen sich". Die Studentengenossen werfen diese Feststellung mit der Politik der Zirkelblockführer durcheinander. Sie haben offenbar nicht begriffen, welche Rolle die Ideologie des „kleineren Übels“ bei dieser Linkswendung spielt; daß die Linkswendung sehr wohl wachsende Unzufriedenheit an der Brandregierung ausdrückt, aber andererseits sich noch innerhalb der Sozialdemokratie (mit ihren verschiedenen Abstufungen nach "links") vollzieht; daß diese Linkswendung ein Fortschritt für die Arbeiterbewegung ist (und auch für die Kommunisten größere Chancen bringt), aber keine grundsätzlich neue Qualität.

Tatsache ist, daß das Kräfteverhältnis für die Arbeiterklasse nach wie vor sehr ungünstig ist, daß sich die Arbeiterklasse einer Offensive des Kapitals auf allen Gebieten gegenübersteht und daß sie diesen Angriffen schlecht gewappnet und schlecht vorbereitet gegenübersteht. Der Wahlsieg der SPD hat die Rechtsentwicklung nicht gestoppt oder gar beendet. Lediglich das Konzept der Rechtsradikalen hat sich als Fehlschlag erwiesen und sie basteln daher mit ausdrücklicher Unterstützung der Kapitalistenklasse an einer "neuen" Politik (genauer: an einem "neuen" Image), was man nicht unterschätzen sollte. In diesen Punkten könnte die Mai-Plattform klarer und präziser sein.

Der Fehler, den die Studentengenossen angesichts dieser Situation machen, ist, daß sie bremsen wollen, statt Schritt zu halten mit der Entwicklung der Arbeiterbewegung. Denn gleichzeitig bedeutet der SPD-Wahlsieg einen für die Kapitalisten ungünstigen Ausgang des Tests, mit dem die Kapitalisten prüfen wollten, wie weit sie schon heute mit der Rechtsentwicklung gehen können.

Außerdem zeigt sich eben, daß dieses Wahlergebnis für den Kampf gegen die Sozialdemokratie besser ist. Eine speziell sozialdemokratische Variante des Abbaus demokratischer Rechte sehen wir im BVG, in den innergewerkschaftlichen Vorgängen wie auch im Bündnisbereich Unigesetze und Schulverfassungsgesetz. Darin wird die Methode sichtbar, vorsorglich die Möglichkeiten und den Spielraum einer politischen und gewerkschaftlichen Tätigkeit an der Basis (Mobilisierung und Organisation) zu beschneiden zugunsten einer scheinbaren "Mitbestimmung" - fern von der Basis. Das ist klar: Arbeiterinteressen lassen sich nur in engster Verbindung mit einer kämpferischen Arbeiterschaft durchsetzen - das Kapitalinteresse dagegen braucht Gremien mit Schweigepflicht, Vertrauenspflicht, nicht weisungsgebundene "Arbeitervertreter" etc. etc. Für den Kampf der Arbeiter bedeuten diese Maßnahmen: Es wird schwieriger, sich untereinander zu verständigen, es wird schwieriger, Beschlüsse zu fassen; es wird schwieriger, einen Streik vorzubereiten und zu organisieren, die konsequenten Arbeiterführer können leichter in den Knast gebracht werden etc. Die sog. "Mitbestimmung" ist nicht nur ein Schwindel, nicht nur Ablenkung, sondern zunehmend Unterdrückung politischer und gewerkschaftlicher Betätigung der Arbeiter (Ausbau der Position der Betriebsräte auf Kosten der Vertrauensleutekörper und ähnliches). Auch das könnte in die Mai-Plattform, weil gerade die SPD und die Gewerkschaftsführer besondere "Kunsthierarchie" in dieser Methode der Beschneidung der Demokratie haben.

Es wurde ferner kritisiert, daß die Aussagen im ersten Teil der Plattform nicht genügend bewiesen sind, daß über die sozialistischen Länder nichts gesagt wird, daß an der Stelle über Vietnam noch einmal die Gefährlichkeit des US-Imperialismus nach wie vor und die Drohung einer neuen Intervention erwähnt werden sollte, daß die demokratischen Forderungen auf S. 2 oben zu einseitig auf die Kommunistenjagd ausgerichtet sind und es wurden Aussagen über den Charakter und die Bedeutung des 1. Mai vermißt.

Journalisten-Zelle

A. Zur allgemeinen Linie

im wesentlichen sind wir mit dem vorliegenden Entwurf vereinheitlicht. Zu kritisieren wäre jedoch die streckenweise zu optimistische Tendenz.

So wird im letzten Kapitel z. B. von den "gewaltigen Demonstrationen" in Italien gesprochen, ohne daß ihre Qualität eingeschätzt wird. Auch die Kämpfe in Italien sind noch spontane Bewegungen. Und dazu trägt nicht zuletzt auch die Desorientierung der Massen durch die revisionistische KPI bei. Wir meinen, daß dies erwähnt werden muß. Im übrigen vermissen wir das Beispiel Frankreich, wo der Faktor Desorientierung durch die revisionistische KPF jetzt nach dem Ausgang der Wahl aktuell von Bedeutung ist.

Unangebrachter Optimismus bricht am deutlichsten in den folgenden beiden Textstellen hervor:

"In drei Ländern Europas - nämlich in Griechenland, Spanien und Portugal - herrscht immer noch offen der faschistische Terror" (1)

"Aber auch in diesen Ländern nehmen die politischen und wirtschaftlichen Kämpfe des werktätigen Volkes zu, bereitet sich der Sturz des Faschismus vor". (2)

Die beiden Zitate schließen einen Absatz zusammen, so daß man dem Eindruck erliegen kann, die Faschisten könnten bereits in unmittelbarer Zukunft davongejagt werden. Dem ist ganz sicher nicht so. Deshalb muß zum Ausdruck kommen, daß den erwähnten Kämpfen, auch wenn sie zunehmen, gegenwärtig noch Grenzen gesetzt sind.

Redaktionell ließe sich das vielleicht so korrigieren: zu (1) "... - herrscht der offene faschistische Terror." zu (2) "... - den unterstrichenen letzten Halbsatz ersatzlos streichen.

B. Zu einzelnen Punkten

1. Aufbau: Das bereits erwähnte Kapitel über den Stand der Kämpfe in anderen europäischen Ländern scheint uns falsch plazierte. Vom Sachzusammenhang her müßte die Verbindung hergestellt werden mit der Stelle, an der die "Ursachen für die verschärften Angriffe der Kapitalistenklasse" erläutert werden (1. Blatt des Entwurfs, drittletzter Absatz). Denn hier wird von der "Neuaufteilung der Welt", vom "sich zuspitzenden Konkurrenzkampf des internationalen Kapitals" und von der Formierung der westeuropäischen Kapitalisten im Rahmen der EG geredet, was ja nicht nur bei uns in der BRD die Ursachen für die verschärften Angriffe auf die Arbeiterklasse sind.

2. Parolen: Parolen zum Kampftag der Arbeiterklasse sind allgemein. Sie müssen sich aber herleiten von konkreten Erfahrungen, damit sie nachvollziehbar bleiben. Wir meinen deshalb, daß in dem Abschnitt über die Einschätzung unserer gegenwärtigen Situation auch konkrete

Beispiele und Informationen dazu gegeben werden müssen, wie die Angriffe der Kapitalisten aussehen (z. B. Unterhörung des Streikrechts mit Hilfe von Gerichtsbeschlüssen).

Wir machten diese Anmerkung vor allem unter dem Gesichtspunkt, daß die Plattform Kernstück ist, für die gesamte Ausführung zum 1. Mai.

3. Kampf um innergewerkschaftliche Demokratie: Dieses Kapitel soll ja ohnehin erst richtig ausgeführt werden. Auch hier meinen wir, daß dies anhand einiger konkreter Beispiele geschehen sollte, die in die Parole münden: "Machen wir die Gewerkschaften wieder zu Kampforganisationen der Arbeiterklasse!" Gerade die jüngsten Erfahrungen während der Tarifikämpfe, die wir mit den Gewerkschaften machen mußten (Metallbereich/Hoesch/Mannesmann; Druckbereich), wie auch die allerneueste Tendenz, die Vertrauensleutkörper künftig zu knebeln, sind geeignet, die Notwendigkeit konsequenter gewerkschaftlicher Klassenpolitik darzustellen. Aus diesem Zusammenhang heraus kann auch das Wort "Kampforganisation" nicht mißverstanden werden.

Wir meinen, daß in unserer praktischen Ausführung des 1. Mai einige konkrete Parolen aus diesem Zusammenhang nötig sind, z. B. 1) die Forderung nach Wahl der Tarifkommissionen, 2) kein Tarifaufschluß ohne Zustimmung der Gewerkschaftsmitglieder, 3) die Forderung, daß die gewerkschaftlichen Vertrauensleute Vertrauensleute der Mitglieder sein sollen und nicht Vertrauensleute der Gewerkschaftsfunktionäre.

C. Demonstration

Wir bitten die Leitung zu prüfen, ob eine gemeinsame Demonstration mit der Gewerkschaftsjugend möglich ist. Wie wir erfahren haben, will die DGB-Jugend auch die älteren Kollegen zur Demo aufrufen. Die Bedingungen für unsere Beteiligung müßten allerdings sein: 1. daß es eine Arbeiter-Demonstration ist und keine Jugend-Demo (von den Parolen und der Mobilisierung durch die offiziellen Veranstalter her); 2. daß wir eigene Parolen und eigene Transparente haben, sowie eine Rede beisteuern können; 3. daß wir eine reale Chance haben, unsere Flugblätter ungestört zu verteilen und überhaupt am Auftreten nicht gehindert werden. Dies müßte die Leitung vorher einschätzen, denn offizielle, bindende Verreinbarungen werden darüber nicht zu treffen sein. Wir machen diesen Vorschlag, weil wir meinen, daß eine große Demonstration besser ist, als z. B. zwei kleine. Denn die Kollegen, die teilnehmen wollen, werden nur an einer teilnehmen. Und der 1. Mai ist hauptsächlich der Kampftag der Arbeiterklasse.

Wenn die genannten Bedingungen jedoch nicht erfüllt sind, wären wir allerdings gegen eine gemeinsame Demo. Für diesen Fall, wie auch für den, daß eine Aktionseinheit zwar vereinbart werden konnte, diese aber kurzfristig zurückgezogen wird, sollten wir uns absichern und eigene Vorbereitungen treffen.

1. Mai 1973

Hamburg



Demonstration

des KB

der DGB-Jugend



DIE "MASSEN" ZUM 1. MAI IN HAMBURG

Von verschiedener Seite ist kritisiert worden, daß der KB in Hamburg sich am 1. Mai nicht der "gewerkschaftlichen" Demonstration des Kreisjugendausschusses (KJA) des DGB angeschlossen hat, sondern wie in den Vorjahren selbständig zu einer Demonstration aufrief. Diese Kritik reicht auch in unsere Organisation hinein.

Wir veröffentlichen dazu die "Offenen Briefe" der Gruppe "Arbeiterpolitik" Hamburg (ArPo) und der SSG/"KG", ein von der DKP auf unserer Demonstration verbreitetes Flugblatt sowie zwei Kritiken der Gruppe Seeleute ("Zelle See") im KB Hamburg.

Wir wollen zunächst klar sagen, daß die hier von uns nachgedruckten Kritiken u. E. alle von falschen Voraussetzungen ausgehen; das soll im Weiteren konkret aufgezeigt werden.

Daß an unserem Vorgehen eine falsche Kritik geübt worden ist, beweist aber durchaus noch nicht, daß unser Vorgehen deshalb unbedingt richtig gewesen wäre. Über diese Frage soll in der ganzen Organisation nochmals diskutiert werden.

Die Gruppe Seeleute ("Zelle See") ist bisher die einzige Einheit, die eine schriftliche Kritik an unserem Vorgehen zum 1. Mai vorgelegt hat. Immerhin ist aber schon in der Diskussion v o r dem 1. Mai um die Plattform mehrfach der Gedanke laut geworden, daß der KB sich an der KJA-Demonstration unter Umständen beteiligen müßte. Andererseits ist nach dem Bekanntwerden der See-Kritik auch Unterstützung für unser Vorgehen aus der Organisation gekommen und die Kritik zurückgewiesen worden.

Die Leitung hat sich vor dem 1. Mai in der Frage der KJA-Demonstration zunächst nicht völlig klärend verhalten. Innerhalb des KB herrschte deshalb gegenüber der KJA-Demonstration zum Teil Unsicherheit, und außerhalb des KB blühte wie üblich das "letzte Gerücht" aus den Studenten-Kneipen.

Die Gerüchte-Köche der SSG z. B. verbreiteten: "Der KB Nord wird intern seine Mitglieder auffordern, sich

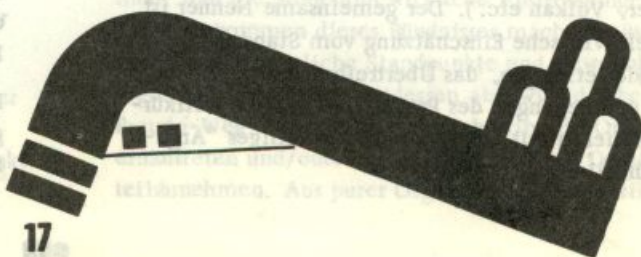
als "fortschrittliche Gewerkschafter", die sich aber nicht als Kommunisten zu erkennen geben, an der Demonstration der DGB-Jugend zu beteiligen, ohne einen eigenen Block zu bilden und dazu öffentlich aufzurufen ..."

(Mai-Extra der "Roten Presse" vom 19. 4.)

Im Erfinden toller Stories sind die Kommilitonen ganz groß! In der Leitung des KB ist dergleichen niemals auch nur im Gespräch gewesen. Tatsächlich bestand aber bei manchen Genossen spontan die Auffassung, man sollte ruhig auch zur KJA-Demonstration hingehen. Darauf reagierte die Leitung in falscher Weise: in einem Rundbrief kurz vorm 1. Mai wurde explizit behauptet, eine Teilnahme von KB-Mitgliedern an der KJA-Demonstration sei "im Grunde gegen den Beschluß einer selbständigen Demonstration an diesem 1. Mai" gerichtet.

Das kam, wörtlich genommen, einem "Verbot" für KB-Genossen gleich, sich an der KJA-Demonstration zu beteiligen. Das war ein Fehler (der noch vor dem 1. Mai korrigiert wurde). Hier hätte zumindest klar differenziert werden müssen, daß für manche Genossen im Rahmen ihrer betrieblichen und gewerkschaftlichen Kontakte eine Teilnahme - zusammen mit einem Kollegenkreis - an der KJA-Demonstration jedenfalls sinnvoll, wenn nicht gar geboten war.

Es ist ja klar, daß wir nicht prinzipiell für den Boykott gewerkschaftlicher oder auch nur halb-"gewerkschaftlicher" Demonstrationen eintreten und natürlich auch nicht öffentlich zum Boykott aufrufen, wie es etwa die ML- und AO-"Parteien" tun. Diese Haltung ist aber in der internen Diskussion von der Leitung zeitweise verwischt worden. Dieser Punkt muß nochmals gründlich (und selbstkritisch) diskutiert werden.



DIE „MASSEN“ — EIN FAULES ARGUMENT

In allen Kritiken an unserem Vorgehen wird der Wille, der gewerkschaftlichen Basis zur Mai-Demonstration und die Bedeutung einzelner Gremien-Beschlüsse in diesem Zusammenhang falsch dargestellt.

In der gemäßigten Form etwa so: "Die für Hamburg geplante Mai-Demonstration ist von den jungen Arbeitern (!) oftmals gegen den Willen der Gewerkschaftsvorstände ertrotzt (!!) worden; die Jugendlichen fanden dabei unter den älteren Kollegen Zuspruch" (ArPo Hamburg). Oder auch: "Die große Funktionärskonferenz der IGM ... und ... und ... und ... haben diesen Aufruf der Gewerkschaftsjugend unterstützt und die Hamburger Arbeiter und Angestellten aufgefordert, an der Demonstration teilzunehmen. Diese Körperschaften vertreten fast die Hälfte der in Hamburg im DGB organisierten Kollegen" (DKP).

Besonders verrückt hat gemäß der Heidelberger Linie ("Die Massen wollen nach links") natürlich wieder die SSG übertrieben. Im Mai-Extra ihrer Zeitung HAZ schrieben sie z. B. "immer mehr Kollegen" würden am 1. Mai demonstrieren wollen, und die Gewerkschaftsführung hätte sogar schon "ihre liebe Not (!!!) damit, den wachsenden Druck (!) von der Basis (!!) abzufangen, ohne sich selbst zu isolieren (!)". Und im "Offenen Brief" an den KB ist die Rede vom "Willen vieler fortschrittlicher Kollegen, der sich auch in Resolutionen zahlreicher Betriebsräte und Gewerkschaftsgremien niederschlägt, die KJA-Demonstration zur Demonstration aller (!!) Arbeiter zu machen."

In diesen Chor reiht sich die Gruppe Seeleute des KB Hamburg mit nicht sehr originellen Beiträgen ein, wenn sie z. B. von "fortschrittlichen Kollegen" schreibt, die "willens waren, die KJA-Demonstration zu einer Demonstration der (!) Hamburger Arbeiter (!) zu machen" oder gar schwärmt vom "wachsenden Willen eines Teils der Hamburger Arbeiter zur proletarischen Aktion". (Kritik 2)

Man glaube doch nicht, daß es bei dieser ganzen Diskussion bloß um eine kleine taktische Frage geht, nämlich des Verhaltens zur KJA-Demonstration. Vielmehr stehen hier zur Debatte die grundsätzlichen Differenzen innerhalb der westdeutschen Linken über die Einschätzung der Klassenkampfsituation und die Aufgabe der Kommunisten. Und nicht zufällig sind sich in dieser Frage DKP, ArPo und SSG (als Hamburger KBW-Statthalter) ebenso einig wie auch angesichts der spontanen Streiks der letzten Monate (Klößner, Vulkan etc.). Der gemeinsame Nenner ist die subjektivistische Einschätzung vom Stand der Klassenauseinandersetzungen, das Übertreiben der spontanen Kämpfe und Regungen des Proletariats und das willkürliche Jonglieren mit den "Massen" als billiges "Argument" für alles und jedes.

WAS ZEIGT SICH TATSÄCHLICH ?

Wenn es so wäre, daß die gewerkschaftliche Basis in Hamburg geradezu zu einer Mai-Demonstration drängt und die KJA-Demonstration ein Ausdruck dieses Drängens wäre, so liegt natürlich nahe, daß die selbständige Demonstration des KB zumindest sektiererisch war (Vorwurf der SSG).

Diese Voraussetzung jedoch stimmt eben nicht. Das läßt sich leicht aus den konkreten Zahlen ablesen.

Die DGB-Kundgebungen (ohne Demonstration), die 1968 und 1969 stattfanden, hatten jeweils mehr als 10 000 Teilnehmer (für 1968 wurde die Zahl offiziell mit 30 000 angegeben !!). 1970 vorm Gewerkschaftshaus waren es immerhin noch etwa 6 000. 1971 fand nur eine Saalveranstaltung statt (ca. 4 000 Teilnehmer) und 4 - 5 000 Menschen nahmen an einer Demonstration teil, die von den späteren KB-Gruppen organisiert worden war. 1972 rief das "Aktionszentrum" (AZ), ein halb-"gewerkschaftliches" Gremium, zur Demonstration auf; es folgten 3 - 4 000 Menschen. Etwa ebenso viel waren es beim KB (da die Demonstrationen nicht gleichzeitig stattfanden, gingen viele Menschen zu beiden).

Auf der KJA-Demonstration in diesem Jahr sollen es nach Angaben der Polizei und des Veranstalters etwa 6 000 Menschen gewesen sein. (Nach unseren Zählungen waren es etwa 4 500, wovon knapp 1 000 im "Sozialistischen Block" am Ende des Zuges hinter einem Lautsprecherwagen der SSG gingen).

Auf der diesjährigen Demonstration des KJA waren also weniger Menschen als noch bei den DGB-Veranstaltungen 1968 und 1969; es waren allenfalls genausoviel wie 1970, und es waren mehr als 1972. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß im Gegensatz zu 1972 verschiedene linke Gruppierungen wie die SSG zur Demonstration aufgerufen hatten ("sozialistischer Block"), daß sogar die SPD-Betriebsgruppen "mobil gemacht" hatten ("um die Demonstration nicht den Linksextremisten zu überlassen") und daß insgesamt die Werbung für die Demonstration wesentlich länger und intensiver geführt wurde als 1972.

Das widerspricht durchaus der waghalsigen These, daß die gewerkschaftliche Basis zur Mai-Demonstration drängt. Dann muß auch gesehen werden, daß der nicht einmal

sehr große Zuwachs gegenüber 1972 zum guten Teil durch eine stärkere Teilnahme von Studenten und Intellektuellen (Lehrer, Journalisten) bewirkt war, die in erster Linie von den Revisionisten (Mythos der "gewerkschaftlichen Orientierung") und z. T. auch der SSG mobilisiert worden waren.

Schließlich muß darauf hingewiesen werden, daß der DGB-Führung in der Frage der äußeren Durchführung der Demonstration eine erhebliche Verschlechterung gegenüber 1972 gelungen ist: führte die AZ-Demonstration 72 unter vielen roten Fahnen am frühen Nachmittag durch eine Arbeiter-Wohngegend, so ging es dieses Jahr am Morgen durch die Straßen der menschenleeren City - wobei die roten Fahnen fast völlig auf den "Sozialistischen Block" am Schwanz des Zuges beschränkt waren. Das zeigt durchaus keine DGB-Führung, die "ihre liebe Not hat" (SSG), sondern Arbeiterverräter, die das Heft noch recht fest in der Hand haben und sich noch manche Unverschämtheit erlauben können.

WER DEMONSTRIERT AM 1. MAI ?

Die SSG und die Seeleute-Genossen haben sich mit zumindest zweideutigen Formulierungen darüber geäußert, "fortschrittliche Kollegen" hätten den Willen gehabt, die Mai-Demonstration zu einer "Demonstration aller Arbeiter" (SSG) bzw. "Demonstration der Hamburger Arbeiter" zu machen.

Wohlmeinend könnte man das so interpretieren: Demonstration aller Arbeiter im Gegensatz zu einer reinen Jugenddemonstration, d. h. eine Demonstration, die sich in der Tendenz an alle Arbeiter wendet.

Im Zusammenhang der Argumentation wird aber doch klar, daß außer dieser wohlmeinenden Interpretation auch ein falsches Spiel mit dem Begriff der "Massen" getrieben wird; daß also so getan wird, als wären beim KJA wirklich "die Hamburger Arbeiter" marschiert, von denen sich der KB sektiererisch ferngehalten habe. Da wird z. B. auch von der DKP demagogisch mit Resolutionen jongliert, die bestimmte gewerkschaftliche Gremien gefaßt haben und hinter denen sozusagen halb Hamburg steht (vgl. abgedrucktes Flugblatt der DKP). Der schlichte Augenschein belehrt uns aber, daß beim KJA durchaus nicht halb Hamburg marschierte.

In Hamburg gibt es aus den letzten Jahren einige Beispiele für breite Demonstrationen von Teilen des Proletariats, die einen großen Anteil (z. T. mehr als 50 %) der Werktätigen im betreffenden Sektor vereinigten: Die Affi-Demonstration während des Chemie-Streiks und die Postler-Demonstration 71 sowie die Demonstration der Druck-Kollegen während des Tarifikampfs in diesem Jahr.

Die Hamburger Mai-Demonstrationen jedoch haben immer noch einen ganz anderen Charakter als diese Arbeiterdemonstrationen - die nämlich gerade wegen ihrer Beschränktheit und zugleich Unmittelbarkeit hinsichtlich des

Ziels (Durchsetzung einer genau definierten Verbesserung des Arbeiter-Lebens) unendlich breiter sein können als Demonstrationen am 1. Mai, d. h. einen großen Teil der ansonsten "unpolitischen", vielleicht nicht einmal gewerkschaftlich organisierten, Kollegen mitreißen. Im Gegensatz dazu demonstrierte am 1. Mai nur ein sehr kleiner Teil des Proletariats und der Mittelschichten, nämlich Menschen, deren Perspektive schon über den nur-wirtschaftlichen Kampf hinausreicht und die eine gewisse Bereitschaft zum "persönlichen Engagement" schon entwickelt haben. Zu einem großen Teil handelt es sich dabei um Organisierte der Linken und der SPD bzw. deren Sympathisanten.

UND WAS DIE SSG DARAUS MACHT

"Die SSG ruft alle (!) Studenten auf, am 1. Mai an der Seite der Arbeiterklasse - unter den Forderungen der Arbeiterklasse (!), so wie sie u. E. richtig im Aufruf der KG Hamburg (!!) dargelegt sind, zu demonstrieren, um den 1. Mai auch zum Tag des Bündnisses von Arbeiterbewegung und fortschrittlicher Intelligenz zu machen." (Mai-Extra der "Roten Presse").

Die SSG "ruft alle Studenten auf ..." - tatsächlich alle ? Etwa auch den RCDS und die Faschisten ? Doch wohl nicht. Aber zu "alle Arbeiter" (s. o.) gehört eben auch "alle Studenten". Ein Unsinn ist des anderen wert.

"An der Seite der Arbeiterklasse" - das heißt hier in Wahrheit: hinter der Demonstration des KJA her. "Unter den Forderungen der Arbeiterklasse" - das heißt hier in Wahrheit: unter den gutgemeinten Parolen der SSG, die diese "stellvertretend" für die Arbeiterklasse aufgestellt hat bzw. beim Heidelberger NRF abgeschrieben hat. So reduzieren sich die großen Schnacks auf ihren tatsächlichen Kern. Und das "Bündnis mit der Arbeiterbewegung" kriegen die Studenten bei der SSG als Gratis-Beilage, wenn sie sich in den "sozialistischen Block" einreihen.

Genau in der Manier der DKP werden hier linke Studenten verarscht, indem an ihre ehrliches, aber politisch unbestimmtes Wollen zum Kampf an der Seite der Arbeiterklasse geschickt angeknüpft wird. Diesen Studenten rufen die Demagogen "links"- und rechtssektiererischer Couleur zu: "Kommt zu uns, hier kriegt Ihr das Bündnis!" (Bei der DKP werden entsprechend die "gewerkschaftliche Orientierung" und die DKP als "einzige Partei der Arbeiterklasse" den Studenten angeboten).

Statt klarzumachen, was "Bündnis von Arbeiterbewegung und fortschrittlicher Intelligenz" wirklich heißt, daß dieses Bündnis in den Klassenkämpfen geschmiedet werden muß, daß die Studenten wirkliche Anstrengungen beim Zustandekommen dieses Bündnisses machen müssen und viele kleinbürgerliche Standpunkte und Gewohnheiten ablegen müssen etc. - stattdessen also wird der bequeme Pseudo-Weg angeboten, in eine bestimmte Organisation einzutreten und/oder an einer bestimmten Demonstration teilzunehmen. Aus purer Organisations-Borniertheit und

um durchsichtiger Interessen des Moments willen tragen die Sektierer "linker" und rechter Couleur so dazu bei, das Bewußtsein der linken Studenten nach rückwärts zu zerren, ihnen neue Illusionen anstelle politischer Klarheit zu vermitteln.

Als Kommunisten (!) müssen wir uns damit auseinandersetzen, daß gegenwärtig die gewerkschaftlich organisierten Massen nur geringe Neigung zur Mai-Demonstration haben. Ein gewichtiger Grund liegt sicher in der Politik der DGB-Spitze, die auf Entpolitisierung, Demobilisierung und Resignation direkt hinwirkt. Diese Politik wiederum ist vor dem Hintergrund der gesamten gesellschaftlichen Verhältnisse zu sehen, wo längerfristig die Verschärfung der Widersprüche und der Klassenkämpfe die Basis dieser Politik zunehmend einengen werden.

Die SSG aber ignoriert all das, übertreibt demagogisch den aktuellen Willen der werktätigen Massen zur Demonstration und tut ganz so, als ob "die Arbeiterklasse" höchstpersönlich am 1. Mai beim KJA marschiert sei. Diese Taktik muß in dem größeren Zusammenhang gesehen werden mit der unehrlichen Art und Weise, wie der Zirkelblock ("an der Seite" der DKP!) bei jeder sich bietenden Gelegenheit seine Politik durch Berufung auf "die Massen" motiviert. Nicht die reale Arbeiterbewegung wird untersucht und eingeschätzt, sondern eine subjektiv konstruierte "Arbeiterklasse" und "Massen" müssen dafür herhalten, mal diese und mal jene Politik zu rechtfertigen.

Das unterstreicht unsere Feststellung, daß es bei der ganzen Diskussion wahrhaftig nicht um eine kleine taktische Differenz in der Frage der KJA-Demonstration geht, sondern um das grundsätzliche Herangehen der Kommunisten an die Arbeiterbewegung und um Meinungsverschiedenheiten bei der Einschätzung der Klassenkampfsituation.

"ABER DIE GREMIEN HABEN DOCH....."

Alle gegen unser Vorgehen am 1. Mai vorgebrachten Kritiken stützen sich auf das "Argument", diese und jene Gremien hätten schließlich die KJA-Demonstration unterstützt. Stillschweigend wird dabei so getan, als würde die gewerkschaftliche Basis hinter diesen Resolutionen stehen, als würden diese Resolutionen sozusagen den gemeinsamen Willen der Basis authentisch und konzentriert zum Ausdruck bringen.

Die DKP hebt hervor, daß die genannten Gremien "fast die Hälfte der in Hamburg im DGB organisierten Kollegen vertreten". Ja, das stimmt! Und als die Hamburger DGB-Spitze 1971 nur eine Saalveranstaltung durchführte, da "vertrat" sie sogar die Gesamtheit aller Hamburger Gewerkschafter (wie übrigens auch in diesem Jahr bei der Veranstaltung im Congress-Centrum).

Eine solche Politik können wir auch dann nicht richtig nennen, wenn wir sie - was die Seeleute-Genossen richtig sagen - früher selbst einmal praktiziert haben. Wir haben allerdings zum 1. Mai 1971 bestimmte Gremien-Beschlüsse propagiert, die anstelle der Saalveranstaltung für eine

Demonstration eintraten. Das war auch richtig, soweit hier Widersprüche und Kritik an der DGB-Spitze entwickelt wurden. Es war aber ein Fehler, soweit hier Illusionen geweckt wurden über die wirkliche Bedeutung dieser Gremien-Beschlüsse.

Es müßte ernsthaft untersucht werden: wie kommen diese Gremien überhaupt zustande, wer arbeitet darin, wieweit ist das Gremium mit einer starken Basis verbunden, welche Kompetenzen hat es?

Auch innerhalb unserer Organisation gibt es immer noch (wenn auch äußerst schwach, weil durch viele praktische Enttäuschungen widerlegt) Tendenzen, sich zu sehr auf gewerkschaftliche Gremien zu fixieren und die wirkliche Bedeutung dieser Gremien zu überschätzen. Das Durchsetzen einer bestimmten Resolution erscheint unter diesem Aspekt dann als das große Erfolgserlebnis überhaupt für die Genossen, während die Frage der Verbundenheit mit den Massen aus dem Blickfeld zu geraten droht.

Nehmen wir z. B. die jugendgewerkschaftlichen Gremien (KJA, OJA), von denen der KJA ja auch als Veranstalter auftrat, und wo die Genossen der "Arpo" meinen, in diesem Gremium hätten "die jungen Arbeiter" gegen die Gewerkschaftsführer etwas "ertrotzt".

Es ist in Hamburg so, daß im Durchschnitt nur weniger als 10 % der jugendlichen Gewerkschafter überhaupt an den Wahlen der Gremien beteiligt sind. Zu den Wahlen eines OJA in einer Gewerkschaft mit mehreren hundert organisierten Jugendlichen erscheinen z. B. nur 20 Jugendliche. Der größte Teil dieser Jugendlichen sind meist Organisierte, vorwiegend SDAJ, die die "Wahl" des Gremiums unter sich abmachen. So sind in Hamburg die außerbetrieblichen Gremien der Gewerkschaftsjugend - KJA, diverse OJAs und VJAs der Einzelgewerkschaften - seit 1970/71 ein Tummelplatz der SDAJ und einiger Troztkisten. Diese Gremien haben keine reale Basis in den Hamburger Betrieben. Die wenigen, zum großen Teil in den letzten Jahren aufgebauten Jugendgruppen stehen meist in Opposition zur Politik der außerbetrieblichen gewerkschaftlichen Jugendgremien.

Entscheidend für die Arbeit der Jugend-Gremien ist außer ihrer Isoliertheit die Tatsache, daß sie seit spätestens zwei Jahren vollständig von den Gewerkschaftssekretären gegängelt werden. Jeder Ansatz eigenständiger Politik wird von den Gewerkschaftssekretären abgeblockt, schlimmer noch: jeder fortschrittliche Diskussionsansatz z. B. wird auf den Sitzungen der OJAs etc. von den anwesenden Gewerkschaftssekretären denunziatorisch behandelt, d. h. eine Meldung an die Geschäfts- oder Ausbildungsleitung über den "aufmüpfigen" Lehrling erfolgt umgehend.

Diese gänzlich isolierten Gremien sind gegenüber der DGB-Spitze noch viel angreifbarer und schwächer als etwa ein betrieblicher Vertrauensleute-Körper, der immerhin auf eine gewisse Basis am Arbeitsplatz bauen kann, die ihm gegebenenfalls den Rücken stärkt. Die "Basis" eines OJA jedoch ist wesentlich er selbst, und vielleicht noch ein kleines Dutzend Jungarbeiter und Lehrlinge, die gelegentlich zu Sitzungen kommen. Eben deshalb fällt es der DGB-Spitze ganz besonders leicht, bundesweit eine Kampagne gegen fortschrittliche Jugend-Gremien zu führen.

Die jugendgewerkschaftlichen Gremien in Hamburg sind schon von daher sehr wenig "trotzig". Darüberhinaus liegt "trotziges" Verhalten gegenüber der Gewerkschaftsspitze ohnehin nicht in der Linie der SDAJ, die die Politik der gewerkschaftlichen Jugend-Gremien weitgehend bestimmt.

Daß in diesem Jahr der KJA (anstelle des AZ) zur Demonstration aufrufen "durfte", ist mit einer erheblichen Verschlechterung der Marschstrecke wohl teuer genug erkaufte worden. Mehr ist bei einer Gremienpolitik des Kuhhandels, wie die Revisionisten sie betrieben, auch gar nicht drin. Von "Ertrotzen" ("Arpo") sollte man da besser nicht reden!

Die DKP mag bei dieser Sachlage in ihrem Flugblatt gegen uns auf einen "link"ischen Anbiederungsversuch (bei den "verführten" KB-Mitgliedern) nicht verzichten: "Ja, auch wir wären für eine bessere Marschstrecke für die gewerkschaftliche Demonstration gewesen ..."

Der Witz dieser dummfrechen Ausrede ist, daß die DKP selbst mit ihrer Gremien-Politik vor allem im gewerk-

schaftsjugendlichen Bereich direkt an der Festlegung der Marschstrecke beteiligt war, und sich in den Gremien immer wieder auf derartige faule Kompromisse einläßt (wenn die DGB-Spitze darauf bestanden hätte, wären sie wahrscheinlich auch mit schwarz-rot-goldenen Fahnen durch die Alster geschwommen).

Die DKP wagt ja nicht einmal, in ihrem Flugblatt zu sagen: "Jawohl, diese Marschstrecke ist eine Sauerei. Das ist ein Manöver der Gewerkschaftsführung ..." etc. - O nein, ein bißchen Jammern ("Ja, auch wir ..."), aber die Sache nicht klar beim Namen nennen - das ist alles bei dieser wahrhaft "einzigen Partei der Arbeiterklasse" Und im Hinterkopf die Hoffnung, daß man aufs kommende Jahr beim Gremien-Kuhhandel mit der Gewerkschaftsführung vielleicht etwas bessere Bedingungen für die Maidemonstration herausfeilschen kann.

In den Jugendgremien des DGB "Posten" zu ergattern, wäre auch für uns nicht schwer. Isoliert von der Basis und dem ständigen Druck der Gewerkschaftssekretäre ausge-

Die 'Argumente' der DKP:

Mai-Plakate des KB wurden überklebt mit dem Text
„Erteilt den Gewerkschaftsfeinden eine Abfuhr
Mach mit bei der DGB-Jugend-Demonstration“



setzt, kann man jedoch in diesen Gremien zunächst einmal nur "mit fliegenden Fahnen untergehen" oder der Gewerkschaftsführung brav und gründlich den "müden Kleinkram" abnehmen, ohne einen Schritt voranzukommen. Deshalb haben wir selbst es schon 1971 bewußt aufgegeben, in den Hamburger Jugendgremien systematisch zu arbeiten und uns vorläufig daraus zurückgezogen. Eine Wiederaufnahme kommt für uns dort erst in Frage, wenn es uns gelungen ist, eine Basis für unsere Politik in den Betrieben aufzubauen (Betriebsjugendgruppen etc.), die dann auch eine Arbeit in den außerbetrieblichen Jugendgremien tragen und absichern kann. Alles andere würde auf den bloßen Verschleiß unserer Kräfte hinauslaufen.

Auch bei den anderen Gremien, die die KJA-Demonstration in dieser oder jener Resolution unterstützten, muß gesehen werden, welche Kräfte konkret hinter diesen Resolutionen stehen. Da ist eben nicht eine höchst aktive, förmlich überschäumende Basis, die in derartigen Resolutionen ihren Willen manifestiert.

Wenn z. B. die Vertreterversammlung der IG Metall eine

Resolution zum 1. Mai faßt, dann keineswegs deshalb, weil sie damit einen Auftrag der Basis erfüllt oder weil vielleicht die "Unruhe" unter Hamburgs Metallern sie dazu zwingen würde. Eine solche Sicht der Dinge, wie sie sich durch die Kritiken an unserem Verhalten zum 1. Mai zieht, ist zumindest "verkürzt".

Zunächst einmal sind die betreffenden Resolutionen der Versuch bestimmter Gruppen politisch organisierter Arbeiter, die in diesen Gremien seit Jahren relativ stark vertreten sind, im Rahmen einer höchstens reformistischen Strategie die Mai-Demonstrationen zu verteidigen - teilweise auch mit dem Hintergedanken, daß andernfalls z. B. aktive junge Kollegen "eigene Wege" gehen könnten, d. h. mit dem Ziel, gerade die aktivsten Teile des Proletariats möglichst weit auch in Zukunft an die DGB-Politik zu binden. Genauer gesagt geht es hier um einen langjährigen Kompromiß zwischen Revisionisten und Sozialdemokraten in diesen Gremien. Als Gradmesser für die Bewußtseinsentwicklung der Massen haben die Resolutionen nur eine mittelbare Bedeutung.

DIE DEMAGOGEN SIND DIE ÄRGSTEN FEINDE DER ARBEITERKLASSE

Während auf der einen Seite die KJA-Demonstration von "Links"-Opportunisten und Revisionisten übereinstimmend als Demonstration "der Massen", "der Arbeiterklasse" und "der Gewerkschaften" hochgejubelt wurde, wurde andererseits alles getan, um die Bedeutung der KB-Demonstration zu verfälschen und demagogisch herabzusetzen.

Während sich die DKP damit "begnügte", KB-Plakate mit dem Text "Erteilt den Gewerkschaftsfeinden eine Abfuhr!" zu überkleben, hetzte die SSG während ihrer Mai-Kampagne buchstäblich in jeder Publikation (Flugblätter und Mai-Extras ihrer Zeitungen) und sogar noch auf der KJA-Veranstaltung selbst gegen die Demonstration des KB.

Das General-Thema war: wir, die SSG, kämpfen an der Seite der Arbeiterklasse, und wer das auch tun will, der muß am 1. Mai mit uns zur KJA-Demonstration gehn - alles, was sonst noch stattfindet, sind Sektierer-Häufchen.

Im typischen Stil anti-kommunistischer Propaganda (vgl. auch Demagogie der Gewerkschaftsführer) versuchte die SSG, den KB in einen Topf mit den "ML"- und "AO"-Parteien zu werfen. Nun ist bekannt, daß diese beiden Grup-

pen in Hamburg jeweils nur sehr mickrige Mai-Paraden durchführen können, weil es ihnen trotz Zusammenkarren von Genossen aus ganz Norddeutschland an Masse gebricht. Die SSG tat nun so, als wäre der KB ebenso eine sektiererische und mickrige Gruppe wie die protzigen "Parteien". Also: hier die höchst kraftvolle SSG "an der Seite der Arbeiterklasse" - dort drei unter einander zerstrittene Sekten, hinter denen kaum jemand steht. Genauso verfährt gewöhnlich die DKP, die z. B. vor einiger Zeit sogar ein Flugblatt verteilen ließ, in dem der KB als "Hamburger Ableger" der "KPD" bezeichnet wurde (es gab zu jener Zeit noch keine "KPD" in Hamburg). Nur wird die SSG damit dieselbe Erfahrung machen wie die DKP: es lohnt sich nie, die Menschen für dumm verkaufen zu wollen. Die kämpferischen Hamburger Arbeiter sind durchaus imstande, zwischen KB und "Parteien" zu differenzieren, auch wenn sie in ihrer Mehrheit natürlich keine Sympathisanten des KB sind. Einen Höhepunkt an Demagogie drucken wir hier nach (aus der HAZ vom April):

In einer ganzen Reihe von Städten in der BRD ist die Gewerkschaftsführung in diesem Jahr gezwungen, selbst

Maidemonstrationen durchzuführen, so z.B. in Bremen. In Hamburg hat sie in den letzten Jahren versucht, die Kollegen auf Feiern im Saal und "Kulturprogramme," auszurichten. Es ist ihr immer weniger gelungen. Im letzten Jahr setzte sie im letzten Moment noch eine Demonstration der Gewerkschaftsführung an. Sie hatte allen Grund zu fürchten, daß sonst noch mehr Kollegen zu den von kommunistischen Zirkeln durchgeführten Demonstrationen gehen würden. Von diesen Demonstrationen gibt es in Hamburg seit einigen Jahren schon "traditionell" mehrere. Die verschiedenen Gruppen und Grüppchen, die jede ihre eigene Demonstration machten, beschimpften sich vorher stets ausgiebig gegenseitig als "Spalter" und trieben dabei Schindluder mit dem Wort "Einheit". Denn nicht die Einheit breiter Teile der Hamburger Arbeiterschaft auf der Basis der Klassenforderungen des Proletariats verstanden sie darunter; und dazu trugen ihr Vorgehen und ihre Aufrufe auch nicht eben bei. Vielmehr stand für sie das Problem im Vordergrund, wie die "Einheit" verschiedener mehr oder weniger kommunistischer Gruppen herzustellen sei. Diese Bedingungen haben in Hamburg sicherlich noch viele Arbeiter von der Teilnahme an der Maidemonstration abgehalten und die Bestrebungen der Gewerkschaftsführung begünstigt, auch wenn schon 1972 Tausende durch Hamburgs Straßen zogen.

Wie hier die SSG alle kommunistischen Gruppen pauschal als Spalter diffamiert und sich selbst zum Gralhüter der Arbeitereinheit hochstilisiert, wie sie sich an den Widerwillen vieler kämpferischer Arbeiter gegen politische Streitigkeiten und an ihre spontane Sehnsucht nach "Einheit" anhängt - das erinnert doch verflucht an die Methode des "Sozialistischen Büros" (vgl. dazu Artikel in AK 28).

Noch auf der KJA-Demonstration verteilte die SSG ein Flugblatt, auf dem es hieß: "Anschließend an die Kundgebung

auf der Moorweide (Abschlußkundgebung des KJA) noch zu einer der drei von Zirkeln (KB, "KPD"/AO, "KPD"/ML-Roter Morgen) organisierten Extra-Demonstrationen zu gehen, ist ganz unsinnig." Wie "sinnig" war dagegen der Einfall der SSG, nach der KJA-Abschlußkundgebung noch eine eigene Demonstration zu organisieren (gleichzeitig mit der KB-Demonstration und erheblich schwächer als diese!!)

Die SSG hat den Ausdruck "Schmollwinkel" erfunden, um die KB-Demonstration zu diffamieren (Mai-Extra der HAZ). Zugleich spekulierte die SSG darauf, der KB würde "an diesem 1. Mai nicht die wachsende Kampfeinheit der Arbeiterklasse feiern, sondern seine eigene Schwäche" ("Offener Brief"). Um das zu erreichen, hat es die SSG "an der Seite" der DKP an Aufwand und Demagogie nicht fehlen lassen. Man darf sicher sein, daß all diese Gruppen - DKP, SSG, "ArPo" etc. - natürlich inständig gehofft haben, daß die KB-Demonstration eine große Pleite werden würde, um dann mit ihrer Demagogie bei den enttäuschten KB-Genossen landen zu können (Leitlinie: "Beim KJA wäre euch das nicht passiert! Da waren die Massen!")

Es ist jedoch klar, daß eine Teilnahme von 2.200 - 2.500 Menschen auf unserer Demonstration nicht gerade ein Zeichen von Schwäche ist. Vor allem, wenn man diese Zahl im Verhältnis zur KJA-Demonstration sieht, zu der ja ausser gewerkschaftlichen Gremien auch noch Jusos und Jungdemokraten, SSG und Trotzlisten, DKP und SDAJ, MSB und SHB sowie die AStAs sämtlicher Hamburger Hochschulen aufgerufen hatten. Bezeichnen: 'Ibrigens, daß die SSG in einem Erfolgsmeldungs-Flugblatt nach dem 1. Mai ausser Bejubelung ihrer eigenen Demonstration sogar die Maidkundgebung in Peking etc. erwähnte, aber die KB-Demonstration unterschlug. Ganz im Einklang mit der bürgerlichen Presse! (Vgl. Abdruck des MoPo-Artikels).

Die Linken blieben ruhig

ge Hamburg - Die Linksextremisten machten keinen Putz. Entgegen der Erwartung der Hamburger Polizei und des Deutschen Gewerkschaftsbundes verliefen die Maidemonstrationen der Splittergruppen ruhig.

Rund 400 Demonstranten beteiligten sich am Mai-Marsch der „Kommunisti-

schon Partei Deutschlands - Marxisten/Leninisten" (KPD/ML) in Altona und am Demonstrationszug der „Kommunistischen Partei Deutschlands" (ohne ML). Als Anarchisten mit schwarzen Fahnen sich dem KPD-Zug anschließen wollten, kam es nach Mitteilung der Polizei zu Handgreiflichkeiten zwischen den „Anarchos" und der KPD, die

diese Beteiligung offensichtlich nicht wünschten.

Beide Demonstrationen - KPD und KPD/ML - wurden von einem starken Polizeiaufgebot begleitet.

Unter der Fahne des „Kommunistischen Bundes" (KB) demonstrierten gestern mehrere tausend Teilnehmer vom Bahnhof Sternschanze bis zur Apostelkirche.

... Und dann war da noch der KB

Die Methode der bürgerlichen Presse: die Super„linken" hochspielen, den KB runterspielen oder verschweigen; in einer späteren Ausgabe dieser Zeitung („Hamburger Morgenpost" vom 2. Mai 73) war der letzte Absatz, wo der KB erwähnt wird, überhaupt weggelassen worden.

ABNEHMENDER EINFLUSS DES KB ?

DKP, Zirkelblock u. a. sind in letzter Zeit eifrig bemüht, einen "schwindenden Einfluß" des KB in Hamburg nachzuweisen. In diesem Sinn berichten denn auch SSG und in Anlehnung daran die "Wahrheit" des KBB von unserer Mai-Demonstration. Dort heißt es: "An der Demonstration des KB-Nord, an der sich im letzten Jahr noch (!) 4.000 Menschen beteiligt hatten, nahmen ca. 2.000 Menschen teil ..." ("Wahrheit" 5/6, Mai/Juni 73).

Es ist natürlich lächerlich, den politischen Einfluß einer bestimmten Organisation aus der nackten Zahl der Teilnehmer einer einzelnen Demonstration bemessen zu wollen. Als es 1970 aus Anlaß des us-amerikanischen Überfalls auf Kambodja in Hamburg zu einer Protestdemonstration kam, nahmen - trotz aktiver Demobilisierung durch DKP, SDAJ etc. - weit über 10.000 Menschen daran teil (also sogar mehr als 1972 während des Wahlkampfes auf einer zuvor breit von der Presse propagierten Großveranstaltung der SPD mit Willy Brandt!). Bei dieser Kambodja-Demonstration marschierten SALZ (heute KB) und "MLJ" (Spaltprodukt der "KPD/ML") an der Spitze des Zuges und trugen auch den Hauptteil der Mobilisierung zur Demonstration. In dieser Teilnehmerzahl von über 10.000 kam nun alles andere als der damalige politische Einfluß dieser beiden Gruppen zum Ausdruck. Die MLJ zerfiel kurz danach restlos, ohne irgendwelche politischen Spuren zu hinterlassen - das (gerade eben gegründete) SALZ hatte große Mühe, mit seinen damals etwa 20 Mitgliedern auch nur eine komplette erste Reihe auf der Demonstration zu stellen.

Als SALZ, KAB und BALZ (heute alle im KB) 1971 eine Mai-Demonstration organisierten, nahmen daran etwa 6.000 Menschen teil (nach damaligen eigenen Schätzungen, tatsächlich dürften es gut 4.000 gewesen sein). Diese verhältnismäßig hohe Zahl repräsentierte aber durchaus nicht den damaligen politischen Einfluß unserer Gruppen in Hamburg. Dieser dürfte wesentlich geringer gewesen sein. Außer unserer Demonstration bot nur noch die "KPD/ML" einen Aufmarsch zum 1. Mai an, unter hahnebüchen sektierischen Losungen. Die DGB-Spitze feierte im Saal und die DKP nährte in ihrer Agitation lange Zeit die Hoffnung auf eine vom DGB doch noch genehmigte Mai-Demonstration, um dann buchstäblich in letzter Minute - auf Geheiß der DGB-Spitze - das ganze abzublasen. (Übrigens gab es schon 1971 die Resolutionen gewerkschaftlicher Gremien - KJA, große Funktionärs-Konferenz der IGM, einige VK's und BR's - die eine "kämpferische Mai-Demonstration" für "notwendig" hielten. Mit diesen Resolutionen wollte die DKP vor allem die DGB-Spitze "überzeugen") - Es war klar, daß in der damaligen Situation alle, die eine Mai-Demonstration irgendwie für angebracht hielten, zu unse-

rer Demonstration kamen, auch ohne unsere Politik unbedingt zu befürworten. (Auch ganze SDAJ-Gruppen beteiligten sich damals geschlossen an der Demo.) Uns fielen also damals sozusagen die Früchte der "ungeschickten" Politik der DGB-Spitze und DKP in den Schoß. Diese Situation ist etwa vergleichbar mit der diesjährigen Lage in Bremen, wo die DGB-Spitze die "Dummheit" machte, eine schon formierte Mai-Demonstration kurzfristig abzublasen, mit dem "Erfolg", daß die darüber verärgerten Demonstranten "nun erst recht" demonstrierten, und zwar unter den Transparenten des KBB. Es wäre verfehlt, zu glauben, die etwa 5.000 Demonstranten hätten damit ein Bekenntnis zur Politik des KBB abgelegt. Die Mehrheit der Demonstranten wäre sicherlich auch unter Juso- oder sonstwelchen Parolen marschiert.

Zum Mai 1972 bot sich anfangs das gleiche Bild wie im Vorjahr. Die DGB-Spitze kündigte eine Saal-Fete an, der (inzwischen gegründete) KB propagierte eine Mai-Demonstration in Hamburg-Altona; DKP, Jusos etc. schwiegen sich aus. In dieser Situation haben - bis auf die ML- und AO-"Parteien" - die anderen linken Gruppen (Trotzkisten, SSG, mehrere "KPD/ML"-Abspaltungen etc.) zur KB-Demonstration aufgerufen. Erst eine knappe Woche vor dem 1. Mai rief dann das halbgewerkschaftliche "AZ" zu einer vom DGB genehmigten Jugend-Demonstration auf. Dieser Aufruf wurde sofort von DKP und Anhang, den Jusos, SHB, den Hamburger ASTen etc. unterstützt.

Die hastig zusammengestoppelte AZ-Agitation einerseits und die langfristig vorbereitete KB-Propaganda, sowie die Beteiligung verschiedener linker Gruppen an der KB-Demonstration andererseits, prägte das Bild nahezu gleichstarker Demonstrationen. Die verschiedenen linken Organisationen begründeten übrigens ihre Beteiligung an der KB-Demonstration ausdrücklich damit, daß sie die "opportunistische, "neo-revisionistische" etc. Politik des KB "entlarven" wollten. Also auch hier repräsentierte die Zahl von 4.000 Teilnehmern nicht unseren damaligen politischen Einfluß, wie es SSG und KBB unterstellen, um das Bild eines bald zusammenbrechenden KB's besser ausmalen zu können. Vielmehr war es so, daß ein nicht unbedeutender Teil der KB-Demonstration (z. B. der SSG-Block) seine Stoßrichtung erklärtermaßen direkt gegen den politischen Einfluß des KB hatte ("die Mitglieder des KB dem Einfluß der Leitung entziehen!") und der DKP und den Sozialdemokraten eine breite Mobilisierung zur AZ-Demonstration schon aus Gründen der geringen Zeit nicht mehr möglich war.

Es ist u. E. Unfug, die Teilnehmerzahl einer oder weniger Demonstrationen zur Grundlage zu nehmen, den politischen Einfluß einer kommunistischen Organisation zu beurteilen - oder gar durch Vergleich willkürlich herausgegriffener Demonstrationen eine zu- oder abnehmende Tendenz des politischen Einflusses herauslesen zu wollen. Die "KPD/ML"

hat stets nur sehr magere Demonstrationen zustande gebracht, dennoch war ihr (negativer) Einfluß innerhalb der kommunistischen Bewegung zeitweise enorm groß und bestimmte häufig entscheidend (ebenfalls in negativer Weise) das Verhältnis von kommunistischer und Arbeiterbewegung in der BRD überhaupt. Die Teilnehmerzahlen geben nur sehr, sehr beschränkt Aufschluß über den politischen Einfluß bestimmter Organisationen. Es ist eine allgemeine Erfahrung, daß es noch immer mehr die (unabhängig von kommunistischen Organisationen) eintretenden tagespolitischen Ereignisse sind, die die Menschen bewegen und mobilisieren (siehe Hamburger Kambodga-Demo). Diese Menschen sind dann u. U. bereit, sich der Demonstration einer Organisation anzuschließen, deren Namen sie bis dahin nicht einmal gehört zu haben brauchen. Daraus auf den speziellen Einfluß einer bestimmten Organisation rückzuschließen, muß zu einer falschen Beurteilung führen.

Weiter ist es unsinnig, einfach die nackten Teilnehmerzahlen von Demonstrationen politisch bewerten zu wollen, ohne sich zu fragen, wer da überhaupt demonstriert hat. So hat die AO-"Partei" allein in Westberlin mit ihrer 6-8.000 Mann starken Demonstration mehr Menschen zum 1. Mai auf die Straße gebracht, als alle Zirkelblockgruppen und ihre diversen Sympathisanten-Organisationen zusammen, sieht man einmal von der besonderen Bremer Situation ab. Sollte man aus dieser Tatsache rückschließen, daß die AO-"Partei" politisch einflußreicher ist als der gesamte Zirkelblock? Wohl kaum. Es liegt auf der Hand, daß es für Kommunisten derzeit leichter ist, in Westberlin ein paar Tausend Studenten für eine x-beliebige Demonstration zusammenzubringen, als z. B. in Mannheim oder Hamburg ein paar Dutzend erfahrener Arbeiter. Dennoch ist das zweite für die Entwicklung der kommunistischen Bewegung weitaus wichtiger und wäre tatsächlich Ausdruck für ein größeres Maß von politischem Einfluß der betreffenden Organisation. Es ist eben entscheidend, auf welchen gesellschaftlichen Bereich (Uni oder Großbetriebe) eine kommunistische Organisation ihren politischen Einfluß konzentriert.

Drittens ist es falsch, die Teilnehmerzahlen von Demonstrationen ohne Zusammenhang zur gesamten Politik einer Organisation politisch zu bewerten. So betreibt z. B. die SSG seit ihrer Gründung an der Hamburger Uni eine wild aktionistische Politik, sagt heute dies und morgen das Gegenteil, bringt es fertig, an einem einzigen Tag mit 6 (sechs! z. B. 14. 5. 73) verschiedenen Flugblättern die Uni zu überschwemen, ist ständig mit diversen Veranstaltungen, Demonstrationen etc. zur Hand und bietet so den Hamburger Studenten allerlei bunte Abwechslung. Es ist klar, daß man mit einer solchen "Politik" an einer Uni mit weit über 20.000 Studenten ein paar hundert vorübergehend organisatorisch binden kann. Man sollte dies indes nicht mit politischem Einfluß verwechseln!

Tatsächlich hat es aber auch einen Rückgang unseres "Einflusses" in Hamburg gegeben, der sich auch in Teilnehmerzahlen und Zusammensetzung unserer Demonstrationen in den letzten Jahren bemerkbar gemacht hat. Diesen "Rückgang" könnte man auch als "Umschichtung" bezeichnen". Der Einfluß unserer Organisation an der Hamburger Uni war in den letzten beiden Jahren stark rückläufig, während er in derselben Zeit in Betrieben und Gewerkschaften entsprechend gestiegen ist.

So wurde die Mai-Demonstration des SALZ 1970 noch von

den Asten etc. unterstützt, ebenfalls von diversen Fachschaftsräten und anderen universitären Gremien und Gruppen. 1971 "verfügte" das SALZ mit dem "KHB/ML" über eine Studentenorganisation mit gut 600 Mitgliedern! Es ist klar, daß ein solcher "Einfluß" für die reine Mobilisierung zu einer Demonstration von erheblicher Bedeutung sein kann. Trotz dieser organisatorischen Bindung von über 600 Studenten im "KHB/ML" muß rückblickend festgestellt werden, daß das SALZ nicht einmal in dieser "eigenen" Studenten-Organisation wirklich politischen Einfluß gehabt hatte, geschweige denn über diese Organisation hinaus auf die breite Masse der Hamburger Studenten. Diese Organisation schwankte beständig zwischen seminar-"marxistischer" Klüngelei und hirnlosem Aktionismus. Sektiererei, Opportunismus und auch direkter Antikommunismus waren die notwendigen Ergebnisse solcher "Politik". Die Organisation fiel in die Hände der schlimmsten Karrieristen, die den "KHB/ML" zwar "beherrschten" und "kontrollierten", aber nicht politisch anzuleiten imstande waren. In diesem Zusammenhang gab es mehrere Spaltungen und schließlich die Trennung des KB von den Führern dieser Studenten-Organisation, denen es gelang (gerade wegen des nicht vorhandenen politischen Einflusses des KB) die große Mehrheit der Mitglieder auf ihre Seite zu ziehen. Dies war die Geburtsstunde der SSG, die zu recht in jeder Beziehung Erbe des "KHB/ML" ist.

Die "glücklose" Uni-Politik des SALZ und später auch des KB ist gewissermaßen auch Ergebnis der Konzentration unserer Kräfte und Politik auf Betrieb und Gewerkschaft. Uni-Politik wurde weitgehend links liegengelassen, bzw. den Studenten selbst überlassen. Das lag sozusagen auch in der Natur der Dinge, d. h. in den beschränkten Kräften kommunistischer Organisationen überhaupt. Wir haben aber inzwischen Anstrengungen unternommen, die zeitweise fehlerhafte Einseitigkeit in der Konzentration unserer Kräfte, d. h. dem Nicht-Beachten der Uni-Politik, zu überwinden. Es wäre indes illusionär, hier sprunghafte Erfolge hinsichtlich eines "Masseneinflusses" unserer Politik an der Uni zu erwarten.

Zweifellos hatte der rückläufige "Einfluß" unserer Organisation an der Uni auch Auswirkungen auf Teilnehmerzahlen und Zusammensetzung unserer Demonstrationen. Das erkennen wir ohne jeden Schrecken. Andererseits hat unser politischer Einfluß in Betrieben und Gewerkschaften z. T. erheblich zugenommen, kommen u. a. auch mehr Arbeiter, Angestellte und Lehrlinge zu unseren Demonstrationen als je zuvor. Wir halten diese Tatsache für entscheidender.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß die nackten Zahlen von Demo-Teilnehmern nur sehr wenig Auskunft über den tatsächlichen politischen Einfluß einer Organisation an einem bestimmten Ort geben. Allenfalls kann über die Demo-Zahlen in gewissem Rahmen auf das Kräfte-Verhältnis verschiedener linker Gruppen am Ort untereinander rückgeschlossen werden. Dazu aber müßte man über einen längeren Zeitraum alle Demos bestimmter Gruppen heranziehen. Für Hamburg ergibt sich dabei das Bild, daß DKP plus Anhang (inklusive SHB und Jusos) mit dem KB uns seinen befreundeten Gruppen etwa "gleichstark" ist (800 bis 1.200) bei zunehmender Tendenz-Verschiebung zugunsten des KB. Alle anderen linken Gruppen sind wesentlich schwächer (50 bis 100). "KPD" und "KPD/ML"

müssen jeweils ihre regionalen Ableger in Hamburg zusammenziehen, um zu Demonstrationen mit einer Beteiligung von je 150 - 200 Menschen zu kommen. Eine Ausnahme macht die SSG die derzeit jeweils etwa 2- 400 Stamm-

gäste bei ihrem Demos haben (Mai 73: KB - 2. 500, "KPD" und "KPD/ML" - je 300, SSG - 500 bei der Weiterführung ihrer Demonstration nach der KJA-Abschlußkundgebung, DKP etc. nicht zählbar weil völlig in der KJA-Demo "aufgegangen").

Verwechseln von taktischen Fragen und Grundsätzen kommunistischer Politik

Einige unserer Kritiker sehen in unserem Vorgehen zum 1. Mai offenbar eine Verletzung kommunistischer Grundsätze und "allerhöchster" Prinzipien (SSG/KBB, DKP, Gruppe Seeleute). Es scheint für diese Kritiker selbstverständlich und außerhalb jeder Diskussion zu stehen, daß Kommunisten sich an gewerkschaftlichen oder halbgewerkschaftlichen Demonstrationen unter allen Umständen beteiligen.

Am deutlichsten bringt dies die DKP zum Ausdruck: Unsere Argumente gegen die KJA-Demo seien "fadenscheinig", wird behauptet. "Wer, wo und mit wem demonstriert, ist eine prinzipielle Entscheidung. Ob mit oder gegen die (!) Gewerkschaften. Das ist die Frage." Natürlich begründet die DKP nicht, warum eine Beteiligung an der KJA-Demonstration eine "prinzipielle" Entscheidung ist, dies dürfte ihr auch schwer fallen. Für die DKP bedeutet die KB-Demonstration selbstverständlich "Spaltung und Schwächung der Arbeiterklasse".

Ähnlich "prinzipiell" argumentieren SSG/KBB. Sie werfen uns "Sonderbündelei" vor, und: "Sie (der KB u. a. - die Red.) haben sich damit bewußt (!) abseits der Arbeiterbewegung (!) gestellt." (Wahrheit, 5/6, Mai/Juni 73). So einfach ist das also für diese Herren "Prinzipien"-Reiter: Wären wir zur KJA-Demonstration gegangen, wären wir selbstverständlich "innerhalb" der Arbeiterbewegung, tun wir das nicht, "stellten wir uns bewußt abseits", haben sozusagen mit der Arbeiterbewegung gar nichts mehr zu tun. Oh, heilige Einfalt. Die Genossen tun ja gerade so, als sei es "oberster Grundsatz" und allerhöchstes Prinzip "kommunistischer Arbeit überhaupt, immer und unter allen Umständen dort zu sein, wohin die Gewerkschaftsführer die Arbeiter bestellen... Für derartige Prinzipien bedanken wir uns bestens!

Betrachten wir einmal dieses ganz neue "Prinzip" im Lichte der Realität. War die KJA-Demonstration wirklich "die Arbeiterbewegung" in Hamburg? Hat sich der KB also durch seine Nichtbeteiligung tatsächlich "bewußt abseits der Arbeiterbewegung gestellt"?

Auf der KJA-Demonstration marschierten nur kleinere Kollegen-Blöcke unter eigenen Transparenten mit (Journalisten, Drucker und Seeleute), andere Arbeiter

waren - bis auf vereinzelte Ausnahmen - Mitglieder der DKP und der SPD-Betriebsgruppen (die Mitglieder der SPD-Betriebsgruppen wurden per internem Rundschreiben aufgefordert, zur Demonstration zu gehen, um sie vor "linker Unterwanderung" - Parolen, Transparente, etc. - zu "schützen", sie übernahmen also die Funktion eines antikomunistischen Stoßtrupps auf der Demonstration, bevor sie anschließend zur Saalfeier des DGB marschierten, um den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern zuzujubeln). Die Masse der Demonstranten (im sozialistischen Block weit über 90 %), waren Schüler, Studenten, Lehrer, Journalisten und andere Vertreter kleinbürgerlicher Mittelschichten. Bei der KJA-Demonstration marschierte nicht die Hamburger Arbeiterklasse auf! Das ist den Veranstaltern nicht vorzuwerfen, sondern hängt mit dem allgemeinen politischen Niveau der Arbeiterbewegung in Westdeutschland zusammen. Wir verwahren uns bloß gegen solch saublöde Vorwürfe nach dem Schema: Die Arbeiterklasse marschiert, der KB aber "steht abseits".

Die Realität von 4. 500 Demonstranten, zu übergroßer Mehrheit Studenten etc. mit der Arbeiterbewegung zu "verwechseln", und zwar aus "Prinzip", das kann nur wirklichen Sektierern einfallen, die gewohnheitsmäßig im Rausch selbstgestrickter "Prinzipien" den Blick auch für die offensichtlichsten Realitäten längst verloren haben. Ganz auf dieser Linie rief Ernst Aust, seines Zeichens 1. Vorsitzender der "KPD/ML", 1971 auf der Mai-Demonstration seiner Gruppe einigen hundert Kieler und Hamburger Studenten zu, sie seien "die Besten des Hamburger Proletariats".

Für Aust ist es selbstverständlich ein "Prinzip", daß die Leute, die ihm folgen, die "Besten des Proletariats" sind, ist seine Partei doch erklärtermaßen die "Avantgarde", die "Vorhut", "die Partei der deutschen (!) Arbeiterklasse". Im Rahmen dieses "Prinzips" ist es auch logisch, wenn der "Rote Morgen" (Zeitung der "KPD/ML") die zur Zeit laufenden Prozesse gegen Ernst Aust als Versuche der Bourgeoisie interpretiert, den "Kopf der Arbeiterbewegung", "den Führer des deutschen Proletariats" zu treffen.

Ganz auf derselben "prinzipiellen" Linie erklärte kürzlich

eine Verkäuferin der HAZ (Zeitung der SSG/KG) mit bierernster Miene, daß der bekannte Student und SSG-Führer Br. "ein Hamburger Arbeiterführer" sei, nach mehrmaligen Nachfragen dann einschränkend: "Zumindest seit dem 1. April!" (an diesem Tag wurde die KG durch die SSG gegründet. Die KG soll sich um Betriebsarbeit kümmern).

Es tut uns leid, wir vermögen nicht die Richtigkeit solch sinniger "Prinzipien" anzuerkennen, denen zufolge 4.500 zumeist studentische KJA-Demonstranten die Hamburger Arbeiterbewegung (SSG/KBB) oder "die Demonstration der Gewerkschaften" (DKP) darstellen sollen oder denen zufolge ein Häuflein von Aust-Anhängern flugs zu den "Besten des Hamburger Proletariats" werden, oder denen zufolge der Gen. Br. sich von einem Tag auf den anderen in einen "Hamburger Arbeiterführer" verwandelt, bloß weil er Vorsitzender der KG ist, und diese Gruppe - nach eigener Aussage - über "die einzig korrekte Linie in Hamburg" verfügt.

Politische Demonstrationen haben heute allgemein nicht den Charakter einer Mobilisierung der Arbeiterklasse, haben nicht die Funktion, dem Klassenfeind die Kampfkraft und Entschlossenheit der Arbeiter zu demonstrieren, z. B. unmittelbaren Druck auf die Regierung und Kapitalisten auszuüben, wie es die Super"linken" und Zirkelblockführer immer wieder gern darstellen. Politische Demonstrationen können heute nur die Funktion haben, innerhalb der Arbeiterklasse für bestimmte Forderungen, Ziele, etc. zu agitieren!

Wir haben auf diesen Punkt immer wieder hingewiesen, zuletzt im Rahmen der Auseinandersetzung mit den von DKP- und Zirkelblock-Führern angepriesenen "nationalen Demos". In bester Eintracht und vollem Ernst (!), behaupten die Führer von DKP, Jusos, Zirkelblock, Super"linken" ("KPD", "KPD/ML") und Trotzlisten, solche "nationalen Demos" von einigen tausend Linken könnten auf Bourgeoisie und Staat "Druck ausüben". Die vollkommen übergeschnappten NRF-Führer versuchten der westdeutschen Linken gar weiszumachen, eine "nationale Demo" in Bonn(!) würde auf die Weltöffentlichkeit "Druck ausüben" ... wegen der vielen ausländischen Diplomaten dort(!)

Tatsächlich bedarf es einer völlig neuen Qualität der politischen Bewegung in der BRD mit einer sehr viel stärkeren Massenbasis, vor allem in der Arbeiterklasse, bevor die Kommunisten mit Massendemonstrationen (die diesen Namen auch wirklich verdienen) Druck auf Regierung und Kapitalisten ausüben, d.h. unmittelbaren Einfluß auf die Politik der herrschenden Klasse nehmen können. Die Politik der Kommunisten muß heute langfristig auf die Entwicklung einer solchen politischen Massenbewegung orientiert sein. Das erfordert von uns eine unermüdliche und beharrliche Agitprop-Arbeit unter den Massen. Von uns organisierte Demos haben sich diesem Ziel unterzuordnen, d.h. sie dienen der Agitations- und Propaganda-Arbeit unter den Massen, wenden sich direkt an die Arbeiter etc. und nicht etwa an Regierung und Staat ("Druck ausüben").

Wer allerdings heute die kleine halb-"gewerkschaftliche" Demo in Hamburg zur "Demonstration der Gewerkschaften" (DKP) oder zur "Einheit der Volkskämpfe" (SSG) hochjubelt, muß mit gewisser Notwendigkeit auch das

politische Ziel einer solchen Demo aus den Augen verlieren, muß auch den Adressaten unserer Bemühungen "verwechseln". In etwas naiver Weise demonstriert die SSG/"KG" ihre politische Blindheit, wenn ständig davon geschwätzt wird, am 1. Mai komme es darauf an, der "wachsenden Kampfkraft der Arbeiterklasse Ausdruck zu verleihen".

Angesichts zu erwartender Mai-Demos im letzten Jahr, schrieben wir im April 1972:

"Wir sind der Meinung, daß sich die Kommunisten überall dort, wo gewerkschaftliche Mai-Demonstrationen und -Kundgebungen stattfinden, mit klaren, kämpferischen Parolen daran beteiligen und in der Arbeiterklasse durch Flugblätter usw. zu diesen aufrufen sollten. Wo keine solche Veranstaltungen stattfinden, sollten die Kommunisten, zusammen mit anderen dafür in Frage kommenden Organisationen, gewerkschaftlichen Gruppen usw., selbst für das Zustandekommen von Mai-Demonstrationen sorgen." (AK 17, April '72)

Die Arpo (Arbeiterpolitik) beruft sich in ihrem offenen Brief auf dieses Zitat und unterstellt, daß wir selbst in diesem Jahr davon abgerückt sind. Dem ist nicht so! Man darf dieses Zitat allerdings auch nicht als ein "Dogma" unserer Politik verstehen, also nicht loslösen von den konkreten Zielen unserer Arbeit (optimale Agitations- und Propaganda-Arbeit unter den Massen). Das bedarf offenbar einer Erläuterung:

In vielen Städten der BRD hat es in den letzten Jahren große Mai-Kundgebungen und -Demonstrationen des DGB mit einer breiten Beteiligung von Arbeitern und Angestellten gegeben. So z. B. letztes Jahr in Dortmund, München, Bremen, Mannheim, Braunschweig und Köln, nur um die allergrößten zu nennen. Auch in diesem Jahr war das Bild ähnlich, wenn es auch insgesamt eine geringere Beteiligung gab. 1972 demonstrierten allein in Dortmund rund 90.000 Menschen, hauptsächlich Arbeiter. Es muß davon ausgegangen werden, daß auf solchen Demos die bewußtesten und aktivsten Arbeiter zusammenkommen, wenn auch unter reformistischen Losungen. Unter diesen Umständen halten wir es für kindisch und ausgemacht sektiererisch, wenn sich kommunistische Gruppen absondern und statt dessen eigene magere Paraden durchführen. Daß dies immer noch Praxis vieler Gruppen ist, halten wir für bedauerlich, und daß dies zumeist mit dem reformistischen Charakter von offiziellen DGB-Parolen und Reden begründet wird, ist geradezu lächerlich. Als müßten Revolutionäre mehr Angst vor reformistischen Parolen haben als manche DGB-Führer vor revolutionären Parolen. Es ist aber offenbar so, daß sich gerade die Super"linken" für am wenigsten in der Lage halten, sich mit den Gewerkschaftsführern und dem Reformismus im allgemeinen vor den Augen der Arbeiter auseinanderzusetzen.

Zweifelloos ist es für die Kommunisten die allerbeste Gelegenheit, in solche Massendemos - wie oben genannt - hineinzugehen und dort für die Ziele und nächsten Aufgaben zu agieren, und zwar dies nicht im Sinne einer bloß äußerlichen "Umfunktionierung" der Demo (durch viele rote Fahnen u. ä.), sondern durch Schaffung von möglichst viel politischer Klarheit bei den Arbeitern.

Es entspricht dem allgemeinen Kräfteverhältnis in der BRD, daß kommunistische oder sich so nennende Gruppen gegenüber der nicht-kommunistischen Arbeiterlinken noch sehr schwach sind. Das wird u.E. auch in nächster Zeit im Wesentlichen so bleiben. Bei diesem Kräfteverhältnis ist es natürlich geradezu halsbrecherisch, wenn sich die Kommunisten künstlich absondern und damit freiwillig auf eine breite Agitations-Möglichkeit unter den aktivsten Arbeitern verzichten. So steht die allgemeine Situation in der BRD und in diesem Sinn sind auch unsere Ausführungen im AK 17 zu verstehen, und haben auch noch heute für uns Gültigkeit. Andererseits sind sie natürlich kein "Prinzip an sich" oder "Dogma" kommunistischer Politik, sondern wir betrachten sie gewissermaßen als allgemeinen taktischen Leitsatz für eine längere Zeit der Klassenauseinandersetzungen in der BRD.

"Eigener" Block ?

Im Hinblick auf eine mögliche Beteiligung des KB an einer gewerkschaftlichen Mai-Demonstration 1974 ist auch die Frage zu klären, in welcher Form das gegebenenfalls geschehen könnte.

In diesem Jahr vertrat vor allem die SSG die Taktik des "eigenen Blocks", der am Ende der KJA-Demonstration unter roten Fahnen und eigenen Parolen demonstrierte. Wie üblich geschah das mit großer Unehrllichkeit. Die "Rote Presse" hatte im Mai-Extra vom 19.4. noch dazu aufgefodert: "Beteiligt euch an der Demonstration der Hamburger DGB-Jugend im Block der KG!" (die SSG hat sich am 1. April dieses Jahres den Beinamen "KG" zugelegt, unter dem sie "Arbeit im Proletariat" betreiben will). - Am 1. Mai selbst jedoch verteilte die SSG ein Flugblatt, in dem es hieß, dieser Block sei "kein Organisationsblock der KG" (um auch andere Menschen hineinzulocken), wohl aber "von der KG organisiert" (um ihre "führende Rolle" herauszustreichen). Natürlich mußte an der Spitze des sozialistischen Blocks ein Lautsprecherwagen der SSG fahren, der übrigens die Abschlußkundgebung des KJA in provozierender Weise durch eigene Ansagen störte.

Nachdem gleich zu Anfang SDAJler an der Spitze des sozialistischen Blocks diesen abzurängen versucht hatten, marschierte der Block etwa hundert Meter hinter dem Rest des Zuges her, mit dem eigentlich nur noch den Marschweg gemeinsam hatte. Dadurch wurden die negativen Seiten der Taktik des "eigenen Blocks" besonders deutlich.

Die Taktik des "eigenen Blocks" verzichtet von vornherein darauf, sozialistische Parolen und Agitation in den Rest des Zuges hineinzutragen. Die "Einheit" mit den "Massen" der "fortschrittlichen Kollegen" bleibt bloß äußerlich -

In Hamburg stellte sich die Situation - wie schon ausführlich dargelegt - wesentlich anders, als in vergleichbaren westdeutschen Großstädten. Auch in diesem Jahr war von vornherein nicht mit einer wesentlich stärkeren Beteiligung von Arbeitern bei der KJA-Demo zu rechnen, als im letzten Jahr beim AZ. Durch Auswahl von Route und Zeitpunkt der KJA-Demo durch die DGB-Führer wurde ein weiteres getan, die Demonstration von der Bevölkerung total zu isolieren, die Agitations-Möglichkeiten der Demo praktisch auf Null zu senken. Unter diesen konkreten Bedingungen hielten wir eine eigene, breit angelegte Demo (Parolen etc.) durch die wichtigsten Hamburger Arbeiterviertel für sehr viel sinnvoller, als ein "Hineingehen" mit unseren Mitgliedern und Sympathisanten in die KJA-Demo, um diese "umzufunktionieren", sie "selbst in die Hand zu nehmen" (Kritik-Papier der Gruppe Seeleute).

man hat den gleichen Weg, und hätte doch ebenso gut ein paar Straßen weiter weg marschieren können.

In der extrem sektiererischen Variante dieser Taktik durch die SSG wird das noch krasser: Zwar wird "an die Massen" appelliert, sich in den sozialistischen Block einzureihen; doch zugleich wird den "Massen" klargemacht, daß sie sich damit einer bestimmten sozialistischen Gruppe - in diesem Fall der SSG - unterordnen und für deren organisationsbornierte Zwecke mißbraucht würden (Block ist "von der KG organisiert" und wird vor allem nachträglich in der Propaganda von der SSG als "unser Block" hingestellt.)

Nun zwingt uns natürlich nichts, eine solche Politik mitzumachen. Es könnte ja auch ein Block organisiert werden unter dem Aspekt "sozialistisch" oder auch "gewerkschaftsoppositionell", ohne daß sich eine bestimmte Organisation dabei ruhmstüchtig in den Vordergrund spielt.

Es bleibt aber auch dann die Frage: dient das unter den gegebenen Umständen dazu, eine sich entwickelnde Tendenz der Arbeiterklasse zu organisieren, oder dient es dazu, die organisierte sozialistische Linke von der "gewerkschaftlichen" Demonstration zu trennen. Für den Verlauf der KJA-Demonstration gilt eindeutig das letztere.

Wenn schon Gründe für eine Teilnahme an einer gewerkschaftlichen (oder halb-"gewerkschaftlichen") Demonstration 1974 sprechen sollten, dann wäre es jedenfalls falsch, wenn wir die Wirkung einer solchen Teilnahme dadurch wieder aufheben würden, daß wir uns freiwillig aus dem allgemeinen Demonstrationzug heraushalten und als "eigener Block" hinter dem Zug herlaufen. Stattdessen müßten wir in so einem Fall mit unseren Parolen und roten Fahnen in den Zug hinein gehen.

Offener Brief an den Kommunistischen Bund zum 1. Mai

ArPo

Aus der April-Nummer Eures ARBEITERKAMPFES entnehmen wir, daß Ihr beabsichtigt, am 1. Mai eine eigene Demonstration durchzuführen. Ihr schreibt auf Seite 11 des AK: "An sich ist es selbstverständlich nichts Schlechtes, wenn die DGB-Führung dazu gezwungen werden kann, wenigstens im Jugendbereich eine Demonstration durch die Hintertür zu gestatten. Andererseits würden wir es für einen Fehler halten, uns an diese Demonstration einfach anzuhängen, weil das der Forderung nach einer wirklichen g e w e r k s c h a f t l i c h e n Demonstration mit breiter Mobilisierung nicht dienen würde."

Wir halten diese Argumentation für falsch und in sich widersprüchlich. Warum ist der Kreisvorstand gezwungen, eine Demonstration der Gewerkschaftsjugend am 1. Mai zuzulassen? Im letzten Jahr hatte sich trotz aller Unkenrufe gezeigt, daß es möglich ist, Tausende zur halbgewerkschaftlichen Mai-Demonstration des Aktionszentrums auf die Straße zu bringen. An dieser Tatsache kann auch der Kreisvorstand nicht mehr vorbei. Diesmal versucht er deswegen, neben der Saalveranstaltung im Congreß-Centrum, eine auf die Jugend begrenzte Mai-Demonstration durchzuführen. Natürlich ist dies ein "Manöver, mit dem eine wirkliche breite gewerkschaftliche Demonstration v e r h i n d e r t werden soll" (AK).

Aber dieses Manöver können wir nicht durchkreuzen, indem wir uns in den Winkel der eigenen Mai-Demonstration zurückziehen. Wir können ihm nur entgegenwirken, indem wir nach besten Kräften dazu beitragen, aus dieser "Demonstration der Gewerkschaftsjugend" einen 1. Mai-Marsch der Hamburger Kollegen zu machen. Dies muß das Bestreben aller fortschrittlichen Gewerkschafter und gerade der Kommunisten sein. Seit geraumer Zeit arbeitet ein Kreis von Kollegen verschiedener Einzelgewerkschaften auf dieses Ziel hin. Delegiertenversammlungen, Vertrauensleutekorper und Betriebsräte werden aufgefordert, die Demonstration zu unterstützen.

Verschiedene Betriebsräte haben schon selbständig die Initiative ergriffen (Gesamthafen u.a.). Am 13. 4. haben 450 Kollegen auf einer Funktionärsversammlung der IG Metall in Hamburg beschlossen, die 1. Mai-Demonstration zu unterstützen.

Genossen, der 1. Mai ist nicht der Tag, an dem kommunistische Gruppen unter ihren Parolen und Forderungen, im Kreis ihrer Mitglieder und Sympathisanten demonstrieren. Ihr selbst habt vor einem Jahr zum 1. Mai geschrieben: "Wir sind der Meinung, daß die Kommunisten sich überall dort, wo gewerkschaftliche Mai-Demonstrationen und Kundgebungen stattfinden, mit klaren, kämpferischen Parolen daran beteiligen und in der Arbeiterklasse durch Flugblätter usw. zu diesen aufrufen sollten. Wo keine solchen Veranstaltungen stattfinden, sollten die Kommunisten, zusammen mit anderen dafür in Frage kommenden Organisationen, gewerkschaftlichen Gruppen usw. selbst für das Zustandekommen von Mai-Demonstrationen sorgen."

(AK Nr. 17) Dem stimmen wir zu.

Die für Hamburg geplante Mai-Demonstration ist von den jungen Arbeitern oftmals gegen den Willen der Gewerkschaftsvorstände erzwungen worden; die Jugendlichen fanden dabei unter den älteren Kollegen Zuspruch. Zumindest im Bereich der IG Druck und Papier wird die 1. Mai-Demonstration ein Sammlungspunkt der oppositionellen und kritischen Elemente sein.

Die Aufgabe von Kommunisten gegenüber diesen in Bewegung geratenen Arbeitern besteht darin, ihre allgemeine Unzufriedenheit und ihre Empörung gegenüber der Gewerkschaftsführung so zu nutzen, daß sie politisch zu denken und selbständig zu handeln lernen. Das setzt voraus, daß Kommunisten alles unterlassen, was sie von diesen trennt. Andernfalls setzen sie das ihnen vielfach bereits entgegengebrachte Vertrauen aufs Spiel.

Wir fordern Euch deshalb auf, Euren Standpunkt in dieser Frage zu überprüfen. Kämpft mit, daß die Hamburger Arbeiter 1973 wieder eine mächtige gewerkschaftliche Mai-Demonstration durchführen!

Mit solidarischen Grüßen

Gruppe Arbeiterpolitik Hamburg

Offener Brief an die Leitung des KB

SSG

Eure Entscheidung, am 1. Mai eine KB-Demonstration durchzuführen, halten wir für grundfalsch. Wir meinen, daß ihr damit allen Bestrebungen in Betrieben und Gewerkschaften für die Durchsetzung einer gewerkschaftlichen 1. Mai-Demonstration für dieses Jahr in den Rücken fallt.

Die DGB-Spitze will den 1. Mai zur Feier eines schon immer faulen Klassenfriedens mit dem Unternehmerstaat machen. Demgegenüber müssen nicht nur die konsequenten Forderungen der gesamten Arbeiterklasse aufgestellt werden. Diesen Forderungen muß auch praktisch zum Ausdruck verholfen werden - auch wenn die DGB-Spitze da nicht mitmacht. Der Kampf zwischen der proletarischen und der klassenversöhnlerischen Linie in den Gewerkschaften findet natürlich auch am 1. Mai statt. Der 1. Mai ist ja nicht eine Art gewerkschaftliches Weihnachten.

Ihr habt jedoch beschlossen, "auch in diesem Jahr auf eine eigene Demonstration nicht (zu) verzichten". Mit welcher Begründung? Da ihr bis jetzt leider keine Stellungnahme als Leitung dazu vorgelegt habt, beziehen wir uns im folgenden auf einen Artikel im "Metallarbeiter".

1. Dort schreibt ihr: "Daß es sich bei der KJA-Demonstration keineswegs um eine gewerkschaftliche Demonstration zum 1. Mai handelt, daraus macht die Gewerkschaftsführung keinen Hehl: "für die Dauerdemonstrierer", so Saalfeld von der DGB-Führung."

Daß ihr Saalfeld zu Rate zieht, um von daher die Bedeutung dieser Demonstration zu leugnen, ist bezeichnend. Den Willen vieler fortschrittlicher Kollegen, der sich auch in Resolutionen zahlreicher Betriebsräte und Gewerkschaftsgremien niederschlägt, die KJA-Demonstration zu einer Demonstration aller Arbeiter zu machen, übergeht ihr mit Stillschweigen.

In Hamburg muß konkret dem Manöver der Saalfeld und Co. begegnet werden, durch das Ansetzen einer Jugenddemonstration die Front für eine Demonstration aller klassenbewußten Kollegen zu spalten.

Statt dafür etwas zu tun und so den Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse aufzunehmen, zieht ihr Euch auf Eure ersatz-"gewerkschaftliche" Demonstration zurück.

2. Ihr schreibt weiter, daß die DGB-Spitze mit der Genehmigung einer Jugenddemonstration von ihrer eigenen Untätigkeit ablenken will. Wir meinen, daß ihr mit dieser Aussage davon ablenkt, daß es zum Beruf der SPD-Gewerkschaftsführer gehört, im Klassenkampf nicht an der Seite der Arbeiter zu stehen, sondern den Kampf der Arbeiterklasse abzuwürgen. Der DGB-Führung geht es um mehr als nur "abzulenken". Ihr geht es darum, jüngere und ältere Kollegen zu spalten! Diesem Spaltungsversuch müssen wir entschieden entgegentreten! Ihr aber schreibt: "An sich (?) ist es selbstverständlich nichts schlechtes, wenn die DGB-Führung dazu gezwungen werden kann, wenigstens im Jugendbereich eine Demonstration durch die Hintertür zu gestatten". Das ist starker Tobak! Es ist also nichts schlechtes, wenn die Arbeiterjugend für sich demonstrieren soll?

Diese seltsame Würdigung eines Spaltungsversuchs entspringt aber genau eurer Vorstellung, daß es wegen der "gegenwärtigen Schwäche der Arbeiterbewegung" in den Gewerkschaften hauptsächlich darauf ankomme, diese oder jene Genehmigung herauszufischen. Das hat zwar viel mit Gewerkschaftslegalismus, aber nichts mit dem Standpunkt der Arbeiterklasse zu tun. Ebenso ist es mit eurem Argument, daß nicht der (einflußlose) KJA, sondern die (mächtige) DGB-Führung zur Maidemonstration aufrufen müsse. Solange diese Forderung nicht erfüllt sei, müsse der KB halt seine eigene Demonstration durchführen.

Ihr seid es offenbar so sehr gewohnt, nach "oben" zu starren, daß ihr gar nicht mehr merkt, was um euch herum los ist. Ihr seht nur noch die mächtige Bourgeoisie und den ohnmächtigen KB. Daß die Kommunisten sich auf die Massen stützen, ist euch ein papierener Lehrsatz.

Was ist denn politisch entscheidend? Der Wille in der Arbeiterschaft, eine gewerkschaftliche Maidemonstration durchzuführen oder ein offizieller Aufruf der DGB-Spitze (der die Forderungen der Arbeiterklasse genausowenig beinhalten würde wie der Aufruf des reformistischen KJA)? Selbstverständlich ersteres. Deshalb kommt es an diesem 1. Mai in Hamburg darauf an, diesen Willen in der Arbeiterschaft zum Ausdruck zu bringen. Auch wenn und gerade weil die sozialdemokratischen DGB-Führer meinen, den Gewerkschaftern stehe es besser an, ihre Sonntagsreden über Mitbestimmung und sonstige Scheinreformen zu beklatschen.

3. Wenn Ihr für den KB meint, der frühe Demonstrationsbeginn und die schlechte Route würde die Kollegen von der Demonstration abhalten können, spricht das eher dafür, daß ihr gar nicht seht, worauf es politisch ankommt. An diesem 1. Mai gilt es in Hamburg, die innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen des letzten Jahres mit der Aufgabe zu verbinden, eine kämpferische Maidemonstration aller klassenbewußten Arbeiter durchzusetzen. Mit eurer "eigenen" Demonstration stellt ihr euch außerhalb dieser Auseinandersetzung.

Die Grundlage für diesen Fehler sind eure falschen Standpunkte zur Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften und zum Charakter des 1. Mai. In den Gewerkschaften treten die Kommunisten nicht einfach für mehr Demokratie, mehr Genehmigungen, offizielle Maiauftrufe usw. ein. Sie sind eben nicht einfach "oppositionelle Gewerkschafter".

Auch in der Gewerkschaftsarbeit muß es für die Kommunisten darum gehen, den konsequenten Kampf gegen das Kapital und für den Sozialismus zu propagieren. Unter dieser Stoßrichtung müssen sie zum 1. Mai alle Gewerkschafter unterstützen, die für eine gewerkschaftliche Maidemonstration eintreten. Denn darin drückt sich das Streben nach Klasseneinheit aus, das in der Arbeiterschaft mehr und mehr anwächst.

Insbesondere am 1. Mai betonen die Kommunisten die Notwendigkeit dieser Klasseneinheit und sie kämpfen darum, sie herzustellen. Sie sind aber nicht enttäuscht, wenn die DGB-Spitze dazu nichts beiträgt. Denn sie wissen, daß die Sozialdemokraten nicht die Interessen der Arbeiterklasse vertreten. Ihr aber -obwohl ihr euch Kommunisten nennt- verhaltet euch diffus-"gewerkschaftsoppositionell" und klagt: "Schon wieder keine gewerkschaftliche Maidemo!"

Der 1. Mai ist eben nicht irgendein Kampftag. Er ist weder ein nur-gewerkschaftlicher Kampftag, noch ein Kampftag für demokratische Abwehrforderungen (wie ihr offenbar meint). Der 1. Mai ist Kampftag der Arbeiterklasse gegen Ausbeutung und Unterdrückung und von daher mit der kommunistischen Bewegung untrennbar verbunden.

Die kommunistische Bewegung wird auch in der Gewerkschaftsbewegung immer stärker, weil die Kommunisten konsequent für die Interessen der Arbeiterklasse eintreten - im Gegensatz zur Sozialdemokratie, die den gewerkschaftlichen Kampf der Arbeiter gegen das Kapital mit allen Mitteln abzuwürgen versucht.

Momentan gelingt ihr das auch noch weitgehend. Aber je stärker die kommunistische Bewegung in den Gewerkschaften wird, desto weniger werden die SPD-Gewerkschaftsführer den Klassenkampf der Arbeiter verhindern können.

Der KB allerdings drückt sich vor der Aufgabe, die Vereinigung von kommunistischer und Gewerkschaftsbewegung voranzutreiben.

Er wird mit seiner eigenen Demonstration an diesem

1. Mai nicht die wachsende Kampfeinheit der Arbeiterklasse feiern, sondern seine eigene Schwäche.

Die von Euch für den 1. Mai angekündigte eigene Demonstration ist ein völlig zirkelborniertes Vorhaben. Solltet ihr doch noch in der Lage sein, dieses Vorhaben zumindest in Frage zu stellen, sind wir jederzeit zu Gesprächen über ein gemeinsames Vorgehen auf der Demonstration des KJA bereit.

Leitung der KG Hamburg

DKP

An die Teilnehmer der KB Demonstration am 1. Mai 73 Wofür demonstriert ihr ?

Warum demonstriert Ihr jetzt ?

Die Demonstration der Gewerkschaften fand heute morgen statt.

Aufgerufen hatte dazu der Kreisjugendausschuss des DGB.

Die große Funktionärskonferenz der IGM,

die Ortsverwaltung der Postgewerkschaft,

die Mitgliederversammlung der Journali-

stenunion, viele Betriebsjugendvertretun-

gen, mehrere Vertrauensleutkörper und

Betriebsräte haben diesen Aufruf der Ge-

werkschaftsjugend unterstützt und die Ham-

burger Arbeiter und Angestellten aufgefor-

dert an der Demonstration teilzunehmen. Die-

se Körperschaften vertreten fast die Hälfte der in Hamburg im DGB organisierten Kollegen. Jedoch wurde die Demonstration von den Einzelgewerkschaften und vom DGB nicht genügend vorbereitet. Vielfach blieb es nur bei den Beschlüssen.

Frage: Was tat der KB?

Er diffamierte diese Demonstration. Nach Meinung des KB handelt es sich "keineswegs um eine gewerkschaftliche Demonstration". Er erklärte ferner, daß er sich an dieser Demonstration auch nicht einfach anhängen werde, "weil das der Forderung nach einer wirklichen gewerkschaften Demonstration mit breiter Mobilisierung nicht dienen würde".

Genartige Logik haben die Führer des KB. Angeblich haben sie folgende "prinzipielle Haltung": Beteiligung an gewerkschaftliche Demonstrationen zum 1. Mai, soweit solche stattfinden, andererseits selbständige Demonstrationen.

Wir halten diese Haltung für falsch, wie überhaupt die Existenz des KB. Interessant ist, was die Führer aus dieser, ihrer "prinzipiellen Haltung" selber machen.

Die Erfahrungen aus den politischen und ökonomischen Kämpfen der Arbeiterklasse in unserem Lande unterstreicht, wie notwendig starke, einheitliche Gewerkschaften sind, die sich konsequent für die Interessen der Ausgebeuteten einsetzen.

Die Unternehmerverbände, die CDU verstärken ihre Angriffe gegen die Gewerkschaften rechte sozialdemokratische Führer und führende Gewerkschaftsfunktionäre versuchen, die Aktivitäten der Gewerkschaften zu bremsen, wichtige gewerkschaftliche Positionen der offiziellen Regierungspolitik unterzuordnen.

Andere versuchen in der gleichen Zeit die Gewerkschaften zu spalten. Was wollt Ihr?

Glaubt Ihr das diese Demonstration, Eure Teilnahme daran, der Stärkung und der Ein-

heit der Arbeiterklasse dient?

Eure Haltung dient objek-

tiv - selbst dann, wenn Ihr es nicht wollt - der Spaltung und Schwächung der Arbeiterklasse. Die Argumente des KB sind fadenscheinig.

Ja, auch wir wären für eine bessere Marschstrecke für die gewerkschaftliche Demonstration gewesen, auch wir sind - und wirken dafür - für große, den Bedingungen des Kampfes entsprechende Kundgebungen der Gewerkschaften. Und das nicht nur zum 1. Mai.

Die Argumente "menschenleere Straßen", die Demonstration ist zu "früh", sind fadenscheinig. Wer, wo und mit wem demonstriert, ist eine prinzipielle Entscheidung. Ob mit oder gegen die Gewerkschaften. Das ist die Frage. Im übrigen: Arbeiter und Angestellte sind gewöhnt früh aufzustehen. Die Verfasser von KB-Flugblättern offensichtlich nicht.

0
—
000

Stellungnahme des DKP-Präsidiums:

Stärkt die Einheitsgewerkschaft im Kampf für die Arbeiterinteressen gegen alle Spaltungsversuche!

Abgrenzung von rechten und linken Opportunisten

Das Präsidium der DKP unterstreicht angesichts der verschärften Angriffe des Großkapitals auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter und Angestellten die Notwendigkeit, die Gewerkschaften als an den Klasseninteressen der arbeitenden Menschen orientierte Kampforganisation zu stärken. Die DKP sieht in der Einheitsgewerkschaft eine bedeutende Errungenschaft der Arbeiterbewegung.

Starke Gewerkschaften sind für die erfolgreiche Vertretung der sozialen und politischen Forderungen der arbeitenden Menschen notwendig. Die Mitglieder der DKP sind aktive Gewerkschafter und setzen sich immer und überall für die Stärkung der Gewerkschaften ein. Kommunisten wirken aktiv für die Durchsetzung der an den Klasseninteressen orientierten Beschlüssen der Gewerkschaften. Sie sind stets bemüht, das Zusammenwirken von kommunistischen, sozialdemokratischen, christlichen und parteilosen Arbeitervetretern zu fördern.

In einer Situation der verschärften Klassenausbeutungen hängt die Stärkung der Gewerkschaften entscheidend davon ab, daß sie wirksam für die Wahrnehmung der Tagesforderungen der arbeitenden Menschen eintreten und sich bemühen, im Interesse der Arbeiterklasse Einfluß auf die staatliche, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung zu erlangen.

Die Bedingungen für Erfolge

Erfolgreiche Gewerkschaftspolitik ist nur möglich, wenn die Versuche der Unterordnung der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen unter das monopolkapitalistische System zurückgewiesen werden, wenn alle Versuche, die Interessen der Arbeiter den Interessen des Monopolkapitals unterzuordnen, auf Widerstand stoßen, wenn die solidarischen Aktionen der Arbeiter und Angestellten für die Durchsetzung ihrer sozialen und demokratischen Forderungen gefördert werden. Zugleich unterstreichen wir:

Das Ansehen der Gewerkschaften und ihre Glaubwürdigkeit in der Arbeiterschaft erfordern auch die Überwindung von Widersprüchen

und Inkonsistenzen. Wenn die Gewerkschaften konkrete, aktuelle, für die Masse der Arbeiter und Angestellten verständliche Forderungen aufstellen und für ihre Verwirklichung mit der ganzen gewerkschaftlichen Kraft konsequent eintreten, wenn sie dabei zugleich die innergewerkschaftliche Demokratie entfalten, werden sie die Angriffe des Großkapitals erfolgreich zurückweisen und zugleich ihre Kampfkraft stärken. Von diesen prinzipiellen Positionen läßt sich die DKP, lassen sich alle Mitglieder unserer Partei in ihrer gewerkschaftlichen Arbeit im Interesse der Stärkung der Gewerkschaften und der Position der Arbeiterklasse leiten.

Von diesen grundsätzlichen Positionen aus weist die DKP die Angriffe des Großkapitals, der CDU/CSU auf die Einheit der Gewerkschaften zurück, verurteilt sie alle Versuche, die gewerkschaftliche Aktivität durch Drohungen, durch Hetze und Lügen in der großbürgerlichen Presse zu lähmen und zu schwächen. Die DKP wendet sich gegen die Versuche der rechten sozialdemokratischen Führer, die gewerkschaftlichen Forderungen im Interesse der arbeitenden Menschen dem Profit- und Machtstreben des Großkapitals unterzuordnen.

Die DKP verurteilt entschieden die spalterischen Anschläge jener Kräfte, die mit Bildung der sogenannten „Revolutionären Gewerkschaftsopposition“ und anderer Aktivitäten auf Spaltung und Schwächung der Gewerkschaften hinarbeiten und damit den Interessen des Großkapitals dienen. Wer wie die sogenannte „RGO“ angesichts der immer schärferen Angriffe des Großkapitals auf die Rechte der Arbeiterklasse auf Spaltung und Schwächung der Gewerkschaften aus ist, steht außerhalb der Positionen der Gewerkschaften und der Arbeiterklasse überhaupt und arbei-

tet den reaktionären Kräften in die Hände.

Wer angesichts der sich verschärfenden Klassenkämpfe, der wachsenden Aktivität und Kampfbereitschaft der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben auf Spaltung und Schwächung der Gewerkschaften hinarbeitet, besorgt die Geschäfte der reaktionärsten Arbeiter- und Demokratiefeinde. Der leitet Wasser auf die Mühlen jener rechtsoportunistischen Kräfte, die die Interessen der Arbeiterklasse denen des Monopolkapitals unterordnen, besorgt die Geschäfte der ultrareaktionären, antikommunistischen Rechtskräfte, die mit antisowjetischer Hetze Frieden, Sicherheit und gesellschaftlichen Fortschritt blockieren wollen.

Eindeutige Distanzierung

Die DKP distanziert sich eindeutig und klar von allen linkssektiererischen Gruppierungen wie der sogenannten „RGO“ und von anderen Gruppen, deren Politik und Praxis gegen die Gewerkschaften, gegen die Arbeiterinteressen gerichtet ist, und appelliert an die Arbeiter und Angestellten, sich von dem heuchlerischen und scheinrevolutionären Gerede nicht irreführen zu lassen. Wir wenden uns an die jugendlichen Anhänger dieser scheinrevolutionären Gruppen, sich nicht für anti-gewerkschaftliche, arbeiterfeindliche Provokationen mißbrauchen zu lassen.

Was jetzt im Interesse der Arbeiterklasse und aller fortschrittlichen Kräfte nützt, ist die Entwicklung des gewerkschaftlichen Kampfes in Betrieben und Büros für höhere Löhne und Gehälter, für Mitbestimmung, gegen Preistreiberei und Mietwucher, für die Zurückdrängung der Macht der reichen Minderheit, für die Erweiterung der Rechte des arbeitenden Volkes.

Was jetzt nützt, ist die entschlossene Zurückweisung aller Versuche, die Kampfkraft der Gewerkschaften durch spalterisches Treiben zu schwächen und der Strategie der Konzerne und des Großkapitals eine von den Arbeiterinteressen bestimmte Gewerkschaftspolitik entgegenzusetzen.

KRITIK DER GRUPPE SEELEUTE (1)

Prinzipiell befürwortet die Gruppe Seeleute eine gewerkschaftliche Demonstration zum 1. Mai mit einer Mobilisierung auf breiter Basis und eine hierfür notwendige Zusammenarbeit und Auseinandersetzung mit anderen dafür in Frage kommenden Organisationen und gewerkschaftlichen Gruppen.

Ein Teil der Gruppe Seeleute hat schon im Jahre 1971, zu einem Zeitpunkt, wo er noch in der DKP organisiert war, diesen Standpunkt vertreten und versucht, in die Praxis umzusetzen. Ausgehend von der Notwendigkeit, die blockierenden Maßnahmen seitens der DGB-Führung zu durchkreuzen, hatte sich die Gruppe Seeleute seinerzeit in scharfem Widerspruch zur opportunistischen Politik der führenden Kräfte im Landessekretariat und Landesvorstand der DKP Hamburg begeben und die Weichen für eine folgende Auseinandersetzung gestellt.

In der Frage der Beurteilung der klassenversöhnlerischen Politik der DGB-Führung stellt die diesjährige Praxis des KB eine Umstülpung zur opportunistischen Praxis der DKP dar. Wir wollen kurz erläutern warum:

Für die DKP ist die auf Klassenversöhnung und Spaltung der Arbeiterbewegung abzielende Politik der DGB-Führung ein Anlaß, sich dieser anzupassen, d. h. gewerkschaftliche Einheit der Arbeiter als Einheit mit der bürgerlichen Politik der Gewerkschaftsführung zu interpretieren. Dies ist eine rechtsopportunistische Form der Unterordnung unter die bürgerliche Politik der DGB-Führung.

Für den KB war die auf Klassenversöhnung und Spaltung abzielende Politik der DGB-Führung ein Anlaß, dem wachsenden Willen eines Teils der Hamburger Arbeiter zur Durchführung einer gemeinsamen Aktion zum 1. Mai zu ignorieren und sich schmollend in die Ecke einer eigenen Demonstration zurückzuziehen. Dies ist eine linksopportunistische Form der Unterordnung unter die bürgerliche Politik der DGB-Führung.

Die Stellungnahme zu einer gemeinsamen Demonstration der Hamburger Arbeiter zum 1. Mai kann nicht so lauten: Warum führt die DGB-Führung keine breite Mobilisierung zum 1. Mai durch, sondern: was können wir tun, um das zu erreichen, was von den Gewerkschaftsführern illusionärerweise erwartet wird. Wie können die fortschrittlichen Kollegen Hamburgs dahinterkommen, die Organisation einer Demonstration zum 1. Mai selbst in die Hand zu nehmen?

Sowohl die Teilnehmerzahl als auch ein Teil der mitgetragenen Losungen der Demonstration vom Gewerkschaftshaus zur Moorweide hat die Prognose der Leitung des KB widerlegt, daß es in dieser Aktion sich um ein Paßstück zur Saalfete im Congress-Centrum handeln würde. Die Kritik an der Praxis der DGB-Führung und des reformistischen KJA enthebt die Kommunisten nicht von ihrer Verpflichtung der entschiedensten, immer weitertreibende Teil in der Arbeiterbewegung zu sein, anstatt per eigener Demonstration in "Stellvertreterfunktion" in Erscheinung zu treten.

Die diesjährige Linie des KB hat nichts dazu beigetragen, den reformistischen Einfluß in den Gewerkschaften zurückzudrängen, war kapitulantenhaft in ihrer Haltung zur Politik der DGB-Führung und des KJA und hat gezeigt, daß eine Reihe von Genossen in der Gewerkschaftsfrage noch einiges aufzuarbeiten haben. Die Gruppe Seeleute hält eine Selbstkritik der Leitung für notwendig.

Zur Untermauerung der Kritik der Zelle See an der Linie des KB zum 1. Mai 1973 in den Fragen des Kapitulantentums vor der Politik der DGB-Führung und der Ignoranz des wachsenden Willens eines Teils der Hamburger Arbeiter zur Durchführung einer gewerkschaftlichen Demonstration am 1. Mai

Zu Differenzen in der Beurteilung der Rolle der Gewerkschaftsführung

"Wir haben in der Vergangenheit immer wieder betont, daß wir breite gewerkschaftliche Demonstrationen begrüßen und uns dann, wenn solche Demonstrationen zum 1. Mai stattfinden, daran beteiligen werden. Es ergibt sich die Frage, ob es sich bei der vom KJA geplanten Demonstration um eine solche handelt. Bei näherem Hinsehen kommt man zu dem Schluß, daß dies nicht der Fall ist.

Hätte die Gewerkschaftsführung in Hamburg wirklich die Absicht, eine gewerkschaftliche Demonstration durchzuführen, würde sie die Sache selbst in die Hand nehmen. Vielmehr wird es auch von Seiten des KJA zu keiner nennenswerten Mobilisierung kommen, zumal es sich hier um ein völlig einflußloses gewerkschaftliches Gremium handelt". (Erster Rundbrief Anfang April)

Die Gruppe Seeleute geht davon aus, daß zwar zentral geführte und einheitliche Gewerkschaftsapparate existieren, jedoch der Inhalt dieser Einheit nicht die Kampfkraft der Arbeiterklasse gegen das Kapital ist, sondern die versuchte Festlegung der Arbeiterklasse auf eine systemerhaltende Politik innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft. Ausgehend von dieser Einschätzung halten wir es für grundsätzlich falsch, wenn in der gegenwärtigen Klassenkampfsituation die Wahrscheinlichkeit der Realisierung einer "breiten gewerkschaftlichen Demonstration" abhängig gemacht wird von der Initiative der Gewerkschaftsführung. Auf dem Boden dieser Logik ist es allerdings folgerichtig, von "keiner nennenswerten Mobilisierung" deshalb zu sprechen, da statt der "einflußreichen Gewerkschaftsführung" nur der "einflußlose KJA" in Wirkung tritt.

Metaphysische Einschätzung der vom KJA propagierten Demonstration

"Für die Pläne des DGB in Hamburg in diesem Jahr ist festzuhalten, daß es sich aller Voraussicht nach nicht um eine gewerkschaftliche Demonstration handelt, sondern im Gegenteil gerade um ein Manöver, mit dem eine wirkliche breite gewerkschaftliche Demonstration verhindert werden soll." (AK 27)

"Dieses Gremium (KJA) wird von den Gewerkschaftsführern nur benutzt, um einerseits potentielle Demonstranten von einer Mai-Demonstration, die diesen Namen verdient, fernzuhalten, und zum andern, um die Aktivitäten für eine Mai-Demonstration möglichst gering zu halten." (Rundbrief Anfang April)

Die Einschätzung der vom KJA propagierten Demonstration wird dadurch metaphysisch, daß ihre Bedeutung einseitig mit den Plänen der DGB-Führung identifiziert wird, der wachsende Wille eines Teils der Hamburger Arbeiter zur proletarischen Aktion in der Einschätzung in den Hintergrund tritt zugunsten der bürgerlichen Reaktion der Gewerkschaftsführung. Der wachsende Wille, nach dem einige Genossen gefragt haben, "wo der denn in Erscheinung getreten wäre", kommt schon darin zum Ausdruck, daß sich die DGB-Führung gezwungen sieht, ein Spaltungsmanöver gegen "potentielle Demonstranten" zu organisieren, daß sich, wie im AK 27 gesagt wird, das "Druckventil" öffnen muß.

Was nicht berücksichtigt wird, ist, daß die Ursachen, welche die DGB-Führung veranlassen, integrierende Maßnahmen zu ergreifen, zugleich die Möglichkeit in sich bergen, diese Maßnahmen zu sprengen.

Die Notwendigkeit der Durchführung einer eigenen Demonstration und die Nichtteilnahme an der vom KJA propagierten Demonstration mit dem Spaltungsmanöver der DGB-Führung zu begründen, ist in der Einschätzung deshalb metaphysisch und in seiner praktischen Bedeutung opportunistisch, weil hierbei die Kampfkraft der Arbeiter, die sich unter anderem in dem reaktionären Manöver der DGB-Führung ausdrückt, nicht mehr berücksichtigt wird und stattdessen nur noch die Pläne der Gewerkschaftsführung hervorgestrichen werden. Diese Haltung bezeichnen wir als Ignoranz, Sie kommt auch darin zum Ausdruck, daß, soweit unsere Kenntnis reicht, in keiner einzigen Publikation unserer Organisation zum Beispiel die Entschließungen der IGM-Vertrauensleute oder des GHBG-Betriebsrats eine Erwähnung finden (im Gegensatz zu den SALZ-Publikationen des Jahres 1971).

Der Verzicht, die Pläne der DGB-Führung zu durchkreuzen

Die Aufgaben der Kommunisten ist es, der immer weiter-

treibende Teil in der Bewegung zu sein. Demnach muß die Tatsache, daß die Gewerkschaftsführung gezwungen ist, Teilzugeständnisse zu machen, bildlich ausgedrückt, neue Dämme zu errichten, da die alten brüchig geworden sind, entschieden im Interesse der Arbeiter genutzt und den Agenten der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung keine freie Hand gelassen werden.

Die Richtigkeit dieser Taktik hat die Zelle See in ihrer eigenen Praxis in der Vergangenheit an mehreren Beispielen erfahren und gehört zu ihren wertvollsten praktischen Erkenntnissen. Wir erwähnen das deshalb an dieser Stelle, weil es einige Genossen zu geben scheint, die unsere Kritik allzu gerne als Produkt der Anfälligkeit gegenüber "SSG-Tiraden" umbiegen möchten.

Es genügt einfach nicht, das Abwieglermanöver der DGB-Führung in der Agitation und Propaganda zu entlarven, sondern es mußte auch in der organisatorischen Durchführung vereitelt werden. Die Losung jedoch: "Durchführung einer KB-Demonstration, aber auch nicht Demobilisierung der KJA-Demonstration" lief objektiv darauf hinaus, die Klassenversöhnler gewähren zu lassen, statt die vom KJA propagierte Demonstration zu einer Aktion zu machen, die die Etikettierung "KJA" gar nicht mehr berechtigt.

Diese Begründung ist von Vertretern der Zelle See auf der erwähnten LG-Sitzung Anfang Mai inhaltlich gegeben worden, indem sie geäußert haben, daß "das Kapitulanten-tum der KB-Linie zum 1. Mai darin bestanden hat, zu der vom KJA propagierten Demonstration keinen Beitrag geleistet zu haben, ihr den notwendigen proletarischen Stempel zu verleihen". Die Darstellung im Rundbrief von Mitte Mai, daß "die Gen. Seeleute zu Vorwürfen kommen, die sie mit keinem Argument belegen können und deshalb wohl auch nicht erst den Versuch einer Beweisführung antreten", entspricht nicht der Wahrheit.

Widersprüchliche Einschätzung der vom KJA propagierten Demonstration führt zu entsprechenden Handlungsanweisungen

"An sich ist es selbstverständlich nichts Schlechtes, wenn die DGB-Führung dazu gezwungen werden kann, wenigstens im Jugendbereich eine Demonstration durch die Hintertür zu gestatten. Andererseits würden wir es für einen Fehler halten, uns an diese Demonstration einfach anzuhängen, weil das der Forderung nach einer wirklichen gewerkschaftlichen Demonstration mit breiter Mobilisierung nicht dienen würde". (AK 27)

"Schließlich sei noch bemerkt, daß die Entscheidung, nicht auf eine selbstständige Demonstration zum diesjährigen 1. Mai zu verzichten, nicht heißen kann, daß wir deshalb den Standpunkt vertreten, die beiden Demonstrationen seien sich ausschließende Alternativen ... Deshalb kann es auch nicht Aufgabe unserer Genossen sein, die in den Betrieben oder im Stadtteil mit den Kollegen diskutieren, bezüglich der KJA-Demonstration zu demobilisieren. Es ist nur so, daß die KJA-Demonstration aufgrund der Absichten ihrer Initiatoren

und des geplanten Ablaufs eine Demonstration des KB nicht überflüssig macht, sondern eine solche geradezu erfordert."

(Erster Rundbrief Anfang April)

In diesen Zitaten kommt das ganze Ausmaß an Verwirrung in der Einschätzung der vom KJA propagierten Demonstration besonders plastisch zum Ausdruck. Nicht, daß immerhin durch die Hintertür eine Jugenddemonstration noch zustande gekommen ist, ist selbstverständlich nichts Schlechtes, sondern die Tatsache, daß die Gewerkschaftsführung bedingt durch die sich entwickelnde Kraft der Klasse gezwungen ist, Teilzugeständnisse zu machen, was genutzt werden kann und muß, um die Pläne der Gewerkschaftsführung zu durchkreuzen - wobei die proletarische Linie dem Teilzugeständnis an sich, das ein Spaltungsmanöver darstellt, unversöhnlich gegenübersteht, nicht aber jedoch wie AK 27 nach dem Motto "lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach" ihm noch eine relativ positive Wertung zukommen läßt.

Diejenigen Genossen, die in dem Manöver der DGB-Führung nicht mehr die Kraft der Klasse berücksichtigen, nur die eine Seite des Widerspruchs sehen, die Bedeutung der vom KJA propagierten Demonstration nur mit den Plänen der DGB-Führung charakterisieren, von den abwieglerischen Absichten ihrer "Initiatoren" (!) sprechen, d. h. die Initiative nur im bürgerlichen Lager sehen, diese Genossen kommen dazu, das von ihnen lang und schlapp kritisierte Spaltungsmanöver dennoch als Teilerfolg zu akzeptieren, der nicht demobilisiert werden soll, der aber eine KB-Initiative zur "Ergänzung" erfordert, kommen dazu, von "nicht zwei sich ausschließenden Alternativen" zu reden. Besser kann man ein Zurückweichen vor der Politik der Gewerkschaftsführung gar nicht artikulieren, denn in der Tat mußte dem Spaltungsmanöver der DGB-Führung alternativ begegnet werden, mußte es durch die Mobilisierung der Arbeiter unter fortschrittlichen Losungen demobilisiert werden, konnte es nicht als durch die Hintertür erreichter Teilerfolg gewertet werden.

Bezeichnend ist, daß im AK 27 keine andere Art der Beteiligung für unsere Organisation gesehen wird als die des "Sichanhängens" kein Wort verloren wird über die Möglichkeit des Veränderns. Diese Einstellung ist allerdings logisch, wenn, wie es im ersten Rundbrief heißt: "wir breite gewerkschaftliche Demonstrationen begrüßen und uns dann, wenn solche Demonstrationen zum 1. Mai stattfinden, daran beteiligen werden" (Herv. v. d. Verf.), d. h. unsere Beteiligung erst beim "Stattdfinden" und nicht schon beim Zustandekommen erwächst.

Die von der widersprüchlichen Einschätzung der vom KJA propagierten Demonstration abgeleitete Handlungsanweisung "Mobilisieren für KB-Demonstration heißt nicht demobilisieren der KJA-Demonstration" war ein liberalistischer Winkelzug, der die in den Gewerkschaften arbeitenden Genossen objektiv zu einem Eiertanz verurteilte, denn: Diejenigen fortschrittlichen Kollegen, die willens waren, die KJA-Demonstration zu einer Demonstration der Hamburger Arbeiter zu machen, erwarteten von den Genossen ein bißchen mehr als daß diese "nicht

demobilisieren², sondern daß diese die Hauptstoßrichtung ihrer Arbeit einsetzten, die Pläne der DGB-Führung zu durchkreuzen.

ZUR KRITIK DER GRUPPE SEELEUTE

Wenn wir zum 1. Mai zu einer Demonstration aufrufen, dann aus dem Grunde, um die zur Zeit wichtigsten Forderungen der Arbeiterklasse zu propagieren; so lauteten die diesjährigen Parolen:

- Gegen die schrittweise Faschisierung und Militarisierung von Staat und Gesellschaft
- Gegen die Angriffe der Kapitalisten auf die Lebensbedingungen der Werktätigen
- Weg mit dem KPD-Verbot - Schluß mit Verbotsdrohungen gegen kommunistische Organisationen
- Schluß mit der Jagd auf Kommunisten, fortschrittliche Sozialdemokraten und Gewerkschafter

Diese Parolen entsprechen unserer Einschätzung der Entwicklung von Staat und Gesellschaft, kennzeichnen das Verhältnis zwischen den Klassen und weisen auf die Richtung stattfindender und kommender Kämpfe der Arbeiterklasse hin. Alle Parolen stützen sich auf eine ausführliche Auseinandersetzung in unserer Agitation und Propaganda. Unsere Aufgabe zum 1. Mai war es nun, alle Kräfte aufzuwenden, diese Forderungen gezielt und wirkungsvoll (politische Wirkung auf das Bewußtsein der Massen) in die Bevölkerung zu tragen.

Erst nach der grundsätzlichen Klärung unserer Aufgaben zum 1. Mai können wir die Frage nach ihrer Durchsetzung stellen, die Möglichkeiten von Aktionseinheiten, Bündnissen etc. erwägen. So stellt sich immer wieder die Frage, ob wir unseren Aufruf anderer politischer Gruppen oder gewerkschaftlicher Organisationen anschließen sollen. Bei der Beantwortung dieser Frage müssen wir immer vom Inhalt, vom Wesen dieser Aktionen ausgehen und nie die Form in den Vordergrund stellen (Teilnehmerzahl, Ort, Zeit).

Die KJA-Demonstration hatte objektiv die Natur der spalterischen Politik des DGB. Unter den Parolen: mitdenken - mitbestimmen - mitverantworten wurden die jungen "Dauerdemonstranten" (so die Gewerkschaftsführung) von der Masse der Kollegen isoliert, indem sie auf Laß-Dampf-ab-Route durch die Stadt geschickt wurden. Sich dieser Demonstration anzuschließen, würde bedeuten: das Herabdrücken kommunistischer Politik auf gewerkschaftsoppositionelle Ebene. Wir hätten die Illusion genährt, daß die DGB-Führung mit wachsendem Druck und wachsender Kritik von der Basis schon mal unsere Interessen vertreten würde.

Betriebszelle Beiersdorf Werk I

Der Tatsache, daß viele Kollegen zur Demonstration des KJA erschienen und auch Kritik an der Gewerkschaftsführung laut wurde, trugen wir Rechnung durch das Einwirken unserer Agitation und Propaganda auf der Demonstration; damit brachten wir zum Ausdruck, daß es wenig politischen Nutzen hat, Teilnehmer einer Demonstration in der Akti zu uns herüberzuziehen zu wollen. Arbeiter, die dieses Jahr zur KJA-Demonstration gingen, hielten wir nicht davon ab, sondern diskutierten politisch mit ihnen in die Tiefe, damit sie vielleicht nächstes Jahr unter den fortschrittlichen Forderungen der Arbeiterklasse marschieren. Die Aufgabe der Kommunisten lautet auch zum 1. Mai: Bewußtes Element stärken! und nicht nur einfach: dahin, wo die "Massen" sind! (angeblich; siehe Seeleute-Kritik).

Ihr geht zwar auch aus von der Tatsache, daß das Vorgehen der DGB-Führung zum 1. Mai Ausdruck und Fortsetzung ihrer klassenversöhnlerischen und spalterischen Politik ist, schließt aber daraus: "Was können wir tun, um das zu erreichen, was von den Gewerkschaftsführern illusionärerweise erwartet wird."

Meint ihr damit, daß die Gewerkschaftsführung mit der KJA-Demonstration erreichen will, daß möglichst viele Kritiker sich unter ihrer Fahne vereinen, um sich ein linkes Aushängeschild zuzulegen, oder welche Illusionen heggt die Gewerkschaftsführung?

Gerade an ihrem Vorgehen zum 1. Mai zeigt sich doch, daß sie über eine sehr genaue Einschätzung der Stärke der innergewerkschaftlichen Opposition verfügt.

Ihr meint, mit eurem Vorschlag, den goldenen Mittelweg gefunden zu haben, dieser ist aber nichts weiter als der Versuch, die kommunistischen und fortschrittlichen Arbeiter aufzurufen, diese KJA-Demonstration "umzufunktionieren": d.h. massenhaft erscheinen, um die fortschrittlichen Parolen "durchzusetzen" zu versuchen ("... wie können die fortschrittlichen Kollegen Hamburgs dahinkommen, die Organisation einer Demonstration zum 1. Mai selbst in die Hand zu nehmen"), um "den reformistischen Einfluß in den Gewerkschaften zurückzudrängen". Man muß an dieser Stelle feststellen, daß nicht die Gewerkschaftsführung, sondern ihr Illusionen aufgesessen seid, nämlich der Illusion, in einer Aktion der DGB-Führung ihren Einfluß in der Arbeiterklasse wesentlich zurückzudrängen zu können und nicht ständig durch unsere Politik in Betrieb und Gewerkschaft diese ärgsten Feinde innerhalb der Arbeiterbewegung zu entlar-

Wie Schmierers Epigonen China "verteidigen"

Im UW 18 mußten wir uns mit einem Versuch des Heidelberger NRF auseinandersetzen, den Kampf zweier Linien in der KP Chinas mit Hilfe antikommunistischer "China-Experten" und trotzkistischer Provokateure zu "erklären".

Es konnte nicht ausbleiben, daß nach längerer Bedenkzeit auch die Hamburger Sozialistische Studentengemeinde (SSG) - örtliche Filiale des Zirkelblocks NRF/KBB - in ihrer "Roten Presse" (Ausgabe vom 4. 4.) ihren Senf dazu geben würde.

Zwar hat die SSG sich mangels eigener politischer Potenz bisher weitgehend auf das Hochjubeln, Nachbeten, Umformulieren und Breittreten von Standpunkten der Heidelberger und Bremer Theoretiker beschränkt. Mitunter bringen die SSG-Schreiber aber durch aufmerksames "Vertiefen" falscher Standpunkte des NRF/KBB auch einige aparte eigene Eseleien hervor. So auch den genannten Artikel der "Roten Presse" zum Kampf zweier Linien in der KP Chinas.

Natürlich nimmt die SSG mit keinem Wort zu den von uns aufgezeigten Unsinnigkeiten und antikommunistischen Entstellungen im NRF-Artikel Stellung. Ein solches Vorgehen sind wir von den Zirkelblock-Demagogen schon gewohnt: den eigenen Dreck schnell unter den Teppich kehren, und dann aber "voll druf" gegen den KB. Eine Diskussion ist dadurch natürlich nahezu unmöglich, weil diese Leute auf Argumente gar nicht erst eingehen, sondern ihre entlarvten falschen Standpunkte stillschweigend durch neue Unsinnigkeiten und verstärkte Demagogie gegen den KB ersetzen.

Schon mit der Überschrift des Artikels in der "Roten Presse" beginnt die Demagogie der SSG. Die Überschrift lautet: "Zur Polemik des KB Nord gegen die KP China". Bei einer so gehaltvollen Überschrift kann eigentlich der folgende Artikel nur noch schmückendes Beiwerk sein. Der KB wagt es, eine "Polemik" gegen "die KP Chinas" zu führen - damit ist schon alles gesagt. Auf den Ketzer wartet der Scheiterhaufen.

In dem Artikel, den die SSG zu der Überschrift veröffentlicht, wird ausdrücklich konkretisiert, der KB habe "die Linie der KPCh in der Kulturrevolution" angegriffen. Um derartigen Unsinn zu behaupten, müssen die SSG-Demagogen zuerst einmal die Tatsache "vergessen", daß es in der Kulturrevolution ja gerade um den Kampf zweier Linien, nämlich der proletarischen und der bürgerlichen Linie ging. Die Sondernummer des NRF hieß ja deswegen auch zutreffend "Kampf zweier Linien in der KP Chinas".

Allenfalls könnte die SSG behaupten, daß wir eine bestimmte Linie innerhalb der KP Chinas angegriffen hätten, wobei diese bestimmte Linie ihrer Meinung nach die proletarische Linie gewesen sei. Das zu belegen dürfte ihnen wohl nicht ganz leicht fallen. Da sagt man lieber gleich: "Der KB geifert die KPCh an."

Haben denn nicht auch N. S. Chruschtschow und seine Nachfolger Angriffe gegen ihre revisionistische Politik stets als Angriffe gegen "die Sowjetunion" und gegen "die KPdSU" dargestellt? Na also, die Methode hat Tradition und sie ist bewährt!

Was dann folgt, ist ein neues anschauliches Beispiel für die Art und Weise, wie Zirkelblock-Demagogen mit unverschämtesten Fälschungen und Verleumdungen arbeiten, um ihren Kreuzzug gegen den KB "theoretisch" abzustützen. Wir dokumentieren diese Fälschungen, indem wir in einem Anhang unsere tatsächlichen Aussagen mit den Lügen konfrontieren, die in der "Roten Presse" vom 4. 4. über diese Aussagen verbreitet werden

Kurz zusammengefaßt geht es um folgendes: in der KAB-AZ Nr. 6 (Mai 1971!; die KAB-AZ war eine Vorläuferin von "Unser Weg") wird eine bestimmte Auseinandersetzung während der Kulturrevolution in der KP Chinas behandelt. Die KAB-AZ kritisierte dabei explizit gerade die falsche Gegenüberstellung von Revolution und Produktion, die in einer Anfangsphase der Kulturrevolution (Ende 1966/Anfang 1967) von einigen chinesischen Genossen gemacht wurde. Diese falsche Gegenüberstellung führte nämlich zur Konsequenz, daß die Roten Garden nicht in die Fabriken etc. gehen sollten, "damit die Produktion normal verläuft", und daß für die Fabriken etc. die "ursprünglichen Vorkehrungen" (d.h. eine frühere sozialistische Erziehungsbewegung) ausreichend seien, weil die Arbeiter nicht "die Produktion um der Revolution willen einstellen" könnten.

Der Artikel kritisierte also keineswegs die Parole einer Produktionssteigerung als solche - sondern in dem konkreten Zusammenhang, daß diese Parole von manchen Leuten dazu mißbraucht wurde, vom Kampf gegen die "Machthaber in der Partei, die den kapitalistischen Weg gehen" abzulenken, die Arbeiterklasse von der Kulturrevolution fernzuhalten, die Kulturrevolution als Vergnügen für Schüler und Studenten darzustellen ("die Fabriken und ländlichen Betriebe können sich keine Schulferien leisten") und die Arbeiterklasse ausschließlich auf Steigerung der Produktion zu orientieren.

An diese Ausführungen aus KAB-AZ 6 hängt nun die "Rote Presse" die irre Behauptung, die "KB-Schreiberlinge" wären der Meinung, "daß Förderung der Produktion generell zu verurteilen sei". Total bekloppt, aber nicht neu!!

Wir zitieren: "... Nach ihrer Logik ergibt sich, daß es Kommunismus ist, wenn das Volk in Bastschuhen geht und seine magere Kohlsuppe aus einer gemeinsamen Schüssel löffelt, wenn aber der werktätige Mensch gut lebt und morgen noch besser leben will, dies dann nahezu eine Restaurierung des Kapitalismus bedeutet!" Dieser Satz stammt aus einem Brief des ZK der KPdSU vom 4. Juli 63, nachgedruckt in der "Polemik", S. 627.

In der KP Chinas wurde um die Jahreswende 66/67 eine große Debatte um den Zusammenhang von Revolution und Produktion geführt. Die entsprechenden Ausführungen in KAB-AZ 6 beziehen sich gerade auf diese Debatte und geben Zitate wieder. In dieser Debatte setzte sich die Auffassung durch, daß die Bewegung der Kulturrevolution und der Roten Garde nur dann siegreich sein würde, wenn sie auf die Fabriken etc. ausgedehnt würde:

"Jedes Argument, das gegen die Ausdehnung der großen proletarischen Kulturrevolution auf die Fabriken, die Bergwerke und die ländlichen Gebiete vorgebracht wird, ist falsch.

Einige Wirtsköpfe setzen Revolution und Produktion einander entgegen. Sie glauben, wenn die große Kulturrevolution begonnen hat, werde sie die Produktion beeinträchtigen. Daher wollen sie sich nur mit der Produktion beschäftigen und nicht mit der Revolution. Diese Genossen haben folgendes Problem nicht durchdacht: Was ist der Zweck des Ackerbaus, der Weberei und der Stahlerzeugung? Soll damit der Sozialismus oder der Kapitalismus aufgebaut werden? Die Erfahrungen, die in der Geschichte mit der Diktatur des Proletariats gemacht wurden, zeigen, daß ein Fortschritt bei unserem wirtschaftlichen Aufbau auf dem Weg des Sozialismus und Kommunismus nur dann sichergestellt werden kann, wenn die große proletarische Kulturrevolution erfolgreich ist ... Revolution kann für die gesellschaftlichen Produktivkräfte nur förderlich und nicht hinderlich sein."

(aus: "Die große proletarische Kulturrevolution bis zu Ende führen", PEKING RUNDSCHAU 1/67; Wiedergabe eines Artikels der "Renmin Ribao"/Volkszeitung und der "Hongqi/Rote Fahne, d. h. der beiden wichtigsten chinesischen Zeitungen).

"Damit die große proletarische Kulturrevolution in den Industrie- und Bergbaubetrieben durchgeführt werden kann, muß man ernstlich kämpfen. Jene Handvoll von Leuten in der Partei, die Machtpositionen innehaben und den kapitalistischen Weg gehen und jene sehr wenigen Personen, die hartnäckig an der bürgerlichen reaktionären Linie festhalten, sprechen viel über Förderung der Produktion (!), aber in Wirklichkeit verwenden sie dies als einen Vorwand, um die Revolution zu unterdrücken. Ihr Gerede von der Förderung der Produktion ist eine Lüge, in der Tat wollen sie nur die Revolution abwürgen. Diese Leute fürchten sich nicht vor Produk-

tionsmißerfolgen, sondern davor, daß die Massen sie selbst revolutionieren wollen. Manche Arbeiter haben gesagt: 'Sie haben Angst vor den Massen, der Revolution, dem Verlust ihrer Stellungen. Das einzige, wovor sie keine Angst haben, ist ihr Versagen bei der Erfüllung des Produktionsplanes.' Diese Kritik trifft wirklich den Nagel auf den Kopf."

(aus: "Der Aufschwung der großen Kulturrevolution wird in Industrie- und Bergbaubetrieben begrüßt", PR 1/ 67; Wiedergabe eines Artikels der "Renmin Ribao".)

Es geht also nicht um die Frage, ob die Produktion gefördert werden soll, sondern in wessen Interesse und mit welcher gesellschaftlichen Perspektive produziert wird. Dieses an sich sehr einfache Problem scheint für die SSG-Demagogen schon "zu hoch", sodaß sie einfach herumlärmen, wir hätten uns gegen die Förderung der Produktion ausgesprochen.

Die SSG zitiert zu diesem Zweck auch Lenin mit dem Satz: "Die Arbeitsproduktivität ist in letzter Instanz das allerwichtigste, das ausschlaggebende für den Sieg der neuen Gesellschaftsordnung".

Das ist so ein Lenin-Zitat, das auch den modernen Revisionisten leicht von den Lippen und aus der Schreibmaschine geht. Nun ist aber bekannt, daß Lenin seine Äußerungen in bestimmten Zusammenhängen in einer Weise zuspitzte, daß diese Äußerungen außerhalb ihres Zusammenhangs, isoliert und verallgemeinert, schlichtweg falsch werden. Das machen sich schon lange die Lenin-Vermurkser aller Schattierungen zu Nutze.

In einem bestimmten historischen Zusammenhang mußte Lenin es für vordringlich halten, der Partei und den Massen die Erhöhung der Arbeitsproduktivität als das lebenswichtigste Problem immer und immer wieder "einzuhämmern". Wenn aber allgemein mit Berufung auf Lenin behauptet wird, die Arbeitsproduktivität sei "das allerwichtigste" für den Sieg des Sozialismus, dann stimmt das eben so nicht und verkennt das Primat der Politik, das Lenin als das "ABC des Marxismus" zu bezeichnen pflegt.

So wie dagegen in der "Roten Presse" die Frage gestellt wird, erinnert es stark an die These der SED, daß der "neue Inhalt" der Arbeiterbewegung im Sozialismus "die Mobilisierung der Massen zur planmäßigen Mehrung der Produktivkräfte" sei. In der Krise 1960/61 (die zur Schließung der Grenze führte), forderte die SED ganz in diesem Sinn dazu auf, "sich vor allem auf die Lösung der ökonomischen Aufgaben zu konzentrieren und dabei die Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität als das wichtigste Anliegen zu betrachten" (eine Auseinandersetzung dazu findet sich ebenfalls in KAB-AZ 6: "25 Jahre SED"; Auszüge daraus geben wir als Anhang zu diesem Artikel wieder).

Vollends entlarvend ist dann die nächste These der "Roten Presse" zur Kulturrevolution:

"Die Entfaltung der Masseninitiative, die Erhöhung des revolutionären Bewußtseins der Massen war kein Wert an sich, sondern befähigte die Massen, auf dem Weg der endgültigen Befreiung schneller voranzuschreiten, indem sie lernten, die Produktion besser und wirtschaftlicher zu

leiten und den gesellschaftlichen Reichtum schneller zu vermehren". (Hervorhebung durch die Red. des UW)

Die Erhöhung des revolutionären Bewußtseins der Massen ist also angeblich "kein Wert an sich", wohl aber scheint nach diesen Ausführungen die Vermehrung des gesellschaftlichen Reichtums ein solcher "Wert an sich" zu sein.

Die Kulturrevolution erscheint dann letzten Endes als eine bloße Kampagne für die Steigerung der Produktion, nicht aber als eine Bewegung für die Entmachtung der "Macht-haber, die den kapitalistischen Weg gehen" und für die sozialistische Emanzipation der Massen.

Mit Riesenschritten eilen diese wackeren "Verteidiger" der VR China und der Kulturrevolution auf dem Weg des modernen Revisionismus. So wird vielleicht auch verständlich, was hinter dem nächsten Angriff steckt:

"Die 'Schwarzen' entmachten, 'die werktätigen Massen sich selbst befreien lassen' (UW 18), das ist dieselbe Mentalität und Geistesverfassung, wie sie Lenin schon zu Beginn der 20er Jahre den 'linken Kommunisten' in der Sowjetunion vorhielt ..." usw. usf.

In UNSER WEG (UW) 18 kann man das obige Zitat lange vergeblich suchen. Wer weiter sucht, kann dann in KAB-AZ 6 die Formulierung finden:

"... diejenigen in der Partei zu entmachten, die den kapitalistischen Weg gehen und dabei die werktätigen Massen sich selbst befreien zu lassen ..."

Nun ist das keine Formulierung, die irgendein "KB-Schreiberling" oder gar "KAB-Trotzkist" sich heimtückisch ausgedacht hätte, sondern diese Formulierung kommt in vielen Äußerungen chinesischer Genossen vor. Wir



geben der Einfachheit halber nur zwei Zitate wieder:

"Die große proletarische Kulturrevolution in den Fabriken und ländlichen Gegenden muß dem 16-Punkte-Beschluß des Zentralkomitees über die Kulturrevolution entsprechen. Es muß dabei entschieden daran festgehalten werden, die Massen sich selbst erziehen, befreien und zur Revolution erheben zu lassen."

(aus: "Die große proletarische Kulturrevolution bis zu Ende führen", PR 1/67)

"Die Herren der großen proletarischen Kulturrevolution sind die revolutionären Massen. Wenn man die Massen sich selbst erziehen und befreien und zur Revolution erheben läßt und man das ständig tut, entsteht eine ungeheure revolutionäre Massenbewegung von furchtbarer Größe und unwiderstehlicher Kraft."

(aus: "Die Diktatur des Proletariats und die große proletarische Kulturrevolution", PR 52/66; Wiedergabe eines Artikels der "Hongqi").

Woher kommt also diese Formulierung, über die sich die SSG-Demagogen so aufregen? Sie stammt direkt aus dem berühmten "16-Punkte-Beschluß", den das ZK der KP Chinas am 8. August 1966 zur Kulturrevolution faßte, und zwar Punkt 4:

4. Laßt die Massen sich in dieser Bewegung selbst erziehen

In der großen proletarischen Kulturrevolution können die Massen nur selbst sich befreien, und die Methode, in allem für sie zu handeln, darf nicht angewendet werden.

Vertraut den Massen, stützt euch auf sie und achtet ihre Initiative. Befreit euch von der Furcht. Habt keine Angst vor Unordnung. Vorsitzender Mao hat uns oft gesagt, daß Revolution nicht derart verfeinert, sanft, gemäßigt, gütig, höflich, zurückhaltend und großmütig sein kann. Laßt die Massen sich in dieser großen revolutionären Bewegung selbst erziehen und es lernen, zwischen richtig und falsch und zwischen korrekter und unkorrekter Handlungsweise zu unterscheiden.

"Die Massen sich selbst befreien lassen", diese vom ZK der KP Chinas 1966 beschlossene und unserer Meinung nach völlig korrekte Linie paßt den SSG-Führern überhaupt nicht mehr. Da wettern sie gleich los von den "utopischen Träumen von Existenzialisten, die den Sozialismus für die Verwirklichung ihrer Ideale von Freiheit als Freiheit von allen Zwängen und Notwendigkeiten halten" usw. usf. peng-peng! Aber was diese Leute da herausbeschwören, ist nur das Gespenst ihrer eigenen kleinbürgerlichen Vergangenheit (und Gegenwart?).

Wenn die SSG-Demagogen den KB angreifen wegen der Formulierung "Die Massen sich selbst befreien lassen", dann ist das eben eine Polemik gegen den 16-Punkte-

Beschluß des ZK der KP Chinas vom August 1966. Unbewußt wahrscheinlich, weil der Autor der "Roten Presse" wohl den 16-Punkte-Beschluß gar nicht näher kennt (sonst wäre er nämlich mit seinem Geschimpfe etwas vorsichtiger gewesen); aber es macht doch die Demagogie derjenigen deutlich, die uns vorwerfen, wir würden "die Linie der KPCh in der Kulturrevolution" angreifen.

Wir sagen nicht, daß eine Parole automatisch schon deshalb gut und richtig ist, weil sie einmal in einem Beschluß des ZK der KP Chinas gestanden hat. Wir wollen an an diesem Beispiel vielmehr den Idiotismus der von SSG etc. vorgenommenen demagogischen Gegenüberstellung verdeutlichen: hier die angeblichen "Verteidiger der KP Chinas" und dort die bösen Ketzer, die die KPCh "angeifern" etc. Denn diese ungebetenen "Verteidiger der KP Chinas" sind ja offen zum Sturm auf wesentliche politische Inhalte der Kulturrevolution angetreten.

Tatsächlich müssen den SSG-Führern, ebenso wie ihren großen Vorbildern in Heidelberg und Bremen, die politischen Inhalte der Kulturrevolution höchst unangenehm bei der Ausübung ihrer eigenen massenfeindlichen Tätigkeit sein. Daher greifen sie das Prinzip "die Massen sich selbst befreien lassen" als anarchistisch und kleinbürgerlich-utopisch an, verleugnen den emanzipatorischen Charakter der Kulturrevolution und bezeichnen die Steigerung der Produktion als ihren eigentlichen und hauptsächlichen Zweck.

Daß die Kulturrevolution tatsächlich eine Revolution war, muß von diesen kleinbürgerlichen Theoretikern um jeden Preis verdrängt werden. Glaubt man ihren Worten, so war die Kulturrevolution nichts weiter als ein kleiner Spaziergang, wobei die einzige Gefahr ab etwa Mitte 1967 nur noch von den "linken Abweichlern" kam.

Zu dieser Verfälschung der Kulturrevolution gehört die absolute Diffamierung des bewaffneten Kampfes im Rahmen der Kulturrevolution. Das geht beim NRF so weit, daß die alte Lüge der Sowjetrevisionisten freudig aufgetischt wird, Rote Garden hätten für Vietnam bestimmte Waffen von Zügen u. ä. geklaut, um persönliche Streitigkeiten auszutragen.

In der "Roten Presse" lesen wir:

"Gemäß dem Grundsatz, daß eine Revolution gegen die Bourgeoisie nur ein bewaffneter Massenkampf sein kann, versuchten die Ultra-Linken, die Widersprüche durch bewaffnete Auseinandersetzungen zu lösen ... In verschiedenen Gegenden bekämpften sich Massenorganisationen, was das Aufkommen einer konservativen Ordnungsmacht begünstigen mußte ..."

Bewaffnete Auseinandersetzungen im Rahmen der Kulturrevolution erscheinen lediglich als das Werk verbohrt oder tückischer "Ultra-Linker", die einem schematischen Dogma des bewaffneten Kampfes verfallen gewesen sein sollen. Die "Ultra-Linken" wollten "die" Widersprüche (welche eigentlich?) um jeden Preis durch bewaffneten Kampf lösen - "aus Freude am Terror" wahrscheinlich, wie die bürgerliche Presse sowas nennt?

"Massenorganisationen" bekämpften einander? Was für Massenorganisationen? Ausschließlich Massenorganisationen der "Ultra-Linken"? Und warum?

Mit ihrer Darstellung der Sache knüpft die "Rote Presse" an die revisionistische Verleumdung der Kulturrevolution an, wonach die Kulturrevolution durch "sinnlose Exzesse, Gewalt und Zerstörung" gekennzeichnet gewesen sei.

Die "Rote Presse" verschweigt, daß bewaffnete Formen der Auseinandersetzung während der Kulturrevolution zuerst den Revolutionären von der Reaktion aufgezwungen wurden. Denn die Reaktion konnte sich zum einen noch auf Positionen im Staatsapparat stützen und verstand es außerdem, Massenorganisationen durch falsche Vorspiegelungen auf ihre Seite zu bringen und zu Angriffen auf die revolutionären Organisationen zu verführen.

Ein wesentliches Mittel der Reaktion war es immer wieder, die Revolutionäre demagogisch als "reaktionäre Kräfte" zu diffamieren und die Treue der Arbeiterklasse zur Kommunistischen Partei auszunutzen, um die Massen gegen die revolutionären Organisationen aufzuhetzen. Den Hinweis auf dieses Vorgehen der Reaktion in UW 18 nennt die SSG eine "Diffamierung des Kampfes der KPCh gegen linke Abweichungen". Wer die Tricks der

Revisionisten und anderen Reaktionären beim Namen nennt, der "diffamiert die KPCh". Wunderbar! So idiotisch können doch wohl bloß Leute daherschwatzen, die den Charakter der Kulturrevolution als Klassenkampf am liebsten ganz verleugnen würden!

Man kann sich die Kulturrevolution nicht so einfach vorstellen, als wäre auf der einen Seite die Reaktion mit der schwarzen Fahne aufmarschiert, und auf der anderen Seite das Proletariat mit der roten Fahne. Dieser tatsächliche Hauptwiderspruch der Kulturrevolution stellte sich in den verschiedensten Verhüllungen dar. Und da war es leider zuerst nicht einmal eine Seltenheit, daß es den Revisionisten vorübergehend gelang, proletarische Massen unter Vorwänden wie "Verteidigung der Partei gegen reaktionäre Banden" oder "Schutz der Produktion" zu Handgreiflichkeiten und sogar bewaffneten Kämpfen gegen die Roten Garden zu verleiten. Von diesen Dingen will die "Rote Presse" nichts wissen. Da poltert sie gleich wieder los, wir würden uns "gegen die Konsolidierung der Diktatur des Proletariats und damit gegen die Diktatur des Proletariats überhaupt" wenden.

Die chinesischen Genossen haben das Vorgehen der Reaktion entlarvt:



„... der revolutionären Schüler und Studenten mit den Arbeitern zusammengekommen.“ (FR, Nr. 11, 26. 12. 1966)

... von Gütern und Lebensmitteln notwendig ist, um den Lebensbedarf der Massen zu sichern ...

"Die Roten Garden sind etwas Neues, das im Verlauf der großen proletarischen Kulturrevolution emporgekommen ist. Als die Roten Garden zum ersten Mal im Juni und Juli (1966 - UW) auftauchten, waren es nur einige Dutzende Leute. Sie wurden von jenen, die die bürgerliche reaktionäre Linie aufgestellt haben, als Mitglieder einer 'reaktionären Linie' verunglimpft und von allen Seiten angegriffen und bekämpft ..."

"Das wichtigste Komplott der sehr kleinen Anzahl Personen, die hartnäckig an den bürgerlichen reaktionären Linie festhalten, ist, die Massen gegeneinander zu hetzen. Sie haben im Geheimen einige Leute und Massenorganisationen, die von ihnen getäuscht wurden, organisiert und kontrollieren sie, um die Revolution zu unterdrücken, sich selbst zu schützen und Streitigkeiten anzustiften, die zur Anwendung von Zwang und Gewalt führen. Damit versuchen sie vergeblich, Verwirrung zu erregen. Sie streuen Gerüchte aus, machen aus weiß schwarz und schieben das Übel, das sie selbst insgeheim angerichtet haben, auf die proletarischen Revolutionäre, denen sie Namen wie 'reaktionäre Linie der Bourgeoisie' anhängen."

(aus: "Die große proletarische Kulturrevolution bis zu Ende führen", PR 1/67).

Die "Rote Presse" stellt sich jedoch unwissend. Sie schreibt einfach nur, daß "Massenorganisationen" einander bekämpft hätten. Sie beschreibt also diesen Vorgang als chaotisch, sinnlos und außerhalb des Klassenkampfes. Verschwiegen wird, daß die Reaktion Massenorganisationen durch Lügen über die Kulturrevolution dazu brachte, gegen die Roten Garden Front zu machen, und daß gerade diese Tatsache - und nicht die fehlerhaften Ansichten einiger "Ultra-Linker" - die Quelle bewaffneter Auseinandersetzungen gewesen ist.

Das soll nicht heißen, daß es sinnlose und schädliche fraktionelle Auseinandersetzungen innerhalb der Linken nicht auch gegeben hätte. Aber von einem Sozialisten

- auch von einem sozialistischen Studenten - wird man erwarten müssen, daß er Ursache und Wirkung zu unterscheiden versteht. Erstens waren solche fraktionellen Streitigkeiten eine Randerscheinung gegenüber jenen bewaffneten Auseinandersetzungen, die von der Reaktion provoziert wurden, und zweitens waren solche fraktionellen Streitigkeiten innerhalb der Linken im Wesentlichen gerade das Resultat der von den reaktionären Kräften bewußt geschaffenen Verwirrung und Spaltung der Massen.

In der Geschichtsverfälschung des NRF und seiner Hamburger Nachbeter erscheint es so, als wäre spätestens Mitte 1967 die Macht der Reaktion im Wesentlichen gebrochen gewesen und als wäre es von da an nur noch darum gegangen, die "Konsolidierung" (Festigung) der Kulturrevolution gegen die "ultra-linken" Störenfriede durchzusetzen, die Anarchie im Lande wollten, Gewehre klauen, die KP auflösen wollten usw. usf. Der Kampf zweier Linien in der KP Chinas reduziert sich auf den Kampf zwischen "korrekter Linie" und "Ultra-Linken".

Eine solche Darstellung verkennet die Vielfalt der Triebkräfte, die die Reaktion im gesamten Verlauf der Kulturrevolution zur Anwendung brachte. Die Rechten in Partei und Staat waren ja nicht plötzlich allesamt verschwunden, sie kämpften natürlich weiter. Für die NRF-Theoretiker und ihre Hamburger Nachbeter jedoch gibt es ab Mitte 1967 gar keine Rechten mehr (und gibt es natürlich auch heute in der KP Chinas keine Rechten), sondern nur noch "Ultra-Linken", deren Gefährlichkeit und Hinterlistigkeit bis ins Groteske gesteigert wird.

Vor einigen Tagen war zu erfahren, daß Deng Hsiao-ping seinen Platz in der chinesischen Staatsführung wieder eingenommen hat. Deng Hsiao-ping war nach Liu-Schao-tschis der zweitwichtigste "Machthaber in der Partei, der den kapitalistischen Weg geht". Er wurde in der Kulturrevolution "gestürzt". Nun ist er wieder da. Für die Zirkelblock-Theoretiker paßt das sicher ausgezeichnet in ihre Theorie von der "Konsolidierung der Kulturrevolution". Da müßte ja die Rückkehr Liu Schao-tschis in Amt und Würden wirklich als mögliche Krönung der "Konsolidierung" erscheinen!

Mai 73

IMPRESSUM

Druck und Verlag : Jürgen Reents
VERLAG ARBEITERKAMPF
2 Hamburg 13
Rutschbahn 35

Auflage : 3000

Verantwortlicher Redakteur: Kai Ehlers, Verlagsadresse

ANHANG

Kampf zweier Linien

Der Versuch der bürgerlichen Kräfte, die Kulturrevolution auf eine akademische Debatte einzulegen und sie im Staub uralter Bücher und Manuskripte zu ersticken, war bereits gescheitert. In diesem Stadium der Großen Proletarischen Kulturrevolution war es die Taktik der bürgerlichen Kräfte, die Kulturrevolution von den Fabriken und landwirtschaftlichen Betrieben fernzuhalten, die führende Rolle der Arbeiterklasse abzulehnen und demagogisch einen Widerspruch zwischen Revolution und Produktion zu konstruieren. Diese bürgerliche Linie hatte auch in der Führung der KP Chinas noch ihre Vertreter.

Die bürgerlichen Elemente wollten vom Kampf gegen die Vertreter des kapitalistischen Weges in Staat und Partei, vom Kampf um die Macht, von der Konsolidierung der Diktatur des Proletariats natürlich nichts wissen. Stattdessen ergingen sie sich in langschweifigen Betrachtungen darüber, daß die Große Proletarische Kulturrevolution "für die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte unseres Landes eine gewaltige treibende Kraft" sei. Als Ziel der Kulturrevolution betrachteten sie vor allem, daß "die Arbeit auf allen Gebieten mehr, schneller, besser und wirtschaftlicher geleistet wird" (gestützt auf einen mißverständlichen Satz im ZK-Beschluß). Den Roten Garden wollten die bürgerlichen Elemente befehlen, sie sollten "jetzt nicht in die Fabriken, Betriebe, sowie in die den Kreisen unterstellten Ämter und ländlichen Volkskommunen gehen, damit die Produktion normal vor sich geht". Die werktätigen Massen dürften nicht an der Kulturrevolution teilnehmen, denn "die Fabriken und ländlichen Betriebe können sich keine Schulferien leisten und auch die Produktion nicht um der Revolution willen einstellen". Daher seien für die Fabriken und landwirtschaftlichen Betriebe "die ursprünglichen Maßnahmen ausreichend" (d.h. die frühere sozialistische Erziehungsbewegung). Die bürgerlichen Elemente empfahlen den Massen pharisäerhaft, sie sollten lieber "das Kettenglied der Produktion ergreifen und den in der großen Kulturrevolution entstandenen Elan auf die Produktion anwenden."

Das war die völlig reaktionäre Meinung der Bourgeoisie, daß die werktätigen Massen nur zum Arbeiten taugen und nicht Subjekt der Revolution sein dürfen. Diese bürgerliche Linie war den grundsätzlichen Zielen der Großen Proletarischen Kulturrevolution genau entgegengesetzt, nämlich: diejenigen in der Partei zu entmachten, die den kapitalistischen Weg gehen und dabei die werktätigen Massen sich selbst befreien zu lassen.

Demgegenüber stellte die Nr. 15 der HONQI ("Rote Fahne") einige Wochen später fest: "Ein wichtiges Merkmal der gegenwärtigen Lage besteht darin, daß sich die revolutionären Arbeitermassen erhoben haben, um sich in die Bewegung der Großen Proletarischen Kulturrevolution einzuschalten und eine neue Etappe in der Verbindung der revolutionären Schüler und Studenten mit den Arbeitermassen begonnen hat." (PR, Nr 51/ 20.12.1966).

"Offensichtlich sind für die KB-Führer das Vorantreiben der Revolution und die Förderung der Produktion einander ausschließende Gegensätze. Die Massen als Subjekt der Revolution und als Subjekt der Produktion - das ist für sie nur als Entweder-Oder vorstellbar ..."

"Die Anschauung der KB-Schreiberlinge, daß Förderung der Produktion generell zu verurteilen ist, da sie im Kapitalismus nur Verschärfung der Ausbeutung bedeutet, begreift nicht, daß der proletarische Staat nur durch allseitige Entwicklung der Produktivkräfte und das Vorantreiben der Produktion die soziale Befreiung des Proletariats und des Volkes zu Ende führen kann. ..."

"Durch die schnurstrackse Gegenüberstellung von Revolution und Produktion als ausschließliche Gegensätze wird für die KB-Führer die Entfaltung der Masseninitiative zu einem Wert an sich, Revolution und Produktion sind nicht mehr Dinge, die sich gegenseitig stärken, sondern die Stärkung des einen führt zur Liquidierung des anderen ..."

"Die Entfaltung der Masseninitiative, die Erhöhung des revolutionären Bewußtseins der Massen war kein Wert an sich, sondern befähigte die Massen, auf dem Weg zur endgültigen Befreiung schneller voranzuschreiten, indem sie lernten, die Produktion besser und wirtschaftlicher zu leiten und den gesellschaftlichen Reichtum schneller zu vermehren. Die Produktion gegen die Revolution ausspielen, und die Produktion zugunsten der Revolution liquidieren, wie die UW-Schreiber es tun, heißt, die ökonomischen Aufgaben des Sozialismus zu verkennen und sich gegen die Entfaltung der Produktion als Voraussetzung für das Voranschreiten zum Kommunismus zu stellen ..."

"Die 'Schwarzen' entmachten, 'die werktätigen Massen sich selbst befreien zu lassen' (UW 18), das ist dieselbe Mentalität und Geistesverfassung, wie sie Lenin schon zu Beginn der 20er Jahre den 'linken Kommunisten' in der Sowjetunion vorhielt: Anerkennung der Diktatur des Proletariats in Worten, aber Phrasen über die Revolution dreschen; 'den Reichen zum Teufel jagen, das bezaubert sie' (Lenin). Die wirkliche Stärkung der Diktatur des Proletariats: 'Sicherung der Ordnung, der Disziplin, der Arbeitsproduktivität, der Rechnungsführung und Kontrolle, der proletarischen Sowjetmacht, die fester und standhafter ist als früher', davon wollen sie nichts wissen.

Ihr Sozialismus gleicht deshalb mehr den utopischen Träumen von Existenzialisten, die den Sozialismus für die Verwirklichung ihrer Ideale von Freiheit als Freiheit von allen Zwängen und Notwendigkeiten halten. Ein richtiges Verständnis ist aber, daß auch im Sozialismus die Produktion von Gütern und Lebensmitteln notwendig ist, um den Lebensunterhalt der Massen zu sichern ..."

Primat der Politik!

Lenin betonte stets, daß die Politik gegenüber der Wirtschaft das Primat (Vorrangstellung) hat. Das bezeichnete Lenin überhaupt als das "ABC des Marxismus".

In der DDR wurde diese Auffassung Lenins auf den Kopf gestellt und ein angebliches Primat der Wirtschaft propagiert. Tendenzen dazu hatte es schon immer gegeben. In Stefan Doernbergs "Kurze Geschichte der DDR" heißt es über die Zeit 1946-48 bereits: "Immer stärker entfaltete sich in Ostdeutschland der neue Inhalt der Arbeiterbewegung: die Mobilisierung der Massen zur planmäßigen Mehrung der Produktivkräfte im Interesse des Volkes, die Vervollkommenung der neuen Produktionsverhältnisse..." (S. 133)

In der Krise 1960/61 wurde die revisionistische These vom Primat der Wirtschaft noch weiter getrieben. Mit Bezug auf November 1960/61 schreibt Doernberg: "Das Zentralkomitee der SED forderte alle Parteioorganisationen auf, sich vor allem auf die Lösung der ökonomischen Aufgaben zu konzentrieren und dabei die Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität als das wichtigste Anliegen zu betrachten." (S. 471) Und einige Seiten weiter noch schlimmer: "Die Wirtschaft ist die wichtigste Sphäre des Aufbaus des Sozialismus. Im Kampf zwischen Sozialismus und Imperialismus ist demnach - auf deutschem Boden wie im Weltmaßstab - die Wirtschaft das Hauptfeld der Auseinandersetzung der zwei Gesellschaftssysteme." (S. 495)

Die revisionistische, anti-leninistische These vom Primat der Wirtschaft hat in der ökonomischen Ausgangssituation und Entwicklung der DDR ihre materielle Basis. Die DDR mußte den Aufbau des Sozialismus unter schwierigsten wirtschaftlichen Bedingungen in Angriff nehmen, sodaß im Bewußtsein auch vieler ehrlicher Staats- und Parteifunktionäre die Politik hinter die Lösung der brennenden wirtschaftlichen Probleme zurücktrat.

Die These vom Primat der Wirtschaft umgeht aber die Kernfrage, für wen produziert wird, für welche gesellschaftliche Entwicklung. In Wahrheit hat die Politik immer das Primat, unabhängig von den Erklärungen und Absichten einzelner Leute. Wenn also nicht die proletarische Politik das Primat hat, so hat die bürgerliche Politik den Vorrang. Das angebliche "Primat der Wirtschaft" bedeutet eben in Wahrheit Primat der bürgerlichen Politik.

Aus Mißtrauen gegenüber den politischen Meinungen und Gefühlen der Volksmassen erklärten die Revisionisten die "materielle Interessiertheit" der Menschen für die entscheidende Triebkraft der Produktion. Die These vom "Primat der Wirtschaft" leugnet den dialektischen Zusammenhang von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen. Wenn behauptet wird: "Die Wirtschaft ist die wichtigste Sphäre des Aufbaus des Sozialismus", so wird konsequenterweise die Steigerung der

Produktion um jeden Preis (Förderung des bürgerlichen Egoismus, "Prästige"-Denken, Akkord-System u. a.) zum Hauptziel. Aber der Sozialismus, die sozialistischen Produktionsverhältnisse - das sind nicht nur und nicht einmal in erster Linie die verstaatlichte Produktivkräfte. Er erfordert vielmehr einen besonderen politischen, juristischen, kulturellen u. a. Überbau. Es ist gerade dieser Überbau, was den entscheidenden Unterschied zwischen Sozialismus und Kapitalismus ausmacht.

Auch auf dem XXIV. Parteitag der KPdSU vor einigen Wochen war wieder davon die Rede, daß in der Sowjetunion "die materiell-technische Basis für die kommunistische Gesellschaft" geschaffen wird. Das ist erstaunlich genug, wenn man bedenkt, daß sich in der Sowjetunion die Lohnunterschiede immer mehr vergrößern, daß die Privilegien und der Lebensstil der Führungsschicht immer unerträglicher werden, daß über eine "Verschlechterung der Arbeitsmoral" und "Zunahme der Trunksucht" offiziell geklagt wird usw. In dem, was die Revisionisten die "materiell-technische Basis für die kommunistische Gesellschaft" nennen, sind ihnen die Kapitalisten weit voraus, wie auch im sogenannten "wissenschaftlich-technischen Fortschritt". Ein Wettlauf auf diesem Gebiet kann im Grunde nur so aussehen, wie unter Chruschtschow, der einmal in der Woche versprach, "demnächst die USA zu überholen".

Die Revisionisten sehen nicht, daß sie im "Wettbewerb" mit den Kapitalisten entweder der revolutionären Initiative der Massen Raum geben müssen (was sie nicht wollen und als revisionistische Bürokraten auch nicht können) oder aber letzten Endes völlig zu den Ausbeutungsmethoden, Akkord-System, Entlohnungs-System usw. der kapitalistischen Gesellschaft, zur Autonomie der Betriebsführungen usw. übergehen müssen. Auch wirtschaftliche Schwierigkeiten - die in einer sozialistischen Gesellschaft natürlich möglich sind - erfordern, daß alle Anstrengungen auf die politische Seite konzentriert werden. z. B. Die der DDR durch den westdeutschen Imperialismus zugefügten Schäden und die damit verbundenen Probleme (Abwerbung, niedrige Arbeitsproduktivität u. a.) waren im Grunde politischer Art (falsche Vorstellungen bei DDR-Bürgern über die kapitalistische Gesellschaft der BRD, Entfremdung zwischen SED und Volksmassen, falsche Einstellung zum sozialistischen Staat usw.). Entsprechend hätten diese Probleme vor allem politisch angegangen werden müssen, statt durch Anwendung des "Prinzips der materiellen Interessiertheit", (das allenfalls vorübergehend eine Hilfsrolle hätte spielen dürfen!)

Die chinesischen Genossen haben dieses Verhältnis so zum Ausdruck gebracht: "Wenn wir den Klassenkampf vergessen, die Revolution nicht machen und nur einseitig von der Produktion von Material, der Herstellung von Material und der eifrigen Beschäftigung mit der Mechanisierung in Anspruch genommen werden, werden unsere sozialistischen Unternehmen zu kapitalistischen entarten, wird die politische Macht ihre Farbe ändern, und alle Errungenschaften des wirtschaftlichen Aufbaus werden der Bourgeoisie in die Hände fallen und zur Unterdrückung und Ausbeutung der breiten Massen der Werktätigen benutzt werden. Daher ist es notwendig, zuerst die Revolutionierung durchzuführen und die Revolutionierung die Mechanisierung leiten zu lassen." (Der Weg der sozialistischen Industrialisierung Chinas, PEKING RUND-SCHAU, Nr. 43/ 1969)

Wie in dem „16-Punkte-Beschluß“ festgestellt wird, **„ist die große proletarische Kulturrevolution eine gewaltige treibende Kraft für die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte unseres Landes“**. In der landwirtschaftlichen Produktion unseres Landes wurde seit mehreren Jahren eine reiche Ernte nach der anderen eingebracht. In der Industrieproduktion wie auch auf dem Gebiet der Wissenschaft und Technik ist ebenfalls ein Aufschwung zu verzeichnen. Der Enthusiasmus der breiten werktätigen Volksmassen in der Revolution und in der Produktion ist in einem solchen Maße gestiegen, wie es bisher noch nie der Fall war. In vielen Fabriken, Bergwerken und anderen Betrieben werden die Produktionsrekorde laufend verbessert, und es wird ein so hoher Produktionsstand erreicht, wie er in der Geschichte noch nicht dagewesen ist. Die technische Revolution entwickelt sich fortlaufend. Der Markt blüht auf, die Preise sind stabil. Bis Ende 1968 wurden von uns alle Staatsanleihen zurückgezahlt. Unser Land ist zu einem sozialistischen Staat geworden, der sowohl von inländischen als auch von ausländischen Schulden frei ist.

„Die Revolution anpacken, die Produktion fördern“, dies ist ein vollkommen richtiger Kurs. Er hat die Beziehungen zwischen Revolution und Produktion, zwischen Bewußtsein und Materie, zwischen dem Überbau und der ökonomischen Basis sowie zwischen den Produktionsverhältnissen und den Produktivkräften richtig beleuchtet. Vorsitzender Mao lehrt uns immer wieder: **„Die politische Arbeit ist der Lebensnerv jeder wirtschaftlichen Tätigkeit.“** Und Lenin brandmarkte jene Opportunisten, die gegen das politische Herangehen an eine Sache auftraten, indem er sagte: **„Die Politik hat notwendigerweise das Primat gegenüber der Wirtschaft. Anders argumentieren heißt das Abc des Marxismus vergessen.“** (Lenin, Werke, chinesische Ausgabe, Bd. 32, S. 72.) Außerdem wies Lenin darauf hin: Stellt man die Politik der Wirtschaft gleich, so

heißt es ebenfalls **„das Abc des Marxismus vergessen“** (ebenda). Politik ist der konzentrierte Ausdruck der Wirtschaft. Wie kann man die sozialistische ökonomische Basis weiter konsolidieren und die sozialistischen Produktivkräfte weiterentwickeln, wenn man die Revolution im Bereich des Überbaus nicht durchführt, die breiten Massen der Arbeiter und Bauern nicht mobilisiert, die revisionistische Linie nicht verurteilt, die Handvoll von Renegaten, Geheimagenten, den kapitalistischen Weg gehenden Machthabern und Konterrevolutionären nicht entlarvt und die Führung durch das Proletariat nicht festigt? Das bedeutet aber nicht Produktion durch Revolution ersetzen, sondern es bedeutet, daß die Revolution bei der Produktion das Oberkommando führen und die Produktion fördern und vorwärtsbringen soll. Wir müssen — im Licht der von Vorsitzendem Mao ausgearbeiteten Generallinie **„Unter Anspannung aller Kräfte, immer vorwärtsstrebend, mehr, schneller, besser und wirtschaftlicher den Sozialismus aufbauen“**, entsprechend dem großen strategischen Gedanken **„Vorbereitung auf einen Kriegsfall, Vorbereitung auf Naturkatastrophen, alles für das Volk“**, nach der Richtlinie **„Die Landwirtschaft als Grundlage und die Industrie als den führenden Faktor betrachten“** und gemäß einer Reihe anderer politischer Richtlinien — Untersuchungen und Forschungen vornehmen sowie aktiv und sicher die vielen Probleme der Politik bei „Kampf-Kritik-Umgestaltung“ an der wirtschaftlichen Front lösen. Wir müssen die revolutionäre Aktivität und Initiative der Volksmassen aller Nationalitäten in vollem Maße zur Entfaltung bringen, die Revolution energisch anpacken, die Produktion tatkräftig fördern und den Plan zur Entwicklung der Volkswirtschaft erfüllen und übererfüllen. Man kann mit Sicherheit sagen, daß der großartige Sieg der großen proletarischen Kulturrevolution einen neuen Sprung nach vorn an der wirtschaftlichen Front und überhaupt in der Sache unseres sozialistischen Aufbaus herbeiführen wird.

DIE REVOLUTION IN SCHANGHAI

Schanghai bildet in der Kulturrevolution zugegebenermaßen die Vorhut. Sie begann dort zu einem späteren Zeitpunkt, entwickelte sich jedoch rascher. Das schreibt sich von der Größe und Macht der Schanghaier Industriearbeiterklasse her. Die Werktätigen sind stets die Hauptkraft in der Revolution, obgleich die Intellektuellen sie entzündet haben mögen. In Chinas Kulturrevolution standen bei den ersten Massendemonstrationen und zu Beginn der Massenkritik die revolutionären Studenten und Lehrer — „Rote Garden“ — an der Spitze. Aber die erste Machtergreifung in Schanghai ereignete sich, als die Arbeiter zu ihnen stießen.

Die Roten Garden traten zuerst in Peking auf und trugen ihre Ideen in andere Städte; sie wurden nicht überall bewillkommen. Im Spätagust 1966 kamen 1000 Rotgardisten aus Peking nach Schanghai und wollten den Bürgermeister sprechen, der zugleich Sekretär des Städtischen Parteikomitees war. Als er sich weigerte, sie zu empfangen, schlugen sie im strömenden Regen ihr Lager rings um seinen Amtssitz auf. Das Schanghaier Parteikomitee rief die Schanghaier Arbeiter zu Hilfe, um die Eindringlinge zu verjagen. Das geschah mit einer Vehemenz, die zum Handgemenge führte. Die Schanghaier Parteileitung telegraphierte nach Peking, um gegen das „Eindringen der Roten Garden von dort“ zu protestieren. Die Pekinger „Volkszeitung“ antwortete mit einem Leitartikel, der gegen die „Aufwieglung von Arbeitern gegen die revolutionären Studenten“ Stellung nahm.

Die Arbeiter und Studenten von Schanghai, die diese Vorfälle diskutierten, begannen, sich Gedanken darüber zu machen, ob nicht ihr eigenes Parteikomitee zu tadeln wäre. Hatte der Bürgermeister nicht zu hochfahrend gehandelt, als er sich weigerte, die 1000 Studenten zu empfangen, die so weit hergereist waren? Aus diesen Diskussionen erwuchs in den letzten Monaten des Jahres 1966 ein Aufstand der Schanghaier Bevölkerung, der im Januar 1967 zur revolutionären Machtergreifung führte.

Wofür und wogegen erhoben sich die Massen von Schanghai? Sie waren nicht gegen die Kommunistische Partei oder die Regierung Chinas. Sie kämpften für das Recht des Volkes, jeden Parteifunktionär und jedes Parteikomitee zu kritisieren und, wenn nötig, alle unliebsamen führenden Funktionäre abberufen zu dürfen, kurz, für das Recht des Volkes auf Herrschaft. Sobald dieser Kampf begonnen hatte, fanden die Schanghaier, daß vieles an den Aktionen ihres eigenen Parteikomitees Kritik verdiente.

Ein Beispiel wurde mir von der Schauspielgruppe „Rote Wolken“ zitiert, als ich Schanghai ein paar Monate später im Juni besuchte. Die Gruppe besteht aus etwa vierzig jungen Schauspielern, Tänzern und Sängern im durchschnittlichen Alter von 22 Jahren, die eines der besten Tanzdramen aufführten, das ich jemals gesehen habe.

„Wir mußten gegen das Städtische Parteikomitee ankämpfen“, sagten sie. „Wir weigerten uns, immer nur die alten Stücke von Königen und Generälen zu inszenieren; wir stellten Dramen über Arbeiter und Bauern von heute zusammen. Ohne Bewilligung des Parteibüros konnte keine Aufführung stattfinden; sie wollten sich

nicht einmal anschauen, was wir darbieten wollten. Wir konnten kein Geld für Kostüme bekommen.“

Unsere Gruppe überlebte deshalb, weil die Arbeiter und Bauern, die die „Große Welt“ besuchen, an uns Gefallen fanden.“ Die „Große Welt“ mit ihren vielen Stockwerken war früher das Revier von Gangstern und Prostituierten; seit der Befreiung sind die dortigen Veranstaltungen für Arbeiter- und Bauernfamilien bestimmt. Die Schauspielgruppe „Rote Wolken“ leistete mit ihren Vorführungen dort einen beachtenswerten Beitrag zur Kulturrevolution in Schanghai.

★★★★★★★★★★ Zwei Ereignisse in den letzten
★ **HISTORISCHE** Monaten von 1966 wurden in der
★ **VORFÄLLE** Schanghaier Revolution histo-
★ **risch: der „Anting-Zwischen-“**
und die „Umzingelung des ‚Tageblatts der Befreiung‘“. Ich erfuhr Näheres darüber von vielen Teilnehmern und sah auch ein Schauspiel, das diese Vorfälle gestaltete.

Im Oktober 1966 bildeten die Arbeiter von fünf Fabriken Gruppen „revolutionärer Rebellen“; diese wuchsen sich zum „Hauptquartier der revolutionären Rebellen“ aus. Das Stadtparteikomitee versagte ihm die Anerkennung und gab keiner seiner Forderungen Gehör; die Arbeiter veranstalteten daraufhin am 9. November eine Kundgebung und forderten das Erscheinen des Bürgermeisters. Als er sich weigerte, beschlossen sie, eine Delegation nach Peking zu schicken, um beim Zentralkomitee der Partei Klage zu führen.

Noch am selben Abend traten 2000 Arbeiter in zwei Sonderzügen die Reise nach Peking an. Einer der Züge kam bis Nanking. Der andere wurde in Anting angehalten, einem 20 km von Schanghai entfernten Knotenpunkt. Der Lokführer stellte dort, auf telefonische Weisung der Stadt, den Zug auf ein Nebengleis, koppelte die Lokomotive ab und versperre die Weichen. Die Arbeiter beantworteten diese Aktion damit, daß sie sich vor den Peking-Express auf die Schienen legten und ihn so zum Anhalten zwangen. Sie versuchten, 30 ihrer Leute mit dem Zug nach Peking zu schicken, aber die Zugsbegleitmannschaft weigerte sich, sie mitzunehmen. Der Peking-Express wurde dadurch drei Tage aufgehalten.

Das Schanghaier Parteikomitee telegraphierte Peking und erklärte die Arbeiter zu Saboteuren. Mao Tse-tung entsandte Dschang Tschun-tjiao zur Vermittlung nach Anting. Die Wahl war gut getroffen, denn Dschang war sowohl einer der Vizesekretäre des Schanghaier Parteikomitees als auch einer der stellvertretenden Vorsitzenden der Kulturrevolutionsgruppe beim ZK der Partei. Er kam am 12. November nach Anting, hörte sich die Beschwerden der Arbeiter an und ließ mehrere Dutzend von ihnen nach Peking fahren, während die übrigen nach Schanghai zurückkehrten. Niemand durfte bestraft werden. Das war ganz deutlich ein Sieg der Rebellen.

Die Machtergreifung im „Tageblatt der Befreiung“ vollzog sich Ende November. Ich erhielt einen ausführlichen Bericht darüber von Huo Da, die daran beteiligt war. Huo Da ist 23 Jahre alt und studiert Geschichte an der Schanghaier Pädagogischen Hochschule. „Ich liebe das Geschichtsstudium“, sagte sie, „aber unsere Lehrer



erzählten uns nur von Königen und Generälen. Vorsitzender Mao sagt, daß das Volk Geschichte macht. Unsere Professoren teilten dem Volk eine nebensächliche Rolle zu. Wenn ich dagegensprach, titulierte sie mich als Fanatikerin.“

Huo Da Kampf um die Redefreiheit machte ihr und den anderen jungen Rebellen bewußt, daß das Schanghaier Parteikomitee „die bürgerliche Linie verfolgte“, das heißt die Stimme der Massen erstickte, und daß dessen offizielles Organ, das „Tageblatt der Befreiung“, ein „giftiges Unkraut“ war. „Die Zeitung unterdrückte die revolutionäre Kritik“, sagte Huo Da, „und veröffentlichte nur, was Konservative schrieben.“

Huo Da und andere junge Rebellen brachten daher im Oktober 1966 eine Zeitung heraus, die sich „Kampfblatt der Roten Garde“ nannte und sich als Ziel setzte, an der Parteileitung Kritik zu üben und sich mit dem „Tageblatt der Befreiung“ auseinanderzusetzen. Die jungen Rebellen verlangten, daß ihre Zeitung als „Gegengift“ zusammen mit dem „Tageblatt der Befreiung“ ausgetragen werden sollte. Der Bürgermeister gab vor, dem zuzustimmen, und erlaubte den Druck von 600 000 Exemplaren des „Kampfblatts“. Insgeheim jedoch instruierte er das Postamt, diese Exemplare nicht zu verschicken. Die Rotgardisten erfuhren von diesem „Verrat“ des Bürgermeisters und waren empört.

„Wenn Ihr unser Blatt nicht zirkulieren laßt, dann erlauben wir Euch nicht, Eures auszuschicken.“ Um 10 Uhr vormittags am 30. November stürmten sie ins Gebäude des „Tageblatts der Befreiung“ und verhinderten dessen Versand, indem sie die Lieferabteilung besetzten. „Wir ließen das Zeitungspersonal in die Büros und ließen sie auch ihre Artikel drucken, aber den Versand erlaubten wir nicht.“

„Unsere 200köpfige Rotgardistengruppe“, sagte Huo Da, „betrat das Gebäude als erste und verließ es als letzte. Wir blieben neun Tage und Nächte drinnen. Wir litten Hunger und Durst; anfangs hatten wir pro Tag nur zwei Unzen Keks zu essen; der Koch des Zeitungsverlags weigerte sich, Wasser für uns abzukochen, und wir hatten nicht die Möglichkeit, selber genügend Wasser abzukochen. Das Parteikomitee schickte konservative Organisationen her, die uns hinausbugsierten sollten. Wir setzten uns zur Wehr und blieben da. Die Angreifer brachten einmal sogar eine Leiter der Feuerwehr herbei, kletterten damit am Gebäude hoch und bewarfen uns durch die Fenster mit Ziegelsteinen. Wir hätten uns niemals halten können, wenn uns nicht die Arbeiterrebellens von Schanghai und von ganz China unterstützt hätten.“

In diesen neun Tagen wurde der Fall „Tageblatt der Befreiung“ in ganz Schanghai diskutiert; am Höhepunkt führte eine Million Menschen hitzige Debatten auf den Straßen. Die Zahl der Rotgardisten, die ursprünglich das Gebäude besetzt hatten, wurde bald durch viele Arbeiterrebellens vermehrt. Mehr als 200 Rebellen erlitten Verletzungen; zwanzig wurden mit Verletzungen wie Beckenbruch und Gehirnerschütterung ins Krankenhaus eingeliefert, einer nach dem Verlust eines Auges. **Die Rebellen hatten einen deutlichen Sieg errungen, als der Sekretär des Stadtparteikomitees ein Abkommen unterzeichnete, wonach das „Kampfblatt der Roten Garde“ zusammen mit dem „Tageblatt der Befreiung“ versandt werden sollte.**

Nicht lange darauf ergriffen die am „Tageblatt der Befreiung“ beschäftigten Rebellen die Kontrolle über die

Zeitung und gaben ihr eine andere Richtung. „Danach“, sagte Huo Da, „verlangten wir nicht mehr den Versand unseres Kampfblattes. Unser Kampf erweiterte sich und begann, mit dem Ringen aller Arbeiterrebellens von Schanghai um die Machtergreifung zu verschmelzen.“

★★★★★★★★★★★★ Die Springflut des revolutionären Kampfes in Schanghai erreichte Ende Dezember 1966 mit schärferen Zusammenstößen ihren

MÄCHTERGREIFUNG
Höhepunkt. Ein Teil des städtischen Führungsgremiums sabotierte die Wirtschaft der Stadt, während die Arbeiterrebellens die Heizung, Wasserversorgung, die Belieferung mit elektrischem Strom und die Produktionstätigkeit aufrechtzuerhalten suchten und dabei herausfanden, daß sie damit die Macht ergriffen hatten. Den klarsten Bericht darüber erhielt ich im Juni 1967 von Dschang Tschun-tjiao, der vor und während ebenso wie nach der Januarrevolution der obersten Leitung von Schanghai angehört hat.

„Der Kampf wurde scharf geführt“, sagte er. „Wie es heute sehen, herrscht Ruhe in den Straßen; aber im November, Dezember und Januar wurden dort erbitterte Kämpfe ausgefochten. **Am Jahresende setzten die Rebellen wie die Konservativen in einem Kampf, der zehn Tage dauerte, je 100 000 Mann rund ums Parteikomitee der Stadt ein.**“

Es war ungefähr um diese Zeit, als eine Gruppe von Kadern im Parteikomitee selbst „sich zur Rebellion erhob“ und enthüllte, was sie von den inneren Vorgängen wußte. Damit waren gewisse „bürgerliche Elemente“ im Parteikomitee völlig demaskiert. Diese griffen zum sogenannten „Ökonomismus“ als ihrer letzten Waffe. Der erste Sekretär des Parteikomitees drückte das in den Worten aus: „Wir müssen den wirtschaftlichen Forderungen stattgeben, um daraus politischen Gewinn zu ziehen.“ Grob gesagt, bedeutete das: „Mit Geld die Kontrolle erkaufen.“

Die Konservativen in der Parteileitung von Schanghai ließen wissen, daß Lehrlingen und Arbeitern mit niedriger Entlohnung alle Forderungen bewilligt würden, und daß jeder, der reisen wollte, reichlich bemessene Summen als Spesenvergütung erhalten könnte. Von einer Organisation, die sich „Purpurne Garde“ nannte, wurden Arbeiter in großer Zahl ermutigt, ihre Arbeitsstelle zu verlassen und nach Peking zu fahren. Unter dem Titel von „Kompensation“ oder „Prämie“ wurden den Arbeitern große Geldsummen ausgehändigt. Viele verwirrte oder eigennützige Arbeiter gingen in die Falle und nahmen gern das Geld für allerhand Einkäufe entgegen. Ihr Verlassen der Arbeitsstelle lähmte Eisenbahn, Hafenarbeit und andere Zweige des Lebens der Stadt. Zugleich warfen jene führenden Funktionäre die Reserven der Stadt an Schweinefleisch, Eiern, Enten und anderen Eßwaren zu tief herabgesetzten Preisen auf den Markt und riefen dadurch Störungen hervor, auch wurden so die Reserven erschöpft. Das Ziel dieser Machenschaften war, die Aufmerksamkeit der Bevölkerung durch Gelegenheitskäufe und Reisen abzulenken und so den politischen Druck zu mildern, um sich Popularität zu erwerben.

„Dieser Sturmangriff dauerte von Ende Dezember bis zum 10. Januar“, sagte Dschang Tschun-tjiao. „Als Yao und ich am 4. Januar nach Schanghai zurückkehrten, (Yao Wen-yüan ist ebenfalls ein führender Funktionär Schanghai, dessen kritische Besprechung eines tendenziösen

Schauspiels im November 1965 das Signal für die Kulturrevolution war), lag die Hafenarbeit still, und auf dem Bahnhof wurden keine Fahrkarten verkauft. An den Kais warteten Schiffe mit 400 000 Tonnen Fracht, die aus Mangel an Arbeitskräften nicht gelöscht werden konnte. Die Eisenbahnen waren in Mitleidenschaft gezogen, besonders die Linie nach Peking, die zwei Wochen lang stilllag. Der Markt war in einem Durcheinander; viele Läden wurden durch die Einkaufsorgie leergekauft. Der Getreidepreis blieb stabil, denn Getreide ist rationiert, aber andere Lebensmittel wurden zu tief herabgesetzten Preisen aufgekauft und dann schossen die Preise in steiler Kurve in die Höhe.

Die Lage war gespannt, wie am Vorabend eines Aufstands. Post und Telegraph, Wasser und elektrischer Strom jedoch waren in den Händen der Arbeiter. Diese fragten uns, was zu tun sei. Wir entsandten Arbeiter und Studenten, um auszuhelfen.“ Diese Freiwilligen arbeiteten Tag und Nacht hindurch, um die Produktion weitergehen zu lassen. Indem sie an ihren Posten ausharrten und auch die Arbeit derjenigen taten, die „auf Reisen“ gegangen waren, vereitelten sie die Verschwörung zur „einfachen Absperrung“ — von Wasser, elektrischem Strom und Verkehr —, die erst später aufgedeckt wurde.

Die Dinge entwickelten sich rapide in der ersten Januarwoche d. J. Das „Generalhauptquartier der revolutionären Arbeiterrebell“, das mit seinen zwei Millionen Mitgliedern wahrscheinlich die größte einzelne Arbeiterorganisation der Welt ist, verband sich mit zehn anderen Organisationen zur Veröffentlichung einer „Botschaft an die Schanghaier Bevölkerung“ am 4. Januar; darin wurde der „Ökonomismus“ als ein „erneutes Rückgreifen auf die bürgerliche reaktionäre Linie“ bezeichnet. Am 8. Januar wurde eine „Frontlinie-Kommandostelle“ eingerichtet, die Arbeiter und Rotgardisten zum Einsatz auf der Eisenbahn, auf den Hafenkais und anderswo, wo es not tat, mobilisierte. Die erste Tat dieser Kommandostelle war, dem Wärmekraftwerk aus den Vorräten überall in der Stadt Kohle zuzuleiten, da sich herausstellte, daß dessen Reserven nur für 24 Stunden gereicht hätten. Mehrere Tage lang dauerte der Kohlenmangel im E-Werke fort; den Vorrat aufzufüllen, hatte vorrangige Bedeutung, auch wenn die Kohle anderen Betrieben entzogen werden mußte. In dieser Zwangslage blieben viele Eisenbahner sechs Tage und Nächte lang ohne Schichtwechsel im Dienst, um die Eisenbahn wieder in Gang zu bringen und zur Auffüllung der Vorräte neue Kohlenlieferungen die Stadt erreichen zu lassen.

Am 9. Januar veröffentlichten die Schanghaier Arbeiter eine „Dringliche Bekanntmachung“. Die Auszahlung öffentlicher Gelder wurde damit gesperrt, die vorher gewährten Lohnerhöhungen rückgängig gemacht; es wurde erklärt, daß Lohnerhöhungen später zur Sprache gebracht werden würden, daß jedoch die Arbeiter vorerst die Produktion wieder ankurbeln mußten. Die Arbeiter folgten diesem Appell ebenso wie die Bauern aus der Umgebung, die mit ihren Lieferungen sehr rasch wieder die Stadtmärkte versorgten. Offensichtlich hatte die Schanghaier Bevölkerung die Notlage erkannt und handelte dementsprechend.

Am 11. Januar bestätigten die vier höchsten Machorgane in China — das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei, der Staatsrat der Zentralregierung, die Militärkommission und die Kulturrevolutionsgruppe — die „Botschaft“ vom 4. Januar und die „Dringliche Bekanntmachung“ vom 9. Januar von Peking aus durch Telegram-

me ans Arbeiterhauptquartier. Erst dadurch wurde den Schanghaier Arbeiterrebell bewußt, daß sie durch ihre Aktionen zur Rettung des Wirtschaftslebens der Stadt, durch ihre Dispositionen über die öffentlichen Kohlenreserven und das Einfrieren von Bankguthaben, die Macht ergriffen hatten.

Die neue Macht wurde am 5. Februar formalisiert, als aus der Dreierverbindung, deren feste Massenbasis das Generalhauptquartier der Arbeiter bildet, das Schanghaier Revolutionskomitee hervorging. Ein paar erfahrene Kader aus der früheren Leitung wie z. B. Dschang Tschun-tjiao ebenso wie Vertreter der Volksbefreiungsarmee waren ebenfalls hinzugezogen worden.

★★★★★★★★ Als ich vier Monate später Schanghai
★ **VIER** besuchte, war ich erstaunt, Dschang sa-
★ **MONATE** gen zu hören, daß die im Januar d. J.
★ **SPÄTER** begonnene Machtergreifung „noch nicht
vollendet“ sei. Ich fragte ihn, was er
damit meinte. Er antwortete, daß die

Dreierverbindung auf Stadtebene und auf manchen unteren Stufen durchgeführt worden sei, aber nicht in allen zur Stadt gehörenden Kreisen der Umgebung und den Stadtbezirken, daß bloß 20% der 8000 Fabriken in der Stadt dieser neuen Form entsprechend organisiert seien, daß die Mittelschulen langsamer vorankämen als die Fabriken und noch nicht einmal die erste „große Vereinigung“ der Massen erreicht hätten, auf der sich die Dreierverbindung aufbauen muß. Alle diese Entwicklungen würden stetig fortgeführt, aber erst wenn sich dieser Wandel in allen Teilen von Schanghai und in all seinen Fabriken und Institutionen vollzogen habe, würde das provisorische Machtorgan zu einem permanenten werden.

„Die Massen sind in vielen Fragen geteilter Meinung“, sagte Dschang, „besonders darüber, welche der früheren leitenden Funktionäre beibehalten werden sollen, und auch bei den Differenzen zwischen rivalisierenden Rebellen-Gruppen. In diesen Fragen muß durch demokratische Debatte entschieden werden. Wenn eine Massenorganisation zur inneren Einheit gelangt, ist es nicht schwer, ein paar gute frühere Leitungskader und Vertreter der Armee zur Dreierverbindung zu finden. Die allgemeinen Aussichten sind gut, denn die Massen haben im großen ganzen eine gesunde Vorstellung von der Richtung, die eingeschlagen werden soll. So werden sie Schritt um Schritt jede Institution von innen heraus kritisieren und umgestalten.“

Ich fragte, welche Einbußen die Produktivität durch alle diese Wandlungen erlitten habe. Zu meinem Erstaunen erfuhr ich, daß selbst in den stürmischen Januartagen die gesamte Monatsproduktion nicht gesunken war. Im Hafen und auf der Eisenbahn gab es Reduktionen, dafür aber Steigerungen anderwärts. In keinem Monat war der Gesamtausstoß unter den der vergangenen Monate gesunken. Seit Januar ist die Gesamtproduktion im Durchschnitt monatlich um 5% gestiegen, wobei die Belieferung Schanghais mit Rohstoffen von außen her ein beschränkender Faktor war.

Und dann zog Dschang eine höchst erstaunliche Schlußfolgerung. Diejenigen Industriebetriebe, die bereits die große Vereinigung und danach die Dreierverbindung eingegangen sind und ihre Rohstoffe wie gewöhnlich erhalten, liefern den Beweis, daß sich die Produktion in kürzester Zeit verdoppeln und sogar verdreifachen kann. Das läßt einen enormen Zuwachs in unserer Volkswirtschaft für die späteren Stadien der Kulturrevolution voraussehen.

AUF HITLERS SPUREN

Auf allen Ebenen der bürgerlichen Bewußtseinsbildung wird die antikommunistische Hetze verstärkt, um so das Klima für eine breite Kommunistenverfolgung zu schaffen.

Nicht zufällig wird dabei auf Argumentationen zurückgegriffen, die den faschistischen Antikommunismus kennzeichneten. Was sich im Faschismus zur Massenverhetzung "bewährt" hat, muß auch heute wieder erhalten.

In diesem Heft drucken wir ein internes Papier des Vorstands der Hamburger IG Chemie-Papier-Keramik nach. Es war dazu bestimmt, zur Delegiertenversammlung der Hamburger Verwaltungsstelle am 31. März die Stimmung im Sinn des Vorstands aufzuheizen und einen allgemein gehaltenen Ausschlußantrag gegen kommunistische Gewerkschafter durchzusetzen - was auch gelang. Zugleich soll das Vorstands-Papier offenbar als längerfristige "Diskussionshilfe" für antikommunistische Funktionäre in den Betrieben dienen (siehe Anhang).

Dem Abdruck dieses Papiers stellen wir entsprechende Zitate aus Hitlers "Mein Kampf" gegenüber, um die Identität der antikommunistischen Demagogie zu dokumentieren (siehe Anhang 2).

Das Vorstands-Papier nennt als kommunistische Gruppen in Hamburger Chemie-Betrieben die KPD/ML, die SSG und den Kommunistischen Bund. Tatsächlich weiß der Vorstand natürlich, daß er es in den Betrieben und in der innergewerkschaftlichen Auseinandersetzung ausschließlich mit dem KB zu tun hat, während die beiden anderen genannten Gruppierungen nur durch die aufwendige Verbreitung von Papier vor den Betrieben Aufsehen zu erregen versuchen.

Die KPD/ML strampelt sich zwar in Hamburg - dem Ort ihrer Gründung - schon seit über 4 Jahren ab. In dieser Zeit hat sie aber in den Hamburger Betrieben, einschließlich Chemie, nirgendwo Fuß fassen können. Ihre einzige Zeitung im Chemie-Bereich ist der "Rote Beiersdorfer", der seine Informationen aus dem "Chemiearbeiter" des KB bezieht. Als abschreckendes Zerrbild kommunistischer Betriebsarbeit ist die KPD/ML dem Vorstand gerade recht.

Die SSG hat sich erst am 1. April dieses Jahres in "Kommunistische Gruppe" umbenannt, um "Betriebsarbeit" auf der Linie des Zirkelblocks Heidelberg/Bremen zu betreiben.

Im Vorstandspapier wird auf die SSG wegen ihrer Bedeutungslosigkeit auch kein weiterer Bezug genommen, ihre einmalige Erwähnung am Anfang soll dazu dienen, dem Hinweis des Vorstands auf "Studentische Führer" Glaubwürdigkeit zu verleihen.

DIE GROSSE VERSCHWÖRUNG

Um die Kommunisten entscheidend anzugreifen, muß die bürgerliche Propaganda zunächst auf die Tatsache eingehen, daß kommunistische Arbeiter in den Betrieben vielfach als gute Kollegen und ehrliche Kämpfer bekannt sind. Sie kann nicht ohne weiteres die kommunistischen Arbeiter verteufeln, weil viele Arbeiter die Verlogenheit eines solchen Angriffs an eigenen Erfahrungen mit kommunistischen Kollegen messen könnten.

Deshalb muß eine bösartige Verschwörung geheimer Drahtzieher erfunden werden, deren willens- und einflußloses Werkzeug die kommunistischen Arbeiter angeblich sind. Hinter dieser Verschwörung stehen angeblich direkt die Feinde der Arbeiterklasse. Der kommunistische Arbeiter erscheint also als Opfer und Werkzeug des Kapitalisten selbst; und diese Demagogie scheint bestens geeignet, die kommunistischen Arbeiter von der Masse der Arbeiterschaft zu isolieren.

Bei Hitler muß "Der Jude" herhalten. "Der Jude" tritt einerseits in Gestalt des "internationalen Kapitals" auf, das die "nationale Wirtschaft" ruinieren will, um die Weltherrschaft anzutreten. Auf der anderen Seite erscheint "Der Jude" bei Hitler als Führer des "Marxismus" (d. h. SPD, KPD und Gewerkschaft). In dieser Rolle nützt "der Jude" die Empörung der Arbeiter über soziale Mißstände aus, um durch Streiks etc. den Zusammenbruch der "nationalen Wirtschaft" herbeizuführen, als Voraussetzung für die schrankenlose Herrschaft des "internationalen Kapitals". In diesem Sinn formulierte Hitler: "Unbewußt wird er (der Arbeiter - Anm. UW) in den Dienst der Macht gestellt, die er zu bekämpfen vermeint. Man läßt ihn scheinbar gegen das Kapital ankämpfen und kann ihn so am leichtesten gerade für dieses kämpfen lassen."

Im Vorstandspapier tritt an die Stelle des "Juden" die "Intelligenz", die "studentischen Führer". Ebenso wie Hitlers "Jude" nutzt auch die "Intelligenz" des IG-Chemie-Vorstands soziale Mißstände nur aus, um eine Krise herbeizuführen und dann die Macht zu übernehmen. Die kommunistischen Arbeiter erscheinen als "Zulieferer", die von ihren Führern "mißbraucht" werden. Schließlich darf wie bei Hitler auch im Vorstandspapier der Hinweis nicht fehlen, daß hinter der ganzen geheimen Verschwörung das Kapital selbst steckt. Die "studentischen Führer" haben natürlich "reiche Eltern". Die "reichen Eltern" finanzieren die "Wühltätigkeit" ihrer Söhne, und die "studentischen Führer" machen dafür eine Politik, die "deutlich auf der Seite der Unternehmer und reaktionärer politischer Kreise zu Buche schlägt" (Vorstandspapier).

Soweit gekommen, drängt sich fast von selbst die Behauptung auf, daß "der Jude" bzw. "die Intelligenz" mit den reichen Eltern an einer wirklichen Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiter gar nicht interessiert ist, sondern im Gegenteil jede derartige Verbesserung auf das entschiedenste bekämpft. Im Vorstandspapier sieht das so aus, daß den Kommunisten die Absicht unterstellt wird, die Gewerkschaften zu zerschlagen, weil diese für soziale Verbesserungen kämpfen.

Das Vorstandspapier unterstreicht den angeblichen verschwörerischen Charakter der Kommunisten dadurch, daß ihre Mitglieder und Führer anonym arbeiten und ihre "Gruppenzugehörigkeit" verleugnen. Dieser häufig zu hörende Vorwurf ist besonders zynisch. Kommunisten werden aus Betrieben und Schulen gefeuert, werden mehr und mehr aus den Gewerkschaften hinausgedrängt. Das KPD-Verbot von 1956 ist bis heute nicht aufgehoben und ein neues allgemeines Kommunistenverbot wird unmittelbar angedroht. Die Kommunisten können sich also garnicht namentlich "öffentlich bekennen", ohne ihren Arbeitsplatz und ihre gesamte politische Tätigkeit zu gefährden.

Der IG-Chemie-Vorstand will sich das weitverbreitete Mißtrauen in der Arbeiterschaft und die Furcht vor geheimnisvollen Verschwörungen zunutze machen, um seinen Teil bei der von der Bourgeoisie angestrebten Kommunisten-Vernichtung zu erledigen. Daß die Gewerkschaftsführung dabei nicht mehr mit Vorwürfen wie "Feinde unserer demokratischen Grundordnung" etc. auskommt, sondern offen Anleihen bei der faschistischen Ideologie macht, kennzeichnet die Lage. Kennzeichnend ist aber auch, daß der Vorstand kurzfristig noch für seine Hetzpropaganda Gehör findet und Erfolge in der innergewerkschaftlichen Auseinandersetzung zu erringen vermag.

ANHANG

INFORMATIONEN- UND DISKUSSIONSHILFE ZUR TÄTIGKEIT RADIKALER POLITISCHER SEKTEN IN HAMBURGER CHEMIE-BETRIEBEN

I. G. Chemie-Papier-Keramik, Vst Hamburg, März 1973

Militante und radikale politische Sekten haben sich in einzelnen Hamburger Chemie-Betrieben festgesetzt. Unter meist studentischer Führung versuchen sie, schwerpunktmäßig den "Kampf" gegen Vertretungsorgane der Arbeitnehmer zu organisieren: Gegen Vertrauensleutekörper, Betriebsräte, Gewerkschaft.

In den Chemie-Betrieben Hamburgs nennen sich die einzelnen Gruppen u. a.

- + KPD/ML (Marxisten-Leninisten)
- + KB (Kommunistischer Bund)
- + SSG (Sozialistische Studenten Gruppe), etc.

Um gezielte Unruhe und Verwirrung in die Reihen der Arbeitnehmer tragen zu können, werden Blätter wie

- + "Roter Morgen", "Roter Beiersdorfer",
- + "Rotes Banner", "Arbeiterstimme", "Der Chemiearbeiter",
- + "Tarifkampfinformationen" etc.

verbreitet. Es ist unbedingt notwendig, daß verantwortungsbewußte Arbeitnehmer über Ziele, Strategie und Taktik dieser Sekten informiert sind, um den Versuchen

zur Spaltung der Arbeitnehmerschaft rechtzeitig und entschlossen entgegenzutreten zu können. Insbesondere folgende Betriebe in Hamburg sollen den Sektierern als Angriffsziel dienen:

- + Norddeutsche Affinerie,
- + Beiersdorf,
- + Colgate Palmolive,
- + Reichhold Albert Chemie usw.

Hier wird, aufgrund bestimmter sozialer Verhältnisse in den Betrieben, Nährboden für radikale Parolen vermutet, die aufgrund möglichst großer Belegschaften dort und in anderen ausgewählten Betrieben verbreitet werden.

1. ZUSAMMENSETZUNG DER GRUPPEN:

Die genannten Sektiererguppen sind aus autoritären Resten der ehemaligen "Apo" entstanden. Ihr Ursprung liegt im studentischen Bereich. Dort wuchs die Erkenntnis, daß revolutionäre Ziele der "Intelligenz" nicht durch diese selbst erreicht werden können.

Die "Arbeiterklasse" sollte als Hilfstuppe mobilisiert und in den revolutionären Kampf geschickt werden, während die "Intelligenz" für planerische Aufgaben und spätere Übernahme der Macht sich prädestiniert sieht.

Unter dieser Voraussetzung wurden elitäre Zirkel als Führungskader gebildet. Einzelne Arbeitnehmer wurden in den äußeren Kreis einbezogen und für bestimmte Aufgaben rekrutiert. Sie sollen in den ausgewählten Betrieben als Zulieferer von Informationen tätig sein und später, nach vollzogener Schulung durch die Führungskader, auch spalterische Tätigkeiten in Organen der Arbeitnehmer übernehmen.

Die Anzahl der Gruppenmitglieder der einzelnen Sekten ist denkbar gering. Die als Zulieferer mißbrauchten Arbeitnehmer sind sich oft selbst nicht bewußt, welche Funktion sie eigentlich ausüben. Ihnen wird das Gefühl vermittelt, in den Gruppen eine wichtige Rolle auszufüllen und mitbestimmen zu können, während in Wirklichkeit strategische Planung und ideologische Festlegung durch die studentische Führung alleine übernommen wird.

Der sich hinter diesem Mißbrauch oft engagierter junger Arbeitnehmer verbergende Zynismus wird in der Schrift "Arbeiterkampf", 26.3.73, deutlich, wenn dort der "Arbeiterbewegung" ein "relativ niedriger Stand" bescheinigt wird, der zur "Entmachtung der Gewerkschaftsführung" nicht hinreiche. Es komme daher darauf an, Arbeitnehmer "politisch-theoretisch auf das kommunistische Niveau herauf zu entwickeln" und einzelne Arbeitnehmer als Gruppen zusammenzufassen, um sie "in Betrieb und Gewerkschaft aufzubauen, gewerkschaftliche und betriebliche Vertrauensstellungen zu erkämpfen", die dann für die Ziele der Sekten-Führer mißbraucht werden sollen.

2. ARBEITSWEISE UND TAKTIK:

Die als Zulieferer deklassierten Arbeitnehmer in den Betrieben werden gezielt eingeschleust. Haben sie im Betrieb Fuß gefaßt, haben sie zunächst

- + möglichst viele Informationen zu liefern, die in den radikalen Schriften verwertet werden können und den Eindruck erwecken sollen, die Gruppe habe im Betrieb eine wirkliche Basis.
- + Nach weiterem Aufenthalt im Betrieb müssen die Zulieferer aktiv werden, sich in Vertrauensleutkörper einschleichen, um von dort in Tarifkommissionen, Betriebsräte usw. aufzusteigen.

Die Führungszintelligenz der Sekten tritt nur durch wenige namentlich bekannte Personen in Erscheinung, um presserechtlichen Ansprüchen zu genügen. Dabei werden möglichst Deckadressen, Postfachnummern etc. verwendet. Die Gruppenreste des inneren und äußeren Kreises arbeiten als Kader also

- + anonym,
- + unter Leugnung der Gruppenzugehörigkeit und
- + teilweise sogar unter, gewisse pubertäre Züge nicht ganz verleugnen könnend, James-Bond-Allüren mit Decknamen etc.

Betriebe, in denen besonders schlechte soziale Verhältnisse vermutet werden und die von der Belegschaftsstärke her interessant erscheinen, werden ausgewählt, um dort vorhandene Unzufriedenheit für die gewollte Revolution

nutzbar zu machen. Wenige Zulieferer pro Betrieb genügen, um die in großen Auflagen erscheinenden radikalen Blätter mit jener Mischung aus Dichtung und Wahrheit versorgen zu können, die sich zur Weckung von Emotionen hervorragend eignet, wie nicht erst seit den unseligen Tagen der NSDAP bekannt ist. Der gewaltige Blätterwald, von den Sektierern aus offensichtlich münter sprudelnden dunklen Quellen finanziert, soll den Eindruck einer großen Organisation im Hintergrund erzeugen und zur radikalen Mobilisierung der Arbeitnehmer beitragen.

Berechtigte Unzufriedenheit über betriebliche oder allgemeine Ungerechtigkeiten soll aus der Zielrichtung gegen den Arbeitgeber umgelenkt werden gegen die "Gewerkschaftsführung", den "korrupten Betriebsrat" etc.

3. ZIELSETZUNG

Die genannten Gruppen streiten sich untereinander um des Kaisers ideologischen Bart und bekämpfen beispielsweise die DKP als "Steigbügelhalter der SPD und der Gewerkschaftsbosse" (KB). Dieses für den Aussenstehenden unverständliche Gezänk ist typisch für Sektierer aller Schattierungen. Es macht einzelne Gruppenmitglieder unfähig zu Kompromissen oder zum Zuhören in der Diskussion.

Einig aber sind die Sektierer sich etwa in folgenden Ansichten:

Das bestehende "System" sei völlig verrotten. Es müsse revolutionär niedergerissen und durch ein nicht näher bezeichnetes "sozialistisches System" ersetzt werden. Da die jetzige "Arbeiterklasse" zu verboht und zu dumm ist, um dies erkennen zu können, soll sie von den selbsternannten Besserwissern ohne Nennung klarer Ziele in die Revolution geführt werden, an deren Ende die Sekten-Führer dann die Macht übernehmen und der "Arbeiterklasse" sagen, wohin die Reise geht.

Da die Gewerkschaften durch Reformen und andere Maßnahmen innerhalb des bestehenden Systems ständig Verbesserungen für die Arbeitnehmer erstreiten, stehen sie den Sekten an erster Stelle im Wege. Sie gehen davon aus, daß es dem Arbeitnehmer noch viel schlechter gehen müsse, damit er revolutionär wird. Deshalb müssen, so die Sekten-Ideologien, die Gewerkschaften in ihrer jetzigen Form zerschlagen werden. Mitbestimmung, Vermögensbildung und andere von den Gewerkschaften angestrebte Reformen werden diffamiert und abqualifiziert, um sie zu verhindern.

Es wird ständig versucht, auf allen Ebenen, auf denen organisierte Arbeitnehmer zusammenkommen (Vertrauensleutkörper, Betriebsräte, Tarifkommissionen, Gewerkschaftsversammlungen etc.) Unruhe zu erzeugen und Mandatsträger generell zu verdächtigen und zu diffamieren. Damit soll die Gewerkschaft innerlich gespalten und zersetzt werden. Wenn dieses Werk vollendet sein sollte, wird erwartet, daß die nunmehr ohne Organisation verbliebene Arbeitnehmerschaft willig den Sektenführern folgt. - Die Zerstörung der Gewerkschaft von innen heraus ("Gewerkschaftsopposition") soll durch folgende Taktik erreicht werden:

- + Unterwanderung der Vertrauensleutkörper, Anzettelung ständiger ideologischer Diskussionen zum Zwecke der Verhinderung konkreter Arbeit etc.,
- + Einschleusen von Zuträgern in Tarifkommissionen, Betriebsräte, Vorstände etc.,

- + ständige Diffamierungen von Mandatsträgern, die andere Meinungen vertreten,
- + Säen von persönlichem Mißtrauen unter Gewerkschafter, Durchbrechung fairer Diskussionen durch Verleumdungen etc.,
- + nach der Zerschlagung der Gewerkschaften Entstehung einer Krise für die Arbeitnehmer,
- + Ausbrechen der Revolution unter Führung der Sektierer.

In diesem "revolutionären Kampf" lehnt die KPD/ML "revolutionäre Gewalt ... keineswegs ab" ("Roter Beiersdorfer", März 73). Der "Arbeiterkampf" (KB, 26. 3. 73) schreibt: "Wenn es um bewaffneten Kampf geht, dann müssen Voraussetzungen geschaffen werden, dann muß die Zielsetzung und Einschätzung klar sein." Zu der "Guerilla-Taktik der RAF (Baader-Meinhof-Gruppe)" wird lediglich angemerkt, es handele sich hier um "politisch belanglose Schießereien", mit denen "keine Propaganda der Tat für den bewaffneten Kampf" gemacht werden könne.

"NUR DER GRIFF DER MASSEN ZUM GEWEHR, SCHAFFT DEN SOZIALISMUS HER!" ("Roter Beiersdorfer", März 73, KPD/ML)

4. FINANZIELLE MITTEL DER GRUPPEN

Die einzelnen Gruppen verfügen teilweise über enorme finanzielle Ausstattungen, die schwerpunktmäßig in die bekannten Schriften investiert werden.

Es gibt Hinweise ehemaliger Gruppenmitglieder, die darauf hindeuten, daß über Söhne reicher Eltern Gelder einfließen und teure Druckrechnungen in jeder gewünschten Höhe finanziert werden. Eine gewisse Erklärung für diesen Umstand könnte sein, daß die Arbeit der Gruppen deutlich auf der Seite der Unternehmer und reaktionärer politischer Kreise zu Buche schlägt (Zerstörung der Gewerkschaften).

Auffällig ist auch, daß einzelne Gruppen sich immer wieder bemüht fühlen, die Behauptung aufzustellen, die große Finanzmasse rühre aus "Arbeiterspenden" her.

5. BESONDERHEITEN IM VERHALTEN BETRIEBLICHER ZULIEFERER

Hinter der genannten Anonymität verborgen, taktieren die betrieblichen Zulieferer doch deutlich so, daß ihre Absichten erkennbar werden und ihre politischen Standorte zum Ausdruck kommen.

- + In Diskussionen steuern sie regelmäßig ideologische Auseinandersetzungen an (Ziel: Verhinderung konkreter Arbeit zur Verbesserung der Lage der Arbeitnehmer);
- + sie benutzen jedoch jede Gelegenheit, um Mandatsträger als "reaktionär, korrupt, bestochen" etc. zu verdächtigen oder direkt zu diffamieren (Ziel: Säen von Mißtrauen, Zersetzung der Zusammenarbeit; später Einnahme des Mandats durch ein Gruppenmitglied);
- + generelle Angriffe gegen die Gewerkschaft und "Gewerkschaftsführer" (Ziel: Gewerkschaften als zwecklos, "in einer Reihe mit den Kapitalisten" etc. erscheinen zu lassen, um ihre Zerstörung vorzubereiten);
- + Die Sektierer können nicht zuhören, nehmen Argumente anderer nicht echt auf, sondern bekämpfen sie aus Prinzip. Kompromisse werden verhindert oder diffamiert.

+ Die Art solchen "Diskutierens" wird verbissen und mit der für Sektierer typischen Verböhrtheit geführt.

Wenn keine eigenen Kandidaten (Gruppenmitglieder) für Wahlen zur Verfügung stehen, wird zunächst auch für Bewerber mit anderer Meinung gestimmt. Dann wird versucht, diese mit "bindenden Beschlüssen" festzulegen, die so weit gesteckt werden, daß sie möglichst nicht erfüllt werden können. Bei Nichterfüllung erfolgt die übliche Diffamierung, sonst wird einfach Mißtrauen ausgesprochen. Dieses Spiel wird solange fortgesetzt, bis das Vertrauen gegenüber dem auf der "Abschlußliste" stehenden Mandatsträger abgebaut ist und er durch ein Gruppenmitglied ersetzt werden kann.

Beispiel: Einem Aufsichtsratsmitglied wurde vom KB vorgeworfen, es habe Entlassungen durchgesetzt, obwohl klar ist, daß Arbeitnehmer in Aufsichtsräten klar in der Minderheit sind und nur argumentativ wirken können (wenn überhaupt).

Die Diffamierungstaktik läuft unter dem Motto: Frech behaupten. Es wird schon etwas hängen bleiben. Gegen solche Methoden ist es schwer anzugehen, denn für Gerüchte und Skandal-Geschichten gibt es immer ein Publikum. Die hinter solchen Taktiken stehende Arroganz gegenüber den Arbeitnehmern, denen dummes Zeug dreist vorgesetzt wird, ist ohne Grenzen.

6. WAS TUN?

Jeder verantwortungsbewußte Arbeitnehmer, der es nicht dulden will, daß die Taktik des "Dem-Arbeitnehmer-muß-es-noch-viel-schlechter-gehen" zum Zuge kommt, muß aktiv etwas gegen die böartigen Trommler der Gewalt und des pubertären Unsinnns unternehmen.

Die zynische Rechnung der Sektierer darf nicht aufgehen, wenn die Arbeit von vielen Generationen von Gewerkschaftern, die für ihre Sache geopfert und gelitten haben, nicht gefährdet werden soll. Denn:

- + Konservative Arbeitnehmer, die auf den Trittbrettern erzielter Erfolge zwar mitfahren, aber sich dem Beitritt einer Gewerkschaft entziehen, bekommen von den Kaoten gratis Munition geliefert.
- + Die Unternehmer informieren sich heute über Namen und Fakten aus gewerkschaftlichen Gremien, die Sektierer ihnen ins Haus liefern. Schon so verdreht, wie man's dort gerne hat.
- + Fortschrittliche Gewerkschafter, die innerhalb ihrer Organisation kritisch und loyal mitarbeiten, sehen ihre Aufbauarbeit durch Sektierer gefährdet.
- + Wenn Mißtrauen und schlechte Umgangsformen nach der Machart der Sektierer in Gewerkschaften jemals Einzug halten sollten, wären diese am Ende.

WENN DER SEKTEN-TERROR ALSO NICHT KONSEQUENT GESTOPPT WIRD, ENTSTEHT SCHADEN FÜR DIE SACHE DER ARBEITNEHMER. OHNEHIN NUR EIN KNAPPES DRITTEL DER ARBEITNEHMER IN DER BUNDESREPUBLIK SIND ORGANISIERT.

Es kann jeder x-beliebige Betrieb sein, den die Kaoten sich heute zur Verteilung ihrer Polemiken aussuchen, um morgen direkt "einsteigen" zu können.

Antrag:

Betr.: Versuch zur Spaltung der Gewerkschaftsbewegung

Die Delegiertenversammlung möge beschließen:

In der Vorbereitung zu einer äusserst schwierigen Tarifrunde in der chemischen Industrie und angesichts einer offensichtlich zu hartem Widerstand entschlossenen Unternehmenschaft fallen uns zunehmend Leute in den Rücken, die vorgeben, Arbeitnehmerinteressen zu vertreten.

Die anonymen Verfasser radikaler und militanter Schriften arbeiten mit Lügen und Diffamierungen, um die Reihen der Arbeitnehmer zu spalten. Dabei sind sie mit reichlichen finanziellen Mitteln unklarer Herkunft ausgestattet. Ihre Taktik wirkt sich deutlich zugunsten der Unternehmer

und reaktionärer politischer Kreise aus. Einzelne Arbeitnehmer lassen sich von dubiosen Hintermännern leider zu Zuträgerei und Denunziantentum mißbrauchen.

Diesen Versuch, die Einheit aller Arbeitnehmer in ihrer Gewerkschaft zu zerstören, müssen alle verantwortungsbewußten Gewerkschafter gemeinsam abwehren. Dies soll durch Diskussionen am Arbeitsplatz, aber auch, wenn es notwendig ist, durch den Ausschluß jener Mitglieder, die die Gewerkschaft für ihre wirren Vorstellungen mißbrauchen wollen, geschehen. Die Delegierten fordern alle Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben, sowie den Verwaltungsvorstand auf, gewerkschaftsschädigenden Verhalten nicht länger zu dulden.

Die Einheit der Arbeitnehmer muß gewahrt werden.

Antragsteller: Heinz Flüge

ZITATE AUS "MEIN KAMPF"



"Schon um die Jahrhundertwende hatte die Gewerkschaftsbewegung längst aufgehört, ihrer früheren Aufgabe zu dienen: Von Jahr zu Jahr war sie mehr und mehr in den Bannkreis sozialdemokratischer Politik geraten, um endlich nur noch als Ramme des Klassenkampfes Anwendung zu finden. Sie sollte dengenzen, mühselig aufgebauten Wirtschaftskörper durch dauernde Stöße endlich zum Einsturz bringen, um so dem Staatsbau, nach Entzug seiner wirtschaftlichen Grundmauern, das gleiche Schicksal leichter zufügen zu können. Die Vertretung aller wirklichen Bedürfnisse der Arbeiterschaft kam damit immer weniger in Frage, bis die politische Klugheit es endlich überhaupt nicht mehr als wünschenswert erscheinen ließ, die sozialen und gar kulturellen Nöte der breiten Masse zu beheben, da man sonst ja gar Gefahr lief, diese, in ihren Wünschen befriedigt, nicht mehr als willenlose Kampftruppe ewig weiterbenützen zu können.

Eine derartige ahnungsvoll gewitterte Entwicklung jagte den klassenkämpferischen Führern solche Furcht ein, daß sie endlich kurzerhand jede wirklich segensvolle soziale Hebung ablehnten, ja auf das entschlossenste dagegen Stellung nahmen.

Um eine Begründung eines vermeintlich so unverständlichen Verhaltens brauchte ihnen dabei nie bange zu sein. Indem man die Forderungen immer höher spannte, erschien die mögliche Erfüllung derselben so klein und unbedeutend, daß man der Masse jederzeit einzureden vermochte, es handle sich hierbei nur um den teuflischen Versuch, durch solch eine lächerliche Befriedigung heiligster Anrechte die Stoßkraft der Arbeiterschaft auf billige Weise zu schwächen, ja wenn möglich lahmzulegen. Bei der geringen Denkfähigkeit der breiten Masse wundere man sich nicht über den Erfolg . . ." (MK, S. 51/52)

". . . Das Vorgehen des Juden ist dabei folgendes: Er macht sich an den Arbeiter heran, heuchelt Mitleid mit dessen Schicksal oder gar Empörung über dessen Los des Elends und der Armut, um auf diesem Wege das Vertrauen zu gewinnen."

"Er bemüht sich, alle die einzelnen tatsächlichen, oder auch eingebildeten Härten seines Lebens zu studieren - und die Sehnsucht nach Änderung eines solchen Daseins zu erwecken. Das in jedem arischen Menschen irgendwie schlummernde Bedürfnis nach sozialer Gerechtigkeit stei-

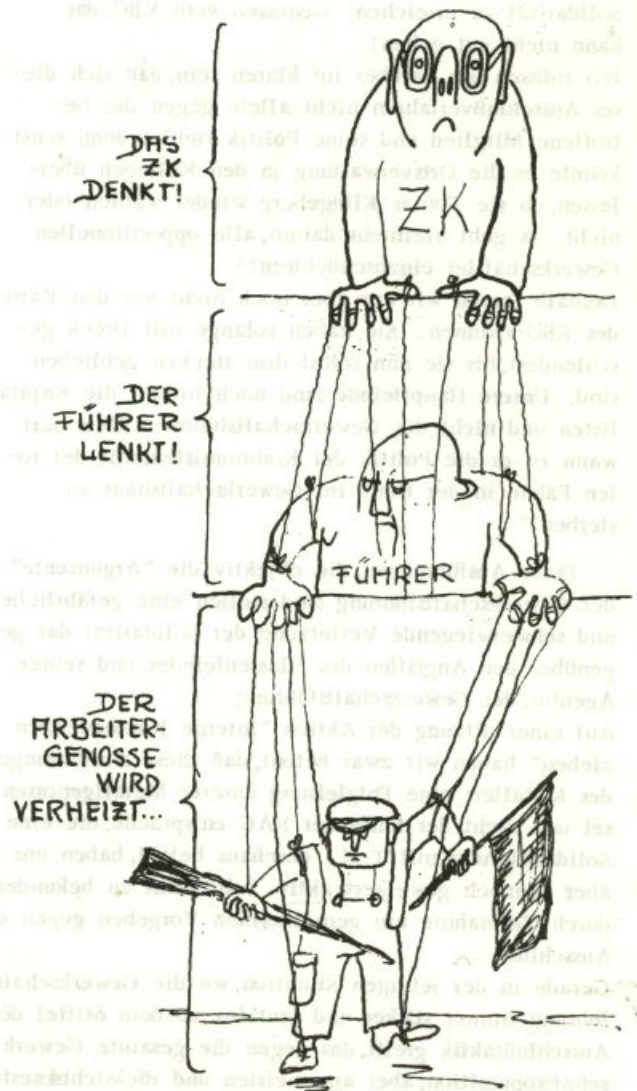
gert er in unendlich kluger Weise zum Haß gegen die vom Glück besser bedachten und gibt dabei dem Kampfe um die Beseitigung sozialer Schäden ein ganz bestimmtes weltanschauungsmäßiges Gepräge. Er begründet die marxistische Lehre. !! (S. 350)

Der Jude "wird allmählich zum Führer der Gewerkschaftsbewegung, und dies umso leichter, als es ihm nicht um eine wirkliche Behebung sozialer Schäden im ehrlichen Sinne zu tun ist, sondern nur um die Herausbildung einer ihm blind ergebenen wirtschaftlichen Kampftruppe zur Zertrümmerung der nationalen wirtschaftlichen Unabhängigkeit." (S. 353)

aus dem Hefzblatt der JG Chemie:



"Von jetzt ab hat der Arbeiter nur mehr die Aufgabe, für die Zukunft des jüdischen Volkes zu fechten. Unbewußt wird er in des Dienst der Macht gestellt, die er zu bekämpfen vermeint. Man läßt ihn scheinbar gegen das Kapital ankämpfen und kann ihn so am leichtesten gerade für dieses kämpfen lassen. Man schreit immer gern gegen das internationale Kapital und meint in Wahrheit die nationale Wirtschaft. Diese soll demoliert werden, damit auf ihrem Leichenfeld die internationale Börse triumphieren kann." (S. 350)





KOMMUNISTISCHE ARBEITERGRUPPE KAG GÖTTINGEN

AN DEN KOMMUNISTISCHEN BUND GÖTTINGEN

Selbstkritik

Genossen!

Wir haben in Bezug auf den Ausschlußantrag gegen den Genossen Tomas Klingeberg schwerwiegende Fehler begangen. In unserem "Metaller" Nr. 3 schrieben wir dazu:

"Der Ortsvorstand hat den Antrag auf Ausschluß gestellt, weil die Schimpfkanonaden des KBG gegen die "verräterischen Gewerkschaftsführer" die Interessen der Gewerkschaft schädigten. Als Antwort wandte sich der KBG mit einem Schwall von Zeitungen und "Extras" an die Göttinger Kollegen und forderte zur Solidarität mit Tomas Klingeberg auf.

Hatten sie vorher ihre Angriffe auf die Gewerkschaftsführung auf eigene Faust und ohne die Kollegen gemacht, so sind sie jetzt plötzlich bemüht, eine breite Solidarität zu erreichen. Genossen vom KBG, das kann nicht gut gehen!

Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß sich dieses Ausschlußverfahren nicht allein gegen das betroffene Mitglied und seine Politik richtet, denn sonst könnte es die Ortsverwaltung ja den Kollegen überlassen, ob sie Tomas Klingeberg wieder wählen oder nicht. Es geht vielmehr darum, alle oppositionellen Gewerkschaftler einzuschüchtern!!

Deshalb lassen wir uns aber noch nicht vor den Karren des KBG spannen. Sie haben solange mit Dreck geschleudert, bis sie nun selbst drin stecken geblieben sind. Unsere Hauptfeinde sind noch immer die Kapitalisten und nicht die Gewerkschaftsführer. Oder seit wann ist es die Politik der Kommunisten, mit der roten Fahne in der Hand im Gewerkschaftshaus zu sterben?"

Diese Ausführungen, die objektiv die "Argumente" der Gewerkschaftsführung sind, stellen eine gefährliche und schwerwiegende Verletzung der Solidarität dar gegenüber den Angriffen des Klassenfeindes und seiner Agentur, der Gewerkschaftsführung.

Auf einer Sitzung der Aktion "Interne Konsequenzen ziehen" haben wir zwar betont, daß diese Ausführungen des Metaller eine Entgleisung unserer Metallgenossen sei und nicht der Linie der KAG entspräche, die eine Solidarisierung mit T.K. durchaus bejaht, haben uns aber dennoch geweigert, aktiv Solidarität zu bekunden durch Teilnahme am gemeinsamen Vorgehen gegen die Ausschlüsse.

Gerade in der jetzigen Situation, wo die Gewerkschaftsführung immer stärker und brutaler zu dem Mittel der Ausschlußtaktik greift, das gegen die gesamte Gewerkschaftsopposition, aber am meisten und rücksichtslossten

gegen die Kommunisten angewendet wird, ist die Solidarität und deren Propagierung in der Arbeiterklasse so wichtig. Wir wie ihr wissen, daß die Gewerkschaftsführung das Ziel hat, die gesamte fortschrittliche Jugendgremienarbeit in Niedersachsen zu zerschlagen; wir wie ihr wissen, daß die Gewerkschaftsführung vor keiner Diffamierung und Hetze, und vor keinem Verstoß gegen die Satzung zurückschreckt, um die Kommunisten aus den Gewerkschaften herauszusäubern, mundtot zu machen und alle fortschrittlichen Kollegen einzuschüchtern. Gleichzeitig führt die Bourgeoisie mit Hilfe ihres Staates und ihrer Presse schwere Schläge gegen die kommunistische Bewegung durch. Richtete sich anfangs das Kesseltreiben hauptsächlich gegen die Gruppe "KPD", so ist sie zunehmend gegen die gesamte kommunistische Bewegung gerichtet, wobei die DKP gegenwärtig noch weitgehend verschont wird. Genau wie vorher die RAF-Kampagne, so ist jetzt der Schlag gegen die "AO" eine willkommene Gelegenheit, gegen die Kommunisten insgesamt zu hetzen und ihr Verbot weiter vorzubereiten.

Dies ist eine Situation, die die Kommunisten vor eine ernste Prüfung stellt, wie weit ihre Beteuerungen der Solidarität gegenüber den Angriffen des Klassenfeindes nur Lippenbekenntnisse sind oder wie weit ihnen ihre Taten folgen.

Wir haben uns im Fall von Tomas Klingeberg vor den Karren der Gewerkschaftsführung spannen lassen. Wir haben ihre "Argumente" benutzt und aktive Solidarität mit T.K. verweigert. Genau das ist aber ein wesentliches Ziel der Bourgeoisie und in diesem Fall der Gewerkschaftsführung. Die Gewerkschaftsführung führt bewußt als Begründung für ihre Schläge "Argumente" an, die eine weitgehende Distanzierung bei den Linken erhoffen lassen. Mit der Hoffnung, selbst verschont zu bleiben, werden Teile der Linken in die Ecke des Rechtsopportunismus gedrängt. Dieses Zurückweichen vor den Angriffen der Bourgeoisie stellt aber eine entschiedene Gefahr für die komm. Bewegung dar. Wie weit dies gelingt, und wie weit man dabei auf den Hund kommt, zeigt am besten die DKP. Diese "Kommunistische Partei" tönt selbst voll mit in das Horn des Antikommunismus, sie scheut sich nicht, lauthals zu schreien, die Kommunisten würden die "Gewerkschaft spalten" wollen und ihre Politik sei "Gegen die Arbeiterinteressen" gerichtet und verpaßt keine Gelegenheit, sich von diesen "Sektierern" zu "distanzieren". Sie tut das für den Judaslohn kurzfristiger Verschonung.

Aber auch in Euren eigenen Reihen ist dieses Zurückweichen, dieser Verfall der Solidarität erkennbar. In einer "Erklärung des ZK" des KBB in der "Wahrheit" vom April wird gesagt, die KPD/AO habe sich bei der Besetzung des Bonner Rathauses "in eine randalierende Horde verwandelt", sie habe "innerhalb des Rathauses ohne Not dem beschränktesten Vandalismus (!) gehuldigt". Schließlich habe man noch auf den "Großmut der Bourgeoisie spekuliert", daß diese nicht geschossen habe. Das ist nicht mehr die politische Auseinandersetzung mit der AO, das sind die "Argumente" des Klassengegners. Genau das will er doch erreichen, daß die Linken gegeneinander hetzen. Nicht mehr die Provokation des Besuches eines Kriegsverbrechers steht im Vordergrund, sondern der "Vandalismus" der AO, wobei die Bourgeoisie "großmütig" gewesen sei, nicht geschossen zu haben.

Zurück zum Fall Tomas Klingeberg:

Daß der Göttinger KJA keine Stellungnahme gegen den Ausschluß von T.K. abgegeben hat, ist ja, wie wir wissen vom DGB-Vorsitzenden Krüger ausgeschlachtet worden. Die Vorkommnisse im KJA sind ebenfalls ein Beispiel eines verwaschenen Verhaltens zwischen Taktik und Opportunismus.

Was unsere opportunistischen Fehler erklärt, aber nicht rechtfertigt, ist folgendes:

1. haben wir die Bedeutung und Tragweite der Angriffe gegen die Kommunisten nicht richtig eingeschätzt. Wir haben einfach nicht das Ausmaß der Angriffe gesehen, um zu erkennen, daß die Gewerkschaftsführung zum Sturm bläst gegen die Gewerkschaftsopposition (seit den Betriebsrätewahlen 72). Dabei sind besonders die Kommunisten betroffen, gegen sie wird am schärfsten vorgegangen (Diffamierung, Hetze und sofortiger Ausschluß). Die Gewerkschaftsführung wendet sich vor allem deshalb gegen den revolutionären Teil der Gewerkschaftsopposition, gegen die Kommunisten, um ihren Einfluß zu verhindern. Dabei werden gleichzeitig durch Schreckschüsse und differenziertes Vorgehen bei den Ausschlüssen Teile der Opposition in die Ecke des Rechtsopportunismus gedrängt und zu integrieren versucht.

2. Unsere notwendige Kritik an Euch, die wir, ohne daß damit die Solidarität verletzt wird, geübt haben und üben:

Es hätte Euch klar sein müssen, daß der Genosse T.K. wenn er für den "Metallarbeiter" verantwortlich zeichnet, in der jetzigen Situation vom Ausschluß bedroht ist. Im dem Fall T.K. hat doch die Gewerkschaftsführung auf so etwas nur gewartet. Das Schlimme jedoch ist, daß ihr das öffentliche Auftreten in Eurer KAZ Nr. 14 vom Febr. 73 zur politischen Linie erhebt. Es heißt dort:

"In den Gewerkschaften bilden die Mitglieder der Zelle die kommunistische Fraktion auf Betriebsebene, sie treten auf allen Ebenen der gewerkschaftlichen Meinungsbildung auch als solche auf." (unterstr. v. uns)

Wenn ihr mit dieser Linie, die ja wohl vom NRF Heidelberg stammt, andere Genossen und Gruppen auffordert, ebenfalls "offen aufzutreten", so ist das allerdings verantwortungslos und übersieht das Kräfteverhältnis zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie.

Es geht nicht darum, Märtyrer zu schaffen, sondern Ausschlüsse sind möglichst zu vermeiden. Das hat nichts damit zu tun, daß man vor der Gewerkschaftsführung zurückweicht.

"Kein Zweifel, die Herren „Führer“ des Opportunismus werden zu allen möglichen Kniffen der bürgerlichen Diplomatie greifen, werden die Hilfe der bürgerlichen Regierungen, die Pfaffen, der Polizei, der Gerichte in Anspruch nehmen, um die Kommunisten nicht in die Gewerkschaften einzulassen, um sie auf jede Art und Weise aus den Gewerkschaften zu verdrängen, um ihnen die Arbeit in den Gewerkschaften möglichst zu verkleiden, um sie zu beleidigen, gegen sie zu hetzen und sie zu verfolgen. Man muß all dem widerstehen können, man muß zu jedweden Opfer entschlossen sein und sogar – wenn es sein muß – alle möglichen Schliche, Lügen und illegalen Methoden anwenden, die Wahrheit verschweigen und verheimlichen, nur um in die Gewerkschaften hineinzukommen, in ihnen zu bleiben und in ihnen um jeden Preis kommunistische Arbeit zu leisten." (Lenin, Bd. 31, S. 39 - 40)

Das heißt nicht, daß die Gen. sich schlicht als "fortschrittliche Gewerkschaftler" allgemeiner Art tarnen. Ein fähiger Gen. wird es meist verstehen, bei den Kollagen Gewißheit über seinen politischen Standort zu verschaffen ohne sich unbedingt sozusagen mit der Parteifahne höchst offiziell auch bei den Kapitalisten und den Gewerkschaftsführern vorzustellen.

3. Von Anfang an hat es immer wieder prinzipienlose "Auseinandersetzungen" zwischen uns und Euch gegeben. Wir meinen, daß Euch dabei besondere "Verdienste" zu kommen, etwa dieses Hickhack auch in die Gewerkschaftsarbeit verlegt zu haben. So ist es mindestens zweimal vorgekommen, daß Gen. von Euch mit allen Tricks und Schlichen und unter Zuhilfenahme von Positionen in gewerkschaftlichen Jugendgremien unsere Gen. aus der Bildungsarbeit und Gremienarbeit herausgehalten haben. In der KAZ Nr. 15 wird es von Euch als "Fehler" bedauert, nicht "schärfer" mit jener Organisation am Ort "ins Gericht" gegangen zu sein, "die unter dem Namen KAG ihr Süppchen kocht..."

Wir können weiß Gott nicht sehen, daß Ihr die Liquidationspolitik gegenüber dem KB Nord aufgegeben habt, wie sie in der AE zur Metalltarifrunde 71 gegenüber dem SALZ Hamburg deutlich geworden ist. Die jüngste Erscheinungsform war das Anpöbeln unserer AK-Verkäufer durch Eure Genossen. Dabei ist diese Politik keineswegs auf Euch beschränkt, sondern wird von allen Gruppen der sogenannten "PAF" betrieben. Wir wissen, daß auf Gewerkschaftsschulungen gesagt worden ist, wenn die AK-Verkäufer bei uns noch mal auftauchen, kriegen sie eins vor die Fresse. An dieser Hetze gegen den KB Nord seid Ihr beteiligt. Auch in der Aktion "Interne Konsequenzen ziehen" hat teilweise durchaus solch eine Atmosphäre gegen uns geherrscht, schließlich ist ja von Teilen vertreten worden, wir würden uns "wegen taktischer Differenzen" nicht mit T.K. solidarisieren. Ihr wißt genau, daß das nicht stimmt.

Wie gesagt, können unsere Fehler damit jedoch nicht gerechtfertigt werden, jedoch ist die Form der Auseinandersetzung höchst schädlich. Gerade weil ja über die Frage, wie den Angriffen gegen die Kommunisten zu be-

gegenen ist, auf beiden Seiten nicht so sehr viel Klarheit bestanden hat und teilweise auch noch nicht besteht, wäre eine solidarisch geführte politische Auseinandersetzung so wichtig. Sonst werden geradezu zwangsläufig die Vernichtungsfeldzüge weitergehen, teilweise wird ja der AK von Euch nicht mal gelesen, und es wird weiter über die Schwierigkeiten hinweggejubelt und sich in abenteuerliche Vorstellungen und Politik geflüchtet. Der Sache dient das gewiß nicht. Wir betrachten diese Selbstkritik auch als einen Versuch, die ernsthafte und solidarische Auseinandersetzung einzuleiten.

Nicht diese Einsicht und Kritik unseres Fehlers, sondern hauptsächlich unsere weitere Politik kann zeigen, ob wir diesen Fehler korrigiert haben.

Wir bitten Euch, diese Selbstkritik in Euren Publikationen zu veröffentlichen und sie den Organisationen der Aktion "Interne Konsequenzen ziehen" zuzuleiten. Dieser Brief geht gleichzeitig an die GBZ und das IK/KHB. Mit kommunistischem Gruß
KOMMUNISTISCHE ARBEITERGRUPPE
KAG-GÖTTINGEN

Kollegen, abonniert den

Jahresabonnement (12 Ausgaben)
DM 9,60 incl. Porto
Für 6 Ausgaben DM 4,80 incl. Porto

Bestellungen an:

Verlag ARBEITERKAMPF
J. Reents
2 Hamburg 13
Rutschbahn 35



Hiermit bestelle ich den ARBEITERKAMPF ab Nr.

☐ zum Abonnementpreis von 9,60
incl. Porto für 12 Ausgaben.

Name:

☐ zum Abonnementpreis von 4,80
incl. Porto für 6 Ausgaben.

Adresse:

Zahlung bitte im voraus auf das
Postscheckkonto Hamburg 240 595
(J. Reents)

Beruf:

ARBEITERKAMPF Nr. 31 / August 73

Westdeutsche Linke

KBW: Taktisches Wirrwarr - zur Politik des
Zirkelblocks KBW
(vgl. auch) Kommunismus oder Jubel-
ökonomismus

(vgl. auch) Klöckner-Streik, zum Ökonomis-
mus und Spontaneismus der KBB-Betriebspoli-
tik

DKP: „Paradepferd verläßt DKP“ - Bemer-
kungen zu DKP-Austritten in Hessen

Bürgerliche Militärpolitik

Achtung, Schnauze halten! Gedanken rechts!
eine Analyse des westdeutschen Militarismus

Streiks in Westdeutschland

Der Streik bei Klöckner
Analyse der Streiks und Auseinandersetzung
mit der Politik der linken Gruppen bei
Klöckner (DKP, KBW, Arpo)

Betriebe

Springer-Hamburg: BR zerschlagen, VK-Sprecher
gefeuert - Grund: „Kommunistische Unterwan-
derung“ - (eine ausführliche Analyse der Klas-
senkämpfe bei Springer)

ARBEITERKAMPF Nr. 32/Sept. 73

Westdeutsche Linke

KBW: Taktisches Wirrwarr - Zur Politik des KBW,
2. Teil

DKP: „Schmierfinken unterwegs“, DKP denun-
ziert „Maoisten“

Internationales

Frankreich: Polizei besetzt die von den Arbeitern
verwaltete Uhrenfabrik Lip

Der Kampf von Larzac, eine Analyse der
französischen Bauernkämpfe

Chile: „Friedlicher Übergang“ auf dem Sterbebett

Kapitalistische Energie-Politik

Krise im Steinkohlenbergbau - Für wen? 1. Teil
Eine ausführliche Analyse der westdeutschen
„Kohlenkrise“ und ihre unterschiedlichen Aus-
wirkungen für Kapitalisten und Arbeiter

Kapitalistische Europa-Politik

EWG-Großmachtpläne der europäischen Impe-
rialisten, 4. Teil:

Westdeutschland und die EWG (1. Teil)

Die EWG auf dem Weg zu einer neokoloniali-
stischen Großmacht